

## DONNERSTAG, 25. FEBRUAR 2010

**VORSITZ: Miguel Angel MARTÍNEZ MARTÍNEZ**

*Vizepräsident*

### 1. Eröffnung der Sitzung

*(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)*

**María Muñoz De Urquiza (S&D).** – (ES) Herr Präsident, gestern gab es wegen der langen Zeit, die notwendig war, unsere Arbeit hier im Haus fertig zu stellen, keine Gelegenheit, über das Ableben von Herrn Orlando Zapata zu sprechen, das die spanische Delegation vor kurzem zu beklagen hatte. Er ist nach einem langen Hungerstreik gestorben. Er ist der erste politische Gefangene seit 40 Jahren, der in Kuba gestorben ist, und wir fordern hier die Freilassung aller politischen Gefangenen in Kuba und in der ganzen Welt. Wir möchten auch unserer Solidarität mit seiner Familie und dem kubanischen Volk auf seinem Weg zu Pluralismus und Entwicklung Ausdruck verleihen.

Dieses sehr traurige Ereignis könnte als Katalysator für eine Diskussion dienen, die darauf abzielt, die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Kuba an das Abkommen der Europäischen Union mit den Ländern der Dritten Welt anzugleichen, und zwar in einem bilateralen Rahmen, der einen konstruktiven Dialog in Bezug auf die Menschenrechte gewährleistet.

### 2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

### 3. Lage in der Ukraine (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

### 4. Grünbuch über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (Aussprache)

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt der Bericht (A7-0014/2010) von Frau Maria do Céu Patrão Neves im Namen des Fischereiausschusses über das Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (KOM(2009)0163 - 2009/2106(INI)).

**Maria do Céu Patrão Neves, Berichterstatterin.** – (PT) Lassen Sie mich bitte einige Worte zu der Gruppe von 50 Fischern sagen, die eben das Haus betreten sollten, und die hier sind, um die Diskussion und Abstimmung über den Bericht zu verfolgen.

Ich glaube, ich spreche für alle meine Kolleginnen und Kollegen im Fischereiausschuss, die hart an diesem Bericht gearbeitet haben, wenn ich sage, dass ich sehr erfreut bin, dass dieser Tag gekommen ist, der Tag, an dem der Bericht dem Parlament vorgelegt und zur Abstimmung gebracht wird. Warum? Weil die gemeinsame Fischereipolitik ein wichtiger Politikbereich der Europäischen Union ist. Sie hatte einen eher schwierigen Start, als sie formell in den 1980er Jahren begonnen wurde und ihre erste Reform im Jahre 2002 erlebte. Heute sind wir uns einiger Hauptprobleme bewusst, die damals identifiziert wurden (ich beziehe mich auf Überkapazitäten, Überfischung und Überinvestitionen, die, wie es scheint, nicht in der ganzen EU gleich waren), weil diese Probleme zum Großteil heute noch existieren.

Dies ist der Startpunkt für eine Reform, die umfassend und intensiv sein muss, und die von der Industrie schon lange erwartet wird.

Welche Richtung soll diese Reform gemäß dem Inhalt unseres Berichts nehmen? Zuerst muss es im Sinne der Grundprinzipien ein Gleichgewicht zwischen umweltpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Aspekten geben. Umweltpolitische Aspekte sind notwendig, um den Erhalt von Fischbeständen zu garantieren; soziale Aspekte, um die Weiterentwicklung und Würde des Berufs zu garantieren; und wirtschaftliche Aspekte, um zu garantieren, dass die Industrie Einkommen erzeugen kann. Ohne diese drei Aspekte werden wir keine Fischereien in der Europäischen Union haben oder wenigstens keine, die von Dauer und imstande sind, sich weiterzuentwickeln, was gerade das ist, was wir alle wollen.

Wie sollen diese Grundprinzipien, die auf die Reduzierung der Fischerei, die Erhöhung des Gewinns und den Erhalt von Beständen abzielen, eingeführt werden? Der Bericht hebt bestimmte Schwerpunkte hervor: Investition in Dezentralisierung; die Förderung der Teilnahme von Fischern und der gesamten

Fischereiwirtschaft an den Entscheidungsbefugnissen; sie zu einer größeren Teilnahme an der Verwaltung der Fischerei befähigen, die auch eine Politik der Einhaltung und Verantwortung ermöglichen wird; die Notwendigkeit, einen Unterschied zwischen der handwerklichen Küstenfischerei und der industriellen Flotten zu machen, mit entsprechenden jeweiligen Verordnungen; die Notwendigkeit, Verwaltungsmodelle zu beurteilen, die besser auf verschiedene Fischereigebiete und verschiedene Arten der Fischerei abgestimmt sind; die Bedeutung der Stärkung des Marktes durch die Fischerei, die auf wertschöpfende Produkte und die Erhöhung des Erstverkaufspreises ausgerichtet ist; die Verbindung von Subventionen mit bewährten Verfahren; die Regulierung der Modernisierung der Flotte im Hinblick auf Sicherheit und Hygiene; die wichtige Entwicklung der Aquakultur, die innerhalb der Europäischen Union ökologisch nachhaltig ist; und die Entwicklung anderer Sektoren, die am Fang oder der Verarbeitung von Fischen beteiligt sind. Wir sollten nicht vergessen, auf die immer wichtiger werdende Rolle der Frauen in der Fischerei hinzuweisen und die Notwendigkeit der Forderung, dass die von Drittländern in die EU importierten Fischereierzeugnisse denselben Anforderungen unterliegen müssen wie die unserer Erzeuger. Das bedeutet Zertifizierung, Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und schlussendlich die Integration der Fischereien in die Europäische Meerespolitik innerhalb des breiteren Kontexts der Erweiterung ihrer Kapazitäten.

Lassen Sie mich zum Abschluss sagen, dass die Arbeit, die wir hier heute präsentieren, das Ergebnis gemeinsamer Bemühungen aller Mitglieder des Fischereiausschusses ist, insbesondere der Schattenberichterstatter, mit denen wir sehr hart gearbeitet haben, wie auch mit der Kommission, dem Sekretariat des Europäischen Parlaments, dem Berater der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und anderen Beratern anderer politischer Fraktionen und natürlich meinem Büro und meinem Mitarbeiter für Fischereien. Die Arbeit, die wir heute hier präsentieren, stellt eine echte gemeinsame Anstrengung dar, und wir hoffen, dass sie hier auch angenommen wird.

**Juan Carlos Martín Fragueiro**, *amtierender Ratspräsident*. – (ES) Herr Präsident, der Ratsvorsitz begrüßt ebenfalls diese Diskussion im Europäischen Parlament, da sie einen wichtigen Beitrag zum breiten Konsultationsverfahren zum Grünbuch darstellt, und die Beiträge der Europäischen Union sollten daher ernsthaft von der Kommission berücksichtigt werden, wenn sie ihre Gesetzgebungsvorschläge erarbeitet.

Der Rat wird außerdem sorgfältig alle Positionen des Parlaments in Betracht ziehen, um danach die Gesetzgebungsvorschläge dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren gemäß prüfen und annehmen zu können.

Das Grünbuch vom April 2009 untersucht viele strukturelle Beschränkungen in der gemeinsamen Fischereipolitik: Überkapazität, den Mangel an genau definierten Zielen, die Annahme von kurzfristigen Entscheidungen, den Mangel an Verantwortung in diesem Sektor und die ungenügende Einhaltung der Vorschriften im Allgemeinen.

Das Grünbuch hat auch verschiedene Methoden festgelegt, wie diese strukturellen Beschränkungen bekämpft werden können und hat wichtige Themen untersucht, wie etwa unterschiedliche Regelungen für industrielle Flotten und der handwerklichen Küstenfischerei, Abfälle, relative Stabilität, übertragbare individuelle Rechte, intensivere Orientierung an den Märkten, Integration der gemeinsamen Fischereipolitik in den breiteren Kontext der Meerespolitik, öffentliche Finanzierung und die außenpolitische Dimension der GFP.

Die Mitgliedstaaten untersuchen sowohl individuell als auch gemeinsam im Rat im Detail alle Aspekte der aufgeworfenen Fragen. Die erste Konsultationsphase endete im Dezember 2009, und die Kommission hat 1 700 Vorschläge erhalten und bis heute mehr als 125 Sitzungen und Seminare abgehalten.

Die zweite Phase, die dieses Jahr am 1. September beginnt, wird die geleisteten Beiträge analysieren und die wichtigsten Positionen diskutieren. Im Januar organisierte die Kommission Seminare zu den Hauptelementen der Reform und zu den auf Nutzungsrechten basierenden Bewirtschaftungssysteme in der Fischerei, und es wird sogar heute ein Seminar über die handwerkliche Fischerei abgehalten. Die Folgenabschätzung wird im März durchgeführt. Mit dem Europäischen Fischereifonds und der zukünftigen finanziellen Perspektive beschäftigt man sich im April, daraufhin mit der externen Dimension im Mai und mit Abfallprodukten und Selektivität im Juni.

Am 2. und 3. Mai wird die Konferenz gemeinsam von dem Ratsvorsitz und der Kommission in La Coruña abgehalten. Sie wird sich mit drei Grundelementen der Reform auseinandersetzen, nämlich Politikgestaltung, Ressourcenmanagement und der Unterscheidung zwischen großen und kleinen Fischereibetrieben.

Am 4. und 5. Mai werden sich die Minister in Vigo treffen, um die Ergebnisse der Konferenz zu prüfen, und es ist möglich, dass der Rat im Juni eine informelle Debatte über ein Arbeitsdokument betreffend etwaige Änderungen in seine Agenda aufnehmen wird.

In der dritten Phase, wie ich schon zuvor sagte, die in der zweiten Jahreshälfte 2010 beginnt, wird die Kommission ein Weißbuch präsentieren und danach vier Gesetzgebungsvorschläge: die Grundverordnung, die neue GMO, technische Maßnahmen und die neue Finanzierungsverordnung. Ziel ist, die GFP mit der neuen Reform am 1. Januar 2013 in Kraft treten zu lassen.

Der Rat muss in dieser Hinsicht noch Stellung beziehen; er wird formelle Beschlüsse nur auf der Basis der Gesetzgebungsvorschläge fassen, die er von der Kommission 2011 erhalten wird, und er wird das gemäß den Regeln für ordentliche Gesetzgebungsverfahren tun.

**Maria Damanaki, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, da dies meine erste Rede als Kommissarin an die Abgeordneten dieses Hauses ist, möchte ich Ihnen für die Gelegenheit danken, vor dem Europäischen Parlament sprechen zu können. Ich fühle mich sehr geehrt, hier bei Ihnen zu sein und die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik zu diskutieren, die ein Schwerpunktthema für den ganzen Sektor bildet. Ich möchte die Berichterstatterin, Frau Neves, zu ihrer harten Arbeit beglückwünschen, verschiedene Positionen in einem kohärenten Dokument zusammenzufassen. Ich kann Ihnen nur zustimmen, dass wir eine vollständig neue Reform brauchen, um die strukturellen Schwächen unserer Politik umzukehren. Wie Sie alle wissen, war die letzte Reform von 2002 nicht erfolgreich genug.

Jetzt müssen wir alle Defizite der Vergangenheit angehen, um bessere Ergebnisse aus umweltpolitischer, sozialer und wirtschaftlicher Sicht zu erzielen. Die öffentliche Konsultation hat klar gezeigt, dass es breite Unterstützung für diese Reform gibt. Freilich werde ich heute nicht in der Lage sein, alle Fragen zu beantworten, die in Ihrem zur Abstimmung anstehenden Bericht aufgeworfen wurden. Ich werde jedoch Ihre Kompromissänderungsanträge berücksichtigen, und zwar zu folgenden Themen: Nachhaltigkeit, Überkapazität, handwerkliche Fischerei, horizontale Dezentralisierung, schrittweise Beendigung der Rückwürfe, neue Fischereiabkommen und Entwicklung des Fischereisektors. Ich bin Ihnen für Ihre konstruktiven Beiträge sehr dankbar.

Ich möchte zwei wesentliche Themen hervorheben: zunächst die öffentliche Finanzierung. Ich glaube, wir müssen unsere Subventionen fokussieren, um bessere Ergebnisse zu erzielen, indem wir sie in die Richtung unserer Ziele lenken. Zum Beispiel, anstatt den Bau neuer Schiffe sollten wir Innovationen für Selektivität und Ökologisierung unterstützen und Erzeugerorganisationen helfen, auf die Herausforderungen der Zukunft einzugehen.

Zweitens teile ich Ihre Ansicht hinsichtlich der sozialen Dimension: wir wollen ein Fischereiwesen, das attraktive und sichere Arbeitsplätze schafft. Heute freue ich mich darauf, Ihre Vorschläge während dieser Debatte zu hören.

Lassen Sie mich abschließend die nächsten Schritte nennen. Wir werden einen zusammenfassenden Bericht zur Konsultation des Vorjahres zusammenstellen, welcher dabei helfen wird, die Vorschläge für die neue Politik vorzubereiten. Wir organisieren Workshops, um spezielle Themen mit Interessensvertretern, Institutionen und Mitgliedstaaten zu diskutieren. Zusammen mit dem spanischen Ratsvorsitz wird im Mai eine allgemeine Konferenz zur GFP veranstaltet.

Ich weiß, und es wurde bereits erwähnt, dass es in diesem Moment in der Kommission einen technischen Workshop mit Teilnehmern aus ganz Europa gibt. Es tut mir Leid, dass Sie an diesem Workshop nicht teilnehmen können. Dieser Workshop wurde vor langer Zeit organisiert. Ich werde versuchen, falls das möglich ist, dafür zu sorgen, dass Sitzungen in Zukunft nicht zusammenfallen.

Auf der Basis dieser Beiträge werden wir am Ende des Jahres 2010 damit beginnen, unsere Vorschläge zu entwickeln, damit sie in der Kommission im Frühling 2011 angenommen werden können. Dieses umfassende Konsultationsverfahren wird zu einer fruchtbaren Diskussion mit Ihnen führen. Sie als Mitgesetzgeber werden dann eine zentrale Rolle bei der gemeinsamen Gestaltung der neuen Politik mit dem Rat spielen. Ich freue mich wirklich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

**Antonello Antinoro, im Namen der PPE-Fraktion.** – (IT) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herrn, ich bin für die Ausführungen des Rates dankbar und möchte der neuen Frau Kommissarin – die heute zum ersten Mal in diesem Haus spricht – gerne danken und ihr viel Glück für die Arbeit wünschen, auf deren Durchführung wir uns vorbereiten.

Ich bin überzeugt, dass wir etwas Bedeutendes umsetzen, und ich hoffe, dass dieses Grünbuch, das wir heute zu diskutieren beginnen und über das wir später abstimmen werden, nicht so wie das Grünbuch von 2002 enden wird.

Allerdings sind die Bedingungen für das Europäische Parlament heute anders. Wir haben das ordentliche Gesetzgebungsverfahren und den Vertrag von Lissabon, und daher glaube ich, dass wir diese alle nutzen müssen, um die Ziele zu erreichen.

Die Kernpunkte wurden von unserer Berichterstatterin, Frau Patrão Neves, erklärt, der wir von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) unseren Dank aussprechen für die von ihr geleistete Arbeit, für die Zusammenfassung, die sie präsentieren konnte, und für alles, was sie in dieser Hinsicht darlegen konnte.

Ich wollte das Wort nur ergreifen, um diese Gelegenheit zu nützen, das Thema der Fischerei anzusprechen, aber dabei über das Grünbuch hinauszugehen – und das für Juni angekündigte Weißbuch – und um die Bedürfnisse zu erörtern, die im Hinblick auf Europas Meere bestehen, insbesondere im Hinblick auf das Mittelmeer.

Heute müssen wir uns selbst Regeln auferlegen, die bereits seit einigen Jahren für unsere Wirtschaft und unsere Fischer gelten. Allerdings haben Küstenstaaten, sogar jene, die an Europa grenzen, absichtlich und oft, in der Tat sehr oft, diese Regeln ignoriert, und wir finden uns in der paradoxen Situation, in welcher unseren Fischern das alles vorgeschrieben ist, während die anderen tun und lassen können, was sie wollen.

Heute spielt die Europäische Kommission eine andere und stärkere Rolle; sie besitzt eine Außenministerin und ein stärkeres Parlament. Es ist meine Hoffnung, dass wir im Zuge des Grünbuches, und bevor wir mit dem Weißbuch beginnen, mit Drittländern zusammenarbeiten können – jenen Ländern, die nicht Teil der Union sind –, um gemeinsame Regeln aufzustellen, um zu gewährleisten, dass jene, die den Regeln unterliegen, sich nicht von der Union betrogen oder ignoriert fühlen und die Union nicht als Feind sondern als Freund ansehen.

**Josefa Andrés Barea**, im Namen der S&D-Fraktion. – (ES) Vielen Dank, Herr Martín Fragueiro, herzlich willkommen und vielen Dank, Frau Damanaki.

Ich spreche hier auch zum ersten Mal über das Thema Fischerei, und wir stehen in der Tat vor einer bedeutenden Herausforderung in diesem Bereich. Wir sind verpflichtet, und es ist unsere Verantwortung, die Richtlinien zu definieren, welche die Nachhaltigkeit der Meere, der Fischerei und, kurz gesagt, des Planeten selbst gewährleisten werden.

Es geht für uns hier auch um ein wichtiges Element der Erzeugung in unseren Ländern, an unseren Küsten, in unseren Regionen – ein wirtschaftliches und kulturelles Element, das viele Werte einschließt – und, wie Sie zu Recht gesagt haben, Frau Damanaki, es gibt Probleme mit der Reform von 2002.

Wir müssen das Prinzip relativer Stabilität überdenken und neue Ansätze für die Bewirtschaftung suchen, die flexibler und anpassungsfähiger sind, weil es bei den TAC und Quoten Probleme gegeben hat. Es hat Schwierigkeiten wegen des nur allzu bekannten Rückwurfproblems gegeben, Rückwürfe, die wir wegen unserer Fischer und unseres Planeten nicht zulassen können.

Die zukünftige Reform der GFP muss ein nachhaltiges Fischereisystem gewährleisten, und wir sprechen uns für ein neues, auf den Fischereiaufwand begründetes Bewirtschaftungssystem aus. Wir müssen offener sein, wir müssen uns Dinge überlegen und versuchen, die Bewirtschaftung flexibler zu gestalten.

Wir müssen eine weitverbreitete Einführung umweltpolitischer Kriterien sicherstellen und zwischen Küstenfischerei und Hochseefischerei unterscheiden. Das ist wichtig und etwas, was der gesamte Sektor will. Wir müssen die Überkapazität bestimmter Flotten reduzieren. Wir müssen auch die gemeinsame Organisation des Marktes abschließen und ausarbeiten, wie man den Markt stabilisieren und Fischeinfuhren aus Drittländern mit ihm vereinbaren kann.

Der Kampf gegen den illegalen Fischfang, der kritisiert wurde und bis heute ohne Erfolg geblieben ist, benötigt zusätzliche Hilfsmittel, einheitliche Sanktionen und internationale Abkommen, die auf Rechtsstaatlichkeit, den Grundsätzen der Menschenrechte und die grundsätzliche Einhaltung von Abkommen beruhen.

Ein Finanzrahmen, der, wie Sie gesagt haben, bessere Ergebnisse erzielen soll, muss bessere Ergebnisse als die gegenwärtige Politik erzielen.

Besonders müssen wir über die soziale Dimension nachdenken: es geht um Menschen, und wir müssen gewährleisten, dass sie über Würde und einen Sinn für professionelles Verhalten verfügen, ihre berufliche Anerkennung erhalten und ihre Überlebensfähigkeit gesichert ist.

Selbstverständlich dürfen wir die Integration der Frauen nicht vergessen, die ein unsichtbarer Teil der Welt des Fischereiwesens sind. Wir müssen ihre Position herausstellen und uns für sie besonders anstrengen.

Die Reform der Fischereipolitik ist mehr als eine reine Abfassung von Rechtsvorschriften. Es geht darum, sich mit einem wichtigen Teil der Reform innerhalb der Europäischen Union auseinanderzusetzen, der die Nachhaltigkeit der Meere, des Fischereiwesens und eines Teils des Planeten gewährleisten wird.

Daher müssen wir diesen Herausforderungen mutig begegnen, und Mut haben bedeutet, eine Politik ohne Furcht in Angriff zu nehmen. Wir müssen unsere Ängste hinter uns lassen. Wir müssen die Situation ohne Zögern angehen und den Ausgleich zwischen der Europäischen Union und der Welt erhalten.

**Carl Haglund**, im Namen der ALDE-Fraktion. – (SV) Herr Präsident, für jene von uns, die an diesem Grünbuch und dem Bericht gearbeitet haben, fühlt es sich außergewöhnlich gut an, es bis in die Plenarsitzung geschafft zu haben. Zuerst möchte ich der Berichterstatterin für ihre hervorragende Arbeit danken.

Eine Reform unserer gemeinsamen Fischereipolitik ist notwendig. Für die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa war es wichtig, dass die Reform auf einem ökosystemorientierten Ansatz beruht. Die Formulierungen des Berichtes sind in dieser Hinsicht gut. Zugleich befinden wir vor in einer Situation, in der wir uns mit großen Problemen auseinandersetzen müssen, wie etwa den Rückwürfen, der gewaltigen Überkapazität, die mancherorts besteht, und vielen anderen Dingen. Es freut mich daher sehr, dass wir uns über Maßnahmen einigen konnten, um speziell diese Dinge anzugehen. Wer glaubt denn wirklich, dass die Rückwurfpolitik der EU gerechtfertigt ist? Ich sicher nicht.

Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Regionalisierung der gemeinsamen Fischereipolitik. Da die Situation vielerorts in Europa so unterschiedlich ist, ist es wichtig, dass Entscheidungen auf regionaler Ebene getroffen und umgesetzt werden können. Eine weitere begrüßenswerte Reform ist die Absicht, einen separaten Ansatz für die handwerkliche Fischerei einzuführen. Dies sind auch Themen, die im Bericht der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa erwähnt wurden.

Als Finne und Ostseeanwohner bin ich auch erfreut über die Erklärung hinsichtlich der Möglichkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die Überbevölkerung der Seehunde und Kormorane vorzugehen, da dies eine der größten Bedrohungen des Fischereiwesens in der Ostsee ist.

Abschließend möchte ich das Fischereiabkommen mit Drittländern erwähnen. In diesem Kontext ist es für unsere Politik wichtig, dass sie mit der Menschenrechtspolitik der EU Hand in Hand geht. Das Abkommen mit Guinea ist ein gutes Beispiel dafür, dass das Parlament gegen das Abkommen gestimmt hat, und das weist in eine Richtung, in die wir uns in Zukunft bewegen sollten.

Ich sehe mit großer Zufriedenheit, wie weit diese Reform gediehen ist. Wir haben ein gutes Grünbuch, und ich bin sicher, dass wir von 2013 an eine viel bessere Fischereipolitik haben werden.

**Isabella Lövin**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (SV) Herr Präsident, Frau Kommissarin Damanaki, sehr geehrte Damen und Herren, mir wurden die Augen über die Fischereipolitik der EU und ihre zerstörenden Konsequenzen im Jahr 2002 geöffnet, als Schweden sich nach einem Mehrheitsvotum im Schwedischen Parlament dazu entschloss, ein einseitiges Verbot für den Kabeljaufang zu verhängen, jedoch von der Europäischen Kommission an der Umsetzung gehindert wurde.

Trotz der Tatsache, dass Schweden versucht hatte, seine Fischer für das Verbot zu entschädigen, und der Tatsache, dass Forscher im Internationalen Rat für Meeresforschung seit mehreren Jahren ein vollständiges Verbot für den Kabeljaufang empfohlen hatten, und trotz der Tatsache, dass viele Kabeljaubestände entlang der schwedischen Küste ausgelöscht oder um 70 bis 90 % reduziert wurden, war der Grundsatz der gemeinsamen Fischereipolitik wichtiger. Wenn alle anderen überfischen, muss nach Auffassung der Kommission Schweden auch überfischen. Anders gesagt, Ausbeutung war für EU-Mitgliedstaaten zwingend.

Die letzte Reform der Fischereipolitik wurde 2002 fertig gestellt und war nicht in der Lage, die schwierigen Probleme, denen sich die Fischereiwirtschaft schon vor 10 Jahren gegenüber sah, zu lösen, nämlich dass viel zu viele Schiffe, die viel zu effizient sind, um viel zu wenige und immer weniger Fische konkurrieren. Die letzten Schiffe, die Roten Thunfisch fingen, wurden von der EU sogar noch im Jahre 2005 im Mittelmeer subventioniert. Zwischen 2000 und 2008 haben die EU-Steuerzahler 34 Mio. EUR bezahlt, um

Thunfischfangschiffe zu bauen und zu modernisieren, und das zu einer Zeit, in der die Bestände bereits vom Aussterben bedroht waren. Eine ähnliche Logik ist in der Ostsee erkennbar. In jüngsten Jahren hat das Schwedische Zentralamt für Fischereiwesen 5,4 Mio. EUR bezahlt, um einige der größten Thunfischfangschiffe zu verschrotten – dieselben Schiffe, die mithilfe von EU-Geldern gebaut worden waren.

Eine radikale Reform ist notwendig. Wir glauben, dass alle Arten umweltschädlicher Subventionen gestoppt werden müssen. EU-Schiffe mit von Steuerzahlern zur Verfügung gestelltem Treibstoff und Zugangsvereinbarungen entnehmen gegenwärtig den afrikanischen Meeren die letzten Nahrungsmittel und konkurrieren auf unfaire Weise mit afrikanischen Fischern, während sie zur selben Zeit Ökosysteme zerstören.

Vor der heutigen Abstimmung über den Bericht zum Grünbuch möchte ich alle meine Kolleginnen und Kollegen ersuchen, zumindest einen schlechten Absatz von einem sonst weitgehend ausgezeichneten Bericht zu streichen. Ich beziehe mich auf Absatz 121, der besagt, dass die außenpolitische Fischereipolitik der EU die Interessen des Europäischen Fischereiwesens verteidigen soll. Ich denke nicht, dass es der EU zur Ehre gereicht, so eine Politik 2010 zu verfolgen.

**Marek Józef Gróbarczyk**, *im Namen der ECR-Fraktion.* – (PL) Herr Präsident, Frau Damanaki, zu Beginn möchte ich Frau Patrão Neves meinen herzlichsten Dank für ihre Anstrengungen aussprechen, die sie bei der Vorbereitung dieses Berichts geleistet hat. Große Entschlossenheit sowie die Bereitschaft zum Kompromiss sind erforderlich, um ein so kohärentes Dokument zu erarbeiten. Dieser Bericht ist allerdings nur die Basis für die Formulierung einer gemeinsamen Fischereipolitik, die eine gründliche Überarbeitung und fundamentale Änderungen erfordert, damit der Schutz der natürlichen Umwelt mit der Entwicklung des historischen Erbes der Fischerei in Einklang gebracht werden kann. Die Politik muss auf Regionalisierung basieren, die selbst wiederum auf den Bedingungen in den verschiedenen Regionen basiert. Das wird die korrekte Einschätzung ermöglichen, die sich auf Meinungen innerhalb der Fischereiindustrie sowie auf wissenschaftliche Meinungen stützt, und der angenommene Kompromiss wird das gerechte und gleichberechtigte Management des Fischereiwesens gewährleisten.

Die neue Fischereipolitik muss die Entwicklung der Wirtschaft in einem Europa ankurbeln, das in einer Krise gefangen ist, aber sie muss auch gleichermaßen die plündernde industrielle Fischerei angehen, die insbesondere in der Ostsee betrieben wird, wo gesunde und wertvolle Fischbestände in Fischmehl verwandelt werden, die in Geflügel- und Rinderfarmen verwendet werden, während der giftige Panga aus Fernost auf die Tische der Europäerinnen und Europäer kommt. Das ist ein starker Schlag gegen die nachhaltige Küstenfischerei, eine Wirtschaft, die mit besonderer Sorgfalt behandelt werden sollte.

Das zeigt auch die Notwendigkeit auf, ein rationales und faires System für den Fischfang aufzubauen, um das leicht manipulierbare Quotensystem zu ersetzen. Dies sollte allen Fischern in allen Ländern der Europäischen Union die gleichen Chancen geben. Die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten unterstützt diesen Bericht in der Hoffnung, dass das gegenwärtige System geändert wird.

**João Ferreira**, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (PT) In ihrem Grünbuch versucht die Kommission, ein schrittweise oder sofort eingeführtes Gemeinschaftssystem übertragbarer Fischereirechte oder privater Eigentumsrechte für den Zugang zur Nutzung eines öffentlichen Gutes, nämlich der Fischbestände, zu etablieren.

Dieser Vorschlag wurde abgelehnt, als die letzte Reform durchgeführt wurde, aber 10 Jahre später hat die Kommission wieder das Ruder übernommen, und sie sagt die unvermeidlichen Konsequenzen der Privatisierung der Bestände voraus: die Konzentration der Aktivitäten von Gruppen mit größerer Wirtschafts- und Finanzkraft und die Zerstörung einer bedeutenden Anzahl von kleinen handwerklichen Küstenfischern. Es ist sehr aufschlussreich, dass die Länder, die sich für diesen Weg entschieden haben, wie etwa Island, jetzt wieder davon abgehen wollen, da sie mit den negativen Folgen und der Perversität dieses Systems konfrontiert sind.

Das Parlament sollte eine klare Haltung einnehmen und diesen Vorschlag ablehnen. Übrigens ist diese Lösung in keiner Weise eine Garantie, dass die Nachhaltigkeit der Fischbestände geschützt sein wird, da die Reduzierung und Konzentration der Rechte auf eine Handvoll von Betreibern nicht notwendigerweise eine Verringerung der Fischfangaktivitäten bedeutet, sondern nur die Konzentration der Ausbeutung der Ressourcen.

Für den Schutz der Nachhaltigkeit der Ressourcen sind andere Maßnahmen notwendig, wie etwa die Gewährleistung eines fairen Gewinns innerhalb des Sektors. Das wiederum setzt Markteingriffe und verbessertes Marketing im Sektor voraus, um die Erstverkaufspreise zu verbessern, die Löhne für die Arbeit

der Fischer zu erhöhen, die Margen der Mittelmänner zu reduzieren und eine faire Verteilung des Wertzuwachses innerhalb der Wertschöpfungskette dieses Sektors zu fördern.

Die Realität der Fischerei in der EU ist komplex und diversifiziert. Unter diesen Umständen widerspricht die allgemein anerkannte Bedeutung der örtlichen Behörden direkt dem institutionellen Rahmen, der mit dem Vertrag von Lissabon geschaffen wurde, welcher die Erhaltung der biologischen Meeresschätze als eine allein der Europäischen Union zukommende Aufgabe ansieht.

Wir brauchen eine Bewirtschaftung, die von wissenschaftlichen Erkenntnissen unterstützt wird und die Realität und bestimmte Besonderheiten jedes Landes, jeder Fischereizone und jeder Flotte berücksichtigt sowie die Ressourcen selbst. Das bedeutet Miteinbeziehung der Fischer bei der Entscheidungsfindung und bei der Umsetzung der Beschlüsse. Dies unterscheidet sich sehr von der dezentralisierten Einführung einer zentral definierten Politik.

**John Bufton**, *im Namen der EFD-Fraktion*. – Herr Präsident, ich möchte Frau Kommissarin Damanaki um Feingefühl gegenüber Großbritannien bei der Umarbeitung der gemeinsamen Fischereipolitik bitten, durch die versucht wird, den Freizeitsport des Hochseesportangelns in die Verordnung und die Überwachung der Seefischerei zu integrieren.

Ich dachte, dass es bei den Quoten darum ging, die Verkleinerung der Bestände zu verhindern. Die Europäische Fischereipolitik ist bei ihrem Versuch so erfolglos gewesen, Nachhaltigkeit zu erzielen, dass 91 % der Fischerei auf dem Weg dahin sind, bis zum Jahr 2015 als überfischt klassifiziert zu werden.

Aber das Problem besteht darin, wie in Gewässern gefischt wird, nicht von wem. Wahllose Schleppnetzfischerei und Langleinenfischerei nehmen unseren Meeren das Meeresleben. Aber dass tote Fische wieder ins Meer zurückgeworfen werden, die bereits gefangen wurden und für den Speisetisch gut geeignet sind, ist sicher das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Hochseesportangeln als Freizeitsport ist allerdings nachhaltige Fischerei und es wird von ungefähr einer Million Menschen im Vereinigten Königreich betrieben und unterstützt Geschäftsaktivitäten in der Höhe von 2 Mrd. EUR, und das allein im Angelgerätegewerbe, welches über den ganzen Kontinent verbreitet ist.

19 000 Menschen werden aufgrund des Freizeitsports des Hochseesportangelns in 1 300 Unternehmen in England und Wales beschäftigt. Hochseesportangler fangen und entnehmen nur die Fische aus dem Meer, die sie zu essen beabsichtigen, und lassen junge Fische im Meer, damit sie sich entwickeln und fortpflanzen können, und sie werfen zurück, was sie nicht ganz sicher brauchen. In einigen Fällen kennzeichnen sie die Fische zuerst und tragen dadurch zu Erhaltungsprogrammen bei.

Wenn die Kommission ihren Willen bekommt, werden sie zur Anlandung der gesamten Fangmengen und der Aufrechnung ihrer Quoten gegen die nationale Quote gezwungen sein.

Hochseesportangeln als Freizeitsport unterstützt die ökologisch tragbare Selbstversorgung, die bei verstärkter Ausübung durch mehr Menschen die Nachfrage eindämmen würde, welche der Grund für den gegenwärtigen, wahllosen kommerziellen Fischfang ist und ganze Meerestierarten bedroht.

Die gemeinsame Fischereipolitik war der britischen Flotte gegenüber immer voreingenommen, der es gegenwärtig erlaubt ist, 7 % der Kanalkabeljauquote und nur ein Fünftel der Quote in unseren Hoheitsgewässern zu fangen.

Vielleicht wird es die Frau Kommissarin als notwendig ansehen, die Bedürfnisse der Hochseesportangler in Großbritannien in gleicher Weise zu unterstützen wie ihr Vorgänger den Bedürfnissen der Fischer seines eigenen Landes gegenüber sehr sensibel war, als er sich gegen ein Verbot des Verkaufs von Rotem Thunfisch aussprach, einem Wirtschaftszweig, der 100 Mio. EUR pro Jahr für sein Land, Malta, eingebracht hat.

Die GFP hat bereits das meiste ausgelöscht, was eine großartige erneuerbare Ressource hätte sein sollen. Hochseesportangler fangen vielleicht 1 % der verbleibenden Gesamtfangmenge. Die Kommission zögert, fast ausgestorbene Arten zu beschützen, aber hält es für notwendig, die Hobbyfischerei zu regulieren. Das zeigt nur zu gut, wo die Interessen der Kommission liegen.

**Diane Dodds (NI)**. – Herr Präsident, für mich und meine Wähler in Nordirland sind die Fischereiwirtschaft und 27 Jahre der gemeinsamen Fischereipolitik in Paragraph 138 dieses Berichts zusammengefasst, der wiederholt, dass einer der wenigen Bereiche, in denen die GFP relativ erfolgreich war, dort zu suchen ist, wo die Mitgliedstaaten verantwortlich sind.

Ideal für uns wäre die Aufhebung der GFP oder der Ausstieg des Vereinigten Königreichs, und damit würde es den Mitgliedstaaten ermöglicht, die Kontrolle über ihre Gewässer wiederzugewinnen.

Bedauerlicherweise leben wir nicht in dieser idealen Welt. Die Reform der GFP wird unausweichlich eine weitere zweitbeste Lösung für die Fischer Nordirlands werden, eine zweitbeste Lösung, die während der letzten drei Jahrzehnte von einem ungerechten Rückgang der Fischwirtschaft und unbeantworteten Fragen über den Zustand der Fischbestände gekennzeichnet war, auf die unsere Wirtschaft angewiesen ist.

Und das wurde ganz klar durch das Debakel rund um den im Dezember zusammengetretenen Ministerrat zur Fischerei und die Entscheidungen über die Quoten demonstriert.

Obwohl es zweifellos eine zweitbeste Lösung ist, unterstütze ich ganz entschieden die Regionalisierung der GFP, wie sie die Berichterstatterin dargelegt hat. Ich unterstütze die Position, dass die GFP auf drei Grundprinzipien der umweltpolitischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen beruhen sollte. Und ich hege die aufrichtige Hoffnung, dass wir eine Politik liefern können, welche die katastrophalen Folgen der GFP in ihr Gegenteil umkehren wird.

Allerdings fürchte ich, dass die radikale Änderung, die von einigen in dieser Übersicht versprochen wurde, sich als eine weitere versäumte Gelegenheit für unsere Fischwirtschaft und unsere Fischbestände herausstellen wird.

**Carmen Fraga Estévez (PPE).** – (ES) Herr Präsident, bei dieser Reform geht es wirklich um alles. Wenn wir jetzt keinen Mut zeigen, wird es keine weitere Gelegenheit geben, eine echte gemeinsame Fischereipolitik zu schaffen, und wir werden zum Teil für dieses Scheitern verantwortlich sein.

Die GFP hat seit Jahren immer mehr unter gerechtfertigter Kritik gelitten, und es wäre entmutigend, wenn dieses Parlament angesichts des Angebots einer letzten Chance nicht in der Lage wäre, Alternativen für die Dinge vorzuschlagen, die wir so oft kritisiert haben, insbesondere das offensichtliche Versagen des Erhaltungs- und Bewirtschaftungssystems, wie das sowohl durch den Zustand der Ressourcen wie auch durch den Rückgang in diesem Sektor demonstriert wurde.

Ich kann einfach nicht verstehen, wie man sich dagegen aussprechen kann, klar Alternativen vorzuschlagen, wie sie in diesem Haus 1996 diskutiert wurden, wie etwa das übertragbare Quotensystem oder aufwandbasiertes Management, die so eine positive Wirkung gehabt haben und die dabei helfen könnten, zumindest die industrielleren Flotten zu erhalten.

Der Bericht besagt, dass es keine absolute Einheitslösung geben kann, aber zugleich verhindert er die Möglichkeit anderer Lösungen. Ich verstehe weder den Widerspruch, noch verstehe ich, warum die Lösung das vollständige Verbot für alle sein muss, wenn ein Einzelner ein Instrument nicht nutzen will.

Das ist sicher nicht der Schutz der Schwächsten. Es ist die Furcht einiger Sektoren, die nur die permanenten Subventionen als Lösungen sehen.

Die GFP sollte auch die Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt der Fischereierzeugnisse sichern. Der Markt für diese Erzeugnisse wird zweifellos weiter wachsen, aber es sieht so aus, als ob er ohne uns wachsen wird.

Die Strategien innerhalb der Union sollten kohärent sein, und wir müssen sicherstellen, dass die Handelspolitik und die Ursprungsregeln wie jene, die in den neuen Partnerschaftsabkommen aufgetaucht sind, nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaftsfischerei zerstören, ohne etwas anderes als eine reine Geste gegenüber Drittländern zu sein; sonst wird unser Fischereisektor darunter leiden.

Herr Präsident, Konsens ist eine gute Sache, wenn er Ergebnisse liefert, aber nicht, wenn wir angesichts der Probleme bewegungslos verharren; und wir haben viele Probleme zu lösen.

**Ulrike Rodust (S&D).** - Herr Präsident, sehr geehrte Kommissarin Damanaki, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein herzliches Willkommen allen Fischern hier im Raum! Die heutige Abstimmung ist ein Meilenstein für das Europäische Parlament. Zum ersten Mal seit der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags äußern wir uns zu der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Auf uns kommt in den nächsten Jahren viel Macht, aber auch viel Verantwortung zu. Der Bericht ist akzeptabel, und ich danke Frau Patrão Neves und Josefa Andrés Barea für die gelungene Arbeit.

Es ist uns gelungen, wichtige sozialdemokratische Anliegen in den Bericht einfließen zu lassen. Dazu gehört eine gezielte Unterstützung der handwerklichen Fischerei. Die Betroffenen werden nun in die



Entscheidungswege mit eingebunden. Kleine Familienbetriebe müssen besonders gefördert werden. Ihre Anwesenheit in den Küstenregionen sorgt nicht nur für Arbeitsplätze, sondern trägt auch zur touristischen Attraktivität vieler Regionen bei. Einige Teile des Berichts müssen noch verbessert werden. Entsprechende Änderungsanträge haben wir eingebracht. Wir Sozialdemokraten wollen klarstellen, dass eines der zentralen Probleme die immer noch vorhandenen Überkapazitäten sind. Fakt ist auch, dass ökologische Nachhaltigkeit überhaupt erst die Grundvoraussetzung für ein wirtschaftliches Überleben der Fischer ist. Ökologie muss also Priorität haben.

Ein dritter wichtiger Punkt sind die Außendimension der GFP und die Partnerschaftsabkommen mit Drittländern. Wir beantragen, Ziffer 121 zu streichen, die die europäischen Fischereiinteressen über Gebühr betont. Wir sollten uns auch außerhalb der europäischen Gewässer so benehmen wie zu Hause, also weltweit Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Demokratie fördern und dafür sorgen, dass die Einkünfte aus Partnerschaftsabkommen nicht in den Schatullen korrupter Diktaturen versickern.

Abschließend noch etwas Grundsätzliches: Die europäische Fischereipolitik ist ein heißes Eisen, denn es gibt zahlreiche handfeste nationale Interessen. Es ist sicherlich kein Geheimnis, dass diese in den letzten Wochen zu erhitzten Debatten in den Fraktionen geführt haben. Es ist uns allen zum Glück gelungen, gute Kompromisse zu finden. Wenn es dann zur Gesetzgebung kommt, müssen wir uns aber noch stärker als heute an der Sache orientieren und gemeinsam europäische Lösungen erarbeiten. Das Klein-Klein der nationalen Begehrlichkeiten sollten wir dem Rat überlassen.

**Pat the Cope Gallagher (ALDE).** – Herr Präsident, lassen Sie mich zunächst die Frau Kommissarin bei ihrer ersten Rede in diesem Haus begrüßen und ihr alles Gute während ihrer Amtszeit wünschen. Lassen Sie mich auch unserer Kollegin, Frau Neves, zu der Vorbereitung dieses Berichts gratulieren.

(GA) Die neue gemeinsame Fischereipolitik muss klarere, bessere Ziele verfolgen, die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundsätzen entsprechen. Ein radikales Umdenken muss stattfinden, und natürlich müssen alle Interessenvertreter daran teilnehmen.

Wir müssen Fischbestände auf nachhaltige Weise bewirtschaften. Zugleich ist es auch wichtig, eine realistische und nachhaltige Lebensweise für die Fischer Europas zu gewährleisten.

Ich mache mir insbesondere über die Fischer Gedanken, die an der Küste und von kleinen Küsteninseln aus arbeiten. Solche handwerklichen Fischereien haben eine besondere Bedeutung für die peripheren Gebiete, wo es keine alternative soziale Beschäftigungen gibt, und ich wurde entmutigt, als ich heute Morgen der Frau Kommissarin zuhörte, wie sie auf solche Fischereien Bezug nahm.

Die Mehrheit der Boote, die in diesen Gebieten Fische fangen, sind weniger als 15 Meter lang und fangen Fische und Fischmengen, die keinen bedeutenden Einfluss auf den Fischbestand nehmen, und natürlich sind viele von ihnen nicht quotengebundene Fischarten. Vor allem gibt es keine alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten für viele dieser Menschen. Daher habe ich einen Änderungsantrag eingebracht, der von der Kommission verlangt, speziell diesen entlegenen Gemeinschaften gerecht zu werden.

Die Regionalisierung und die Einführung von regionalen Beiräten (RBR) sind erfolgreich gewesen, und daher sollten Strukturen der regionalen Bewirtschaftung viele positive Wirkungen haben, einschließlich der erhöhten Verantwortung seitens der Interessenvertreter und der Umsetzung einer neuen gemeinsamen Fischereipolitik, die den Belangen vor Ort gegenüber offener sein wird.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, welches dem Referendum in meinem eigenen Land letztes Jahr folgte, trägt das Europäische Parlament jetzt eine größere gesetzgeberische Verantwortung. Noch einmal, die Frau Kommissarin hat dies anerkannt, und ich freue mich darauf, mit ihr zusammenzuarbeiten.

Abschließend möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass diese entscheidenden Bestimmungen zukünftig in die substanziellen Reformen miteinbezogen werden.

**Ian Hudghton (Verts/ALE).** – Herr Präsident, unsere Berichterstatterin sagte über die GFP, dass ihre ursprünglichen Probleme zum größten Teil immer noch bestehen. Nun, ich stimme dem zu, und die 27 Jahre lange Erfahrung mit der GFP in Schottland sind keine gute Erfahrung gewesen. Wenn wir ein System von Bestandsbewirtschaftungsmaßnahmen ändern wollen, und ich denke, das ist, was wir alle wollen, dann müssen wir bereit sein, einen von Grund auf anderen Ansatz anzunehmen.

Die überzentralisierte, unflexible GFP hat kläglich versagt, und wir müssen das akzeptieren. Aber wir müssen etwas unternehmen. Umgekehrt erkennt die Kommission an, dass bis jetzt die Bewirtschaftung vor Ort innerhalb einer 12-Meilen-Zone im Allgemeinen erfolgreich war; daraus müssen wir lernen.

Ich habe Änderungsanträge eingebracht, für die ich die Unterstützung meiner Kolleginnen und Kollegen suche. Ich beabsichtige, mit diesen Änderungen echte Befugnisse an die Fischereinationen Europas zu delegieren; die Zusammenarbeit zwischen Fischereinationen und Interessenvertretern auf logischer Basis je nach Meeresbecken zu fördern; den Anreiz für Maßnahmen für eine nachhaltige Bewirtschaftung zu fördern, die auf nationaler und lokaler Ebenen ergriffen werden, und die historischen Rechte und Vorteile anzuerkennen, die sich aus dem Prinzip der relativen Stabilität ergeben.

Ich bin fest davon überzeugt, dass jene, die am meisten von der erfolgreichen Erhaltung der Fischbestände profitieren würden, und das sind unsere Fischereigemeinschaften und Fischereinationen selbst, am besten in der Lage sind, realistische Entscheidungen über Bewirtschaftungspläne zu treffen, sie für ihre Fischerei umzusetzen und auf regionaler Basis zusammenzuarbeiten. Die GFP hat nicht nur der Fischereiwirtschaft und den Fischbeständen geschadet, sondern auch substanziell zu einem verstärkt negativen Bild der EU insgesamt beigetragen, und auch darum geht es hier. Sollten wir diese GFP-Reform nicht richtig machen...

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Struan Stevenson (ECR).** – Herr Präsident, zunächst möchte ich der Berichterstatterin, Frau Patrão Neves, meine Anerkennung für die Arbeit aussprechen, die sie im Zusammenhang mit diesem Bericht geleistet hat. Es bietet sich uns heute die Gelegenheit, etwas Wichtiges zu bewirken und die Richtung einer Politik zu ändern, über deren fundamentales Versagen sich alle einig sind. Aber um eine grundlegende Änderung zu bewirken, dürfen wir vergangene Fehler nicht wiederholen.

Kein Mikromanagement mehr aus dem Zentrum, keine Regulierung von oben nach unten, keine einheitliche Vorgehensweise. Jede Art der Reform der GFP muss ein Ende des Debakels der Rückwürfe vorsehen. Sie muss die Interessenvertreter in die tägliche Bewirtschaftung der Bestände mit einbeziehen. Sie muss sicherstellen, dass die Flottenkapazitäten auf die Fischbestände abgestimmt werden. Wir müssen Nachhaltigkeit und Erhaltung in das Zentrum unserer Agenda rücken. Wir müssen die illegale, ungemeldete und unregulierte IUU-Fischerei beenden und einen angemessenen Lebensunterhalt für alle Menschen gewährleisten, die in diesem Sektor arbeiten. Wenn wir den zentralen Werten der GFP Substanz verleihen können, nämlich Arbeitsplätze und Fischbestände zu erhalten, dann haben wir einen tatsächlichen Fortschritt erzielt.

**Anna Rosbach (EFD).** – (DA) Herr Präsident, eine Reform unserer Fischereipolitik ist schon lange überfällig. Allerdings hätte ich gerne eine ehrgeizigere Reform gesehen – insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Existenz lebensfähiger Fischbestände in unseren Meeren. Es ist höchst selten, dass ich mit der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz vollkommen einer Meinung bin, aber in diesem Fall muss ich es zugeben. In der Tat sind ihre Änderungen sowohl verantwortungsbewusst als auch notwendig für die Zukunft unserer Fischereiwirtschaft.

Meine Frage an den Rat und die Kommission wird unseren heutigen Gästen hier sicher nicht gefallen, aber sie ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft. Meine Frage ist, wie können wir ein europaweites Fangverbot für Fische und Schalentiere während ihrer jeweiligen Laichzeiten erlassen? Jeder weiß, dass wir mit dem Fang eines einzigen Kabeljaus, der voller Fischrogen ist (anders gesagt, voller Fischeier), die gesamte zukünftige Kabeljaugeneration fangen. Das macht die Sicherung stabiler Kabeljaubestände fast unmöglich, um nur ein aktuelles Beispiel aufzuzeigen.

Ich bin sehr erfreut darüber, dass das neue Grünbuch beabsichtigt, sich in stärkerem Maße auf die Küstenfischerei zu konzentrieren. Das wird nicht nur der Umwelt zugute kommen, sondern auch dabei helfen, lokale Arbeitsplätze zu sichern. Es ist ebenfalls gut, dass das Grünbuch der nachhaltigen Aquakultur Bedeutung zumisst, damit wir verhindern können, dass die Meere um die Küsten der Drittländer entleert werden. Wir sollten gleichfalls den Fang exotischer und bedrohter Fischarten stoppen, der nur deswegen betrieben wird, weil Sushi sehr in Mode gekommen ist.

**Andrew Henry William Brons (NI).** – Herr Präsident, unsere Partei ist davon überzeugt, dass jeder Mitgliedstaat, deren Fischer alleinigen Zugang zu den Gewässern ihres eigenen Landes haben, für die Erhaltung der Fischbestände verantwortlich sein soll.

Allerdings erkennen wir an, dass es ein europaweites, ja, in der Tat, weltweites Problem der Überfischung und nicht nachhaltige Fischbestände gibt.

Es muss eine Umkehr der gegenwärtigen Politik geben, gemäß der Fischer im Überfluss gefangene und untermaßige Fische in das Meer zurückwerfen müssen, sogar dann, wenn sie tot sind oder wegen Schwimmblasenverletzung sterben, da sie zu schnell an die Oberfläche gebracht wurden.

Hier müssen neue Technologien helfen. Zum Beispiel hat ein Bürger in meinem Wahlkreis, Jeff Stockdale aus Hull, ein ehemaliger Fischer, eine revolutionäre Korbfrage erfunden, die Fische dazu bewegen würde, in sie hinein zu schwimmen, um der Gezeitenflut zu entkommen, aber sie würde es kleinen Fischen erlauben, zu entkommen, und es ermöglichen, größere Fische wieder freizusetzen, bevor sie an die Oberfläche gebracht werden, sollte dies notwendig sein, um ein Überschreiten der eigenen Fangquote zu verhindern.

Ich empfehle der Kommission und wirklich der ganzen Welt, diese Erfindung zu berücksichtigen.

**Alain Cadec (PPE).** – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, sehr geehrte Damen und Herren, im Gegensatz zu einigen anderen glaube ich, dass der Bericht des Europäischen Parlaments zum Grünbuch ein wichtiger, sogar essentieller Beitrag zur Entwicklung der zukünftigen gemeinsamen Fischereipolitik ist. Es ist ein umfassender Bericht, der alle Aspekte dieser Politik und insbesondere den Schutz der Ressourcen anspricht, ein globaler Ansatz für die Bewirtschaftung der Fischbestände und für dezentralisierte Regierungsstrukturen. All das scheint mir sehr relevant und sehr zweckmäßig zu sein.

Ich möchte heute in diesem Haus Frankreichs Zufriedenheit mit diesem Beitrag des Parlaments zum Ausdruck bringen, an dem wir zusammengearbeitet haben, und ich danke Frau Patrão Neves für die Arbeit, die sie geleistet hat. Dieser Bericht unterstreicht die Notwendigkeit der Erweiterung der wissenschaftlichen Expertise im Fischereisektor, damit die gefällten Entscheidungen über jeden Zweifel erhaben sind.

Ja, wir müssen Ressourcen erhalten und nachhaltige Fischerei fördern, aber wir sollten vorsichtig sein, eine Berufsgruppe zu stigmatisieren, die seit langer Zeit weiß, dass ihr Überleben von ihrer Einhaltung der Vorschriften abhängt. Ja, wir müssen uns hin zu einer Marktwirtschaft entwickeln. Allerdings bedeutet das nicht, dass wir die organisierten Mittel der Regulierung aufgeben müssen. Ich begrüße besonders die Kompromisse, die bereits als Ergebnis unserer Debatten im Ausschuss erreicht wurden.

Tatsächlich wird nirgendwo explizit auf übertragbare individuelle Rechte hingewiesen. Diese Art der Bewirtschaftung wird als Managementinstrument angesehen, dass die gesetzten umweltpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele des Sektors erfüllt. Ich teile diese Ansicht nicht. Ein europäischer Markt, in der das Recht auf eine unregelte Erzeugung gilt, ist heute nicht wünschenswert. Dies würde unkontrollierbare Spekulationen ermöglichen und eine Konzentration der individuellen Rechte.

Während es tatsächlich von entscheidender Bedeutung sein wird, neue Bewirtschaftungsmethoden für die industrielle Fischerei einzuführen – in dieser Hinsicht bin ich mit meiner Kollegin, Frau Fraga Estévez, einer Meinung – bleibe ich davon überzeugt, dass eine zu breitgefächerte Anwendung dieses Systems unseren handwerklichen Fischereien, denen gegenüber wir sehr verpflichtet sind, den Todesstoß versetzen würde.

Frau Damanaki, wir zählen auf Sie.

**Kriton Arsenis (S&D).** – (EL) Herr Präsident, Frau Kommissarin, sehr geehrter Herr Martín Fragueiro, die gegenwärtige gemeinsame Fischereipolitik ist gescheitert. Die meisten Fischbestände nehmen ab. 88 % der Fischbestände werden gefischt, während dabei der maximale nachhaltige Ertrag überschritten wird. 33 % der Fischbestände befinden sich außerhalb sicherer biologischer Grenzen, was bedeutet, dass sie wenig Chancen haben, sich wieder zu erholen. Kabeljau in der Nordsee, der noch vor seinem fortpflanzungsfähigen Alter gefangen wird, ist ein typisches Beispiel. Die hier diskutierte Reform ist daher absolut notwendig.

Der Schutz der Fischer hängt vom Schutz der Fischfangerträge ab. Wenn wir den Zusammenbruch des europäischen Fischereiwesens verhindern wollen, müssen wir den Fischereiaufwand und die europäische Fangflotte reduzieren. Der ökologische Ansatz muss die treibende Kraft hinter der neuen, gemeinsamen Fischereipolitik sein und muss von langfristiger Planung, Teilhabeverfahren und der Anwendung des Präventionsprinzips begleitet werden. Dieser langfristige Ansatz zur Artenerhaltung muss auch in allen unseren internationalen Fischereiabkommen angewendet werden.

Ich fordere Sie auf, diese Grundprinzipien anzunehmen, damit wir ein dezentralisiertes und teilnehmendes System entwickeln können, in dem Entscheidungen auf niedrigster Ebene gefällt werden können, unter der Teilnahme der Fischer und unter Beachtung der Bedürfnisse der marinen Ökosysteme.

**Britta Reimers (ALDE).** - Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kollegen! Dies ist nur ein Schritt auf dem langen Weg zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Ich möchte mich bei der Berichterstatteerin für den Bericht und bei unserem Koordinator für die effiziente Arbeit bedanken.

Ich spreche mich für eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik aus. Aber wenn der Mut dazu fehlt, ist es mir wichtig, dass das Prinzip der relativen Stabilität erhalten bleibt. Ferner möchte ich ausdrücklich auf das große Problem mit dem gefräßigen Kormoran und auf den vom Parlament bereits geforderten Managementplan hinweisen.

Die Fischerei hat für unsere Küstenregionen grundlegende wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung. Deswegen liegt mir bei der jetzt anstehenden Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik das Gleichgewicht zwischen Ökonomie und Ökologie besonders am Herzen.

**Peter van Dalen (ECR).** - (NL) Herr Präsident, Nachhaltigkeit ist ein wesentliches Konzept des Grünbuchs, und das zu Recht: nachhaltig im dem Sinne, dass es für das Fischereiwesen zukunftssicher und gut für die Umwelt ist. Die von der Kommission gesetzten Ziele sind nicht neu, aber bis heute hat es Europa nicht geschafft, sie zu erreichen. Das verstärkt die Dringlichkeit der notwendigen Reform noch mehr.

Ich schließe mich dem Ziel der Lösung der Kommission an: Regionalisierung. Dem Fischereisektor selbst muss mehr Raum gegeben werden, während zugleich Umweltaspekte beachtet werden müssen. Die gegenwärtige Politik geht zu weit, ist zu detailliert und ineffektiv.

Darüber hinaus ist die Einhaltung der Vorschriften zurzeit ungenügend. Die Guten sind die Opfer der Schlechten. Ich bin stolz auf die niederländischen Fischer: sie und ihre dänischen Berufskollegen sind die Einzigen, die ihre Fangquoten einhalten. Wir müssen den europäischen Fischereisektor dazu ermutigen, sich mehr zu engagieren und mehr Verantwortung zu übernehmen, ganz nach dem Beispiel des dänischen Modells. Ich war sehr darüber erfreut, dies im Grünbuch zu finden; es ist der einzige Weg in eine nachhaltigen Zukunft für den Fischereisektor.

**Bastiaan Belder (EFD).** - (NL) Die gegenwärtige Fischereipolitik funktioniert nicht gut genug; eine drastische Änderung ist notwendig, um die Situation umzukehren. Das ist die ziemlich starke Formulierung, mit der die Europäische Kommission das Grünbuch beginnt. Das ist bemerkenswert. Nicht, das ich dagegen argumentieren will; im Gegenteil.

Einige stellen fest, dass der Hauptgrund für das Versagen der gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) nicht die Tatsache ist, dass die Politik an sich falsch ist, sondern dass sie schlecht umgesetzt und durchgesetzt wird. In dieser Hinsicht gibt es wichtige Lektionen zu lernen. Eine Politik muss durchführbar sein, und daher ist Vereinfachung angesagt. Daher bin ich mit der Richtung, welche die Kommission andeutet, sehr zufrieden: Regionalisierung, mehr Engagement durch den Sektor und insbesondere die Einhaltung der Vorschriften.

Der Bericht über dieses Grünbuch von meiner portugiesischen Kollegin streicht die großen Unterschiede zwischen den verschiedenen Flotten und Fischereiaktivitäten heraus; und das zu Recht. Wir können nicht mittels verallgemeinerter Sprache über *die* Überkapazität oder *die* Überfischung oder *die* Nichtbefolgung der Vorschriften sprechen. Ein regionaler, sektorspezifischer Ansatz erfordert in dieser Hinsicht eine nuancierte Sprache. Letzten Samstag habe ich in der Tat intensive Gespräche mit Vertretern des Sektors geführt, die mir gesagt haben, dass Fischer und Wissenschaftler immer erfolgreicher zusammenarbeiten. Und wirklich, das scheint mir ein gutes Beispiel dafür zu sein, wie Dinge erfolgreich durchgeführt werden können. Wenn Fischer in der Lage sind, ihr Know-how zu teilen und dabei helfen können, die Politik zu gestalten, dann erweitert sich die Basis der Politik in entscheidendem Maße und wird in die richtige Bahn gelenkt. Abschließend möchte ich noch unserer Berichterstatteerin meinen Dank für diese hervorragende Arbeit ausdrücken.

**Ioannis A. Tsoukalas (PPE).** - (EL) Herr Präsident, auch ich möchte die Kommissarin, Frau Damanaki, begrüßen und insbesondere Frau Maria do Céu Patrão Neves für ihre ausführliche und ausgezeichnete Arbeit danken.

Alle wichtigen Dinge wurden bereits gesagt. Ich werde mich auf drei Punkte konzentrieren: erstens, Überfischung. Überfischung ist eine unbestrittene Tatsache. In der Tat wird, wie dies Herr Arsenis erwähnt hat, geschätzt, dass 88 % der Bestände in den europäischen Meeren von Überfischung bedroht sind, was bedeutet, dass sie in einem Ausmaß überfischt werden, das ihre Erholung verhindert.

Chronische Überfischung hat zu immer kleineren Fängen für das europäische Fischereiwesen und zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt. Immer kleinere Fische werden gefangen, oft sogar bevor sie das fortpflanzungsfähige Alter erreichen, und es wird immer schwieriger, sie ausfindig zu machen.

Zweitens, Europa fängt heute viel weniger Fische als vor 15 Jahren, ungefähr 25 % weniger, während der Fischereiaufwand und die Kosten des Fischfangs angestiegen sind. Wenn aber Maßnahmen ergriffen werden, dürfen wir nicht überreagieren, da dies negative Folgen haben kann, obwohl es laut Expertenmeinung trotz der Überfischung nicht um abnehmende Bestände geht.

Was wir nicht vergessen dürfen, ist, dass die Lebensfähigkeit drei Dimensionen hat, die ebenfalls im Neves-Bericht hervorgehoben werden: die soziale Dimension, die wirtschaftliche Dimension und die ökologische Dimension. Eine Fischereipolitik, die auf lebensfähige Entwicklung ausgerichtet ist, muss sich nicht nur mit Fischen beschäftigen; sie muss auch die Menschen in Betracht ziehen.

Fische, Menschen, Kormorane und Seehunde sind konkurrierende Systeme in derselben ökologischen Umwelt.

Schließlich muss ich betonen, dass ich wie viele andere Kolleginnen und Kollegen auf mehr Forschung im Fischereiwesen bestehe. Es geht nicht darum, dass ich dies mit Nachdruck vertrete; es ist eine Realität, der wir uns innerhalb des Rahmens dessen stellen müssen, was von Herrn Cadec gesagt wurde.

**Catherine Trautmann (S&D).** – (FR) Sehr geehrter Herr Präsident, Herr amtierender Ratsvorsitzender, Frau Kommissarin, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte zunächst allen Berichterstatterinnen und Berichterstatlern für ihre ausgezeichnete Zusammenarbeit danken und für die gewaltige Aufgabe, die wir durchgeführt haben, und das trotz gelegentlicher Interessenskonflikte.

Das erste Ergebnis unserer Anstrengungen besteht darin, dass das Parlament jetzt die Richtung festlegen kann, in die es die zukünftige gemeinsame Fischereipolitik lenken will.

Das zweite Resultat besteht darin, dass es während der Verhandlungen für uns besonders wichtig war, sicherzustellen, dass der Text auf die Sorgen eingeht, welche die Fischer geäußert haben. Wir waren in folgender Hinsicht erfolgreich: die Bestimmungen zu übertragbaren individuellen Quoten wurden entfernt und die Unterstützung für handwerkliche und Küstenfischereien wurde beibehalten.

Das dritte anzunehmende Resultat ist, dass das zu erwartende Dokument zu einem teilnehmenden und von unten nach oben angelegten Ansatz führen muss, das heißt, im Einvernehmen mit allen in diesem Sektor Parteien. Es muss auch jene Elemente enthalten, welche für die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament von entscheidender Bedeutung sind, nämlich die menschliche und die soziale Dimension des gesamten Sektors, die mit der Förderung nachhaltiger Fischereipraktiken wirksam und mit der Erhaltung der Fischbestände als Teil eines ökosystemischen Ansatzes verbunden sein müssen.

Ich möchte dem hinzufügen, dass wir, wenn wir mit einer ambitionierten Reform der gemeinsamen Fischereipolitik Erfolg haben wollen, dieser finanzielle Mittel zuweisen müssen, die unseren angekündigten Zielen entsprechen. Unser politischer Wille wird an den Ressourcen gemessen werden, die wir ihr zur Verfügung stellen. Wir erwarten von der Kommission ...

*(Der Präsident unterbricht die Rednerin)*

**Izaskun Bilbao Barandica (ALDE).** – (ES) Herr Martín Fragueiro, Frau Damanaki, wir brauchen klare Zielsetzungen, wir müssen mutig sein, und wir müssen ein weiteres Scheitern verhindern; Beteiligung ist daher von entscheidender Bedeutung.

Der Fischereisektor und die verarbeitende Industrie sind am meisten an der Nachhaltigkeit des Fischereiwesens interessiert, und daher sind sie auch bei der Vorbereitung dieser Reform engagiert oder an ihr beteiligt, zum Beispiel bei der Überarbeitung einer Kontrollverordnung des Jahres 2009, die in offener Art und Weise hätte erstellt werden sollen. Um die Ziele dieser Reform zu erfüllen, gibt es eine einfache Antwort: einen nachhaltigen und profitablen Sektor schaffen und Versorgung gewährleisten.

Die anderen Schlüsselworte sind Regionalisierung, Verantwortung, Stabilität und Gerechtigkeit: Regionalisierung bedeutet, die Besonderheiten jeder Zone und Art der Fischerei untersuchen und zwischen handwerklicher und industrieller Fischerei unterscheiden; Verantwortung, sich auf gute Praktiken und auf vorangegangene Anstrengungen konzentrieren, um Fangkapazitäten reduzieren; Stabilität durch langfristige Pläne zur Bewirtschaftung, gestützt auf verstärkte verlässliche wissenschaftliche Tätigkeit; und Gerechtigkeit, die Überarbeitung der Marktordnung und das Angebot von Inspektionen und Kontrollen von Drittländern, um das nachhaltige Verhalten in diesem Sektor zu fördern. Gerechtigkeit auch für die Frauen der Meere, die ewig Vergessenen dieses Sektors; ohne ihren Beitrag wäre die Fischerei in vielen Gebieten unmöglich.

**Oldřich Vlasák (ECR).** – (CS) Ich begrüße die Vorlage des Grünbuches zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Wie die Tschechische Republik im Ministeramt unterstütze ich die Bemühungen, den gesetzgeberischen Rahmen zur Regulierung dieses Bereichs zu verbessern, zu vereinfachen und effektiver zu gestalten. Die Anstrengungen der Kommission, einen über viele Jahre hinweg gültigen Ansatz zu verabschieden, der eine Strategie für die Erhaltung der Fischbestände zum Ziel hat und größeres Gewicht auf angemessene Kompromisse zwischen der Fischerei und der Umwelt legt, sind besonders wertvoll.

Wir müssen das Grünbuch als ersten Schritt im Hinblick auf die Reform auf diesem Gebiet ansehen. Es würde mich sogar noch mehr zufrieden stellen, eine stärkere Betonung des Bereichs der Aquakultur in zukünftigen Vorschlägen zu sehen. Eine Wiederbelebung der Aquakultur der Meere und Süßwasser wird bei der Entwicklung der Küsten und ländlichen Gebiete hilfreich sein und den Verbrauchern Vorteile in der Form umweltfreundlicher Lebensmittel bringen. Aus dieser Sicht unterstütze ich alle vorgeschlagenen Änderungsanträge.

**Jarosław Leszek Wałęsa (PPE).** – (PL) Herr Präsident, der Fischereisektor ist als Lebensgrundlage in europäischen Küstenregionen und als Nahrungsquelle für die Bürgerinnen und Bürger Europas von fundamentaler Bedeutung. Leider geht die gemeinsame Fischereipolitik in ihrer gegenwärtigen Form nicht auf die Herausforderungen ein, die sich mit dem Auftauchen einer Reihe von Problemen stellen, wie etwa der unkontrollierten Ausbeutung der Fischgründe oder der zu hohen Fischereikapazität. Eine komplette Umgestaltung der maritimen Politik ist unentbehrlich. Wir befinden uns am Beginn dieses Prozesses, und er sollte mit grundlegenden Änderungen der gegenwärtigen, unwirksamen europäischen Fischereipolitik enden.

Danke, Frau Patrão Neves, für ihren umfassenden Bericht, der die entscheidenden Maßnahmen festlegt, auf der diese Reform beruhen soll. Erstens, eine Reduzierung der zu hohen Fischereikapazität. Das ist ein grundlegendes Problem, das durch die Einführung und die Überwachung angemessener Marktmechanismen gelöst werden soll. Ich beziehe mich hier auf ein System individuell übertragbarer Quoten, oder kurz ITQ. Ich denke, es handelt sich um eine Art wirtschaftliche Medizin, um die Flottengröße der vorhandenen Ressourcen anzupassen und Rentabilität für den Fischereisektor zu gewährleisten. Zweitens, Dezentralisierung und eine breitere Eingliederung interessierter Parteien und Beratungsorgane in den Prozess. Das Ziel dabei ist es, die Beteiligung der Fischer zu verstärken und detaillierte Verordnungen zu entwickeln, die das Vertrauen zwischen Fischern und den Organen erhöhen werden, die das Fischereiwesen regeln.

Das Grünbuch beurteilt zu Recht die gegenwärtige Fischereipolitik und hebt ihre vielen Mangelhaftigkeiten hervor. Frau Patrão Neves' Bericht analysiert die Möglichkeiten einer Lösung für die schwierige Situation, in der sich die Fischereiwirtschaft in Europa befindet. Allerdings erfordern die Vorschläge weitere Diskussionen. Wenn dies nicht geschieht, riskiert unsere Gemeinschaft, wieder über eine weitere Version einer Reform abzustimmen, welche die Probleme nicht lösen wird, die sich der europäischen Fischereiwirtschaft stellen.

**Iliana Malinova Iotova (S&D).** – (BG) Das ist das erste Mal, dass wir die gemeinsame Fischereipolitik seit der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon diskutieren, wobei wir uns voll der Verantwortung bewusst sind, die wir aufgrund der größeren Zuständigkeiten des Parlaments haben. Es gab eine sehr hitzige Debatte über das Grünbuch, und ich möchte den Berichterstatterinnen und Berichterstattern aufrichtig für die Arbeit danken, die sie geleistet haben.

Ich möchte einen speziellen Aspekt der vorgeschlagenen Reform hervorheben, der von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung des gesamten Sektors ist. Die Reform muss sowohl die veränderte Situation nach der Vergrößerung der Europäischen Union 2004 und 2007 wie auch die neuen Mitgliedstaaten berücksichtigen. Das derzeitige System zur Ausführung von Forschungsprojekten und Analysen und für das Treffen von Entscheidungen muss die neuen Wasserstraßen und ihre speziellen Besonderheiten in Betracht ziehen. Ich möchte im Hinblick auf diesen Punkt die Notwendigkeit betonen, sich besonders auf das Schwarze Meer zu konzentrieren und spezielle Organe für die Bewirtschaftung einzusetzen. Wir müssen die Interessen der Menschen berücksichtigen, die in diesen Küstengebieten leben sowie die ökologischen Anliegen und die Fischereiwirtschaft. Ich erwähne dies auch in Verbindung mit dem kommenden Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020, während der die Reform finanziert werden muss.

Abschließend stelle ich fest, dass wir meiner Ansicht nach den Vorschlag zur Reduzierung der Flottenüberkapazität unterstützen sollen, welche sich zusammen mit einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise ungünstig auf das Fischereiwesen auswirken könnte.

**Chris Davies (ALDE).** – Herr Präsident, ich hoffe, die Kommission wird sich die Abstimmung, die wir letzten Monat über den Roten Thunfisch hielten, zu Herzen nehmen. Ich denke, dass sie ein gutes Zeichen der Stärke

war, die das Haus fühlte, und vielleicht auch ein Anzeichen dafür, dass Sie auf viele Abgeordnete hier zählen können, wenn es darum geht, für diese ganz radikale Reform zu stimmen.

Gestern haben viele Abgeordnete an einem von mir organisierten Seminar teilgenommen, einer Präsentation des Marine Stewardship Council (MSC). Ich habe diese Organisation eigentlich immer sehr gut gefunden. Sie wurde vor 10 Jahren durch eine Partnerschaft zwischen Unternehmen und Umweltschützern begründet, die, wie ich denke, immer gut ist. Dieses hatte einige Startschwierigkeiten, aber zum Ende des Jahres, so schätzt man, werden 10 % der Fischerei weltweit durch die MSC zertifiziert sein.

Ich denke, das verleiht den Einzelhändlern, welche den MSC unterstützen, Glaubwürdigkeit. Ich denke, es gibt Verbrauchern Zuversicht, und ich denke, dass das nicht nur mehr Geld in den Taschen der Fischer bedeutet, deren Fischerei als nachhaltig zertifiziert wurden, sondern es gibt ihnen auch einen gewissen Stolz. Sie besitzen ein Dokument, mit dem sie vor ihren Familien und ihren Gemeinschaften beweisen können, dass ihre heutige harte Arbeit die Aussichten für das Überleben der Fischbestände in der Zukunft nicht gefährdet.

Das ist etwas, was zusätzlich zu allem, was die Kommission leistet, geboten wird, und ich hoffe, dass die Frau Kommissarin die Arbeit der Organisation während ihrer Amtszeit unterstützen wird. Damit wird eine Qualitätsnorm festgeschrieben.

**Mairead McGuinness (PPE).** – Herr Präsident, ich möchte der Berichterstatterin für ihre sehr engagierte und detaillierte Arbeit an diesem schwierigen Dossier danken.

Seit der Vertrag von Lissabon verabschiedet wurde, stehen in diesem Haus zwei tief greifende Reformen zweier Strategien an: Agrarwirtschaft und Fischereiwesen. Die Probleme sind ähnlich. Wir alle wollen das Beste für unsere Sektoren, und wir versuchen, eine Reform durchzuführen, welche die bestmöglichen Ergebnisse gewährleistet.

Ich bin etwas besorgt darüber, und die Berichterstatterin hebt dies in ihrer Begründung hervor, dass wir 2002 auch in der besten Absicht gehandelt haben, aber dass die Reform dem Fischereisektor geschadet hat und ebenso den Kriterien für die Nachhaltigkeit nicht entsprochen hat.

Allerdings bin ich von ihrem sehr praxisorientierten Ansatz für diese Probleme sehr ermutigt: den drei Grundprinzipien, die wir uns ansehen müssen – umweltpolitische, soziale und wirtschaftliche Aspekte – und dann die praktischen Maßnahmen, die erforderlich sind, um diese Prinzipien umzusetzen. Es geht dabei um lokale und regionale Anliegen und darum, an die Menschen zu denken, die davon betroffen sind. Ich mag besonders die Überlegung, dass wir weniger Fische fangen und mehr verdienen könnten. Wenn wir das erreichen, können wir vielleicht das Gleiche für die Agrarwirtschaft tun.

**Luis Manuel Capoulas Santos (S&D).** – (PT) Wie mehrere Redner bereits dargelegt haben, ist das Ziel, das wir mit der gemeinsamen Fischereipolitik zu erreichen versucht haben und das soweit ohne Erfolg blieb, ein Fischereiwesen, das umweltpolitisch nachhaltig, wirtschaftlich lebensfähig und sozial sehr sinnvoll ist. Das Grünbuch der Kommission stellt eine gute Diagnose der Situation in diesem Sektor dar und wirft viele Fragen auf, aber es bietet wenig konkrete Lösungen an. Der Bericht stellt auch eine große Anzahl von Grundsätzen sowie gemeinsam vereinbarte Wege vor. Diese müssen jetzt in konkrete Maßnahmen umgewandelt werden, sodass dieses Ziel so bald wie möglich erreicht werden kann.

Die Anstrengungen der Berichterstatterin müssen hervorgehoben werden, nämlich ihr Versuch, Maßnahmen vorzuschlagen, und insbesondere ihre Bereitschaft, Kompromisse zu schließen, wodurch es erforderlich war, kontroverse Themen aus ihrem ursprünglichen Bericht herauszunehmen. Die Kommission hat nun die gewaltige Verantwortung, uns mit ihrem Gesetzgebungsvorschlag konkrete Schritte vorzulegen, die es erlauben werden, die in diesem Bericht enthaltenen Grundsätze umzusetzen. Ich bin davon überzeugt, dass wir den Bericht mit einer großen Mehrheit annehmen werden.

**Antolín Sánchez Presedo (S&D).** – (ES) Herr Präsident, bei der Reform der gemeinsamen Fischereipolitik steht ein wichtiger Teil der Zukunft Europas auf dem Spiel.

Der Fischereisektor ist eine Ressource und eine Lebensweise in unseren Küstengebieten und bildet die Basis unserer Konservenindustrie und der Meeresforschung. Er ist von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit, die Qualität und den Preis bei der Lebensmittelversorgung für unsere Verbraucher. Er ist auch äußerst wichtig für die außenpolitischen Beziehungen und die weitere Entwicklung.

Die Reform muss sich auf eine verantwortungsbewusste, nachhaltige und wettbewerbsfähige Fischerei konzentrieren. Sie muss die soziale Dimension hervorheben, dem Ökosystem Priorität einräumen und in die Meerespolitik eingegliedert werden.

Es ist wichtig, die Erhaltung und Erholung der Bestände zu gewährleisten und den Grundsatz der relativen Stabilität zu überarbeiten. Die Bewirtschaftungspolitik, die auf den TAC und Quoten beruht, muss genug Raum lassen für eine aufwandbasierte Bewirtschaftung. Es ist ebenfalls wichtig, verstärkt Kontrollen durchzuführen und dem unfairen Wettbewerb ein Ende zu bereiten.

Die handwerklichen Fischereifloten und die Gebiete, die zu einem hohen Grad auf die Fischerei angewiesen sind, müssen anders behandelt werden, und brauchen eine stärkere sozioökonomische Unterstützung. Auch der Fang von Schalentieren muss vollständig in die gemeinsame Fischereipolitik integriert werden.

Ich unterstütze den Bericht und gratuliere der Berichterstatterin und den Schattenberichterstattern zu den erreichten Kompromissen. Ich fordere die Kommission und den Ratsvorsitz auf, sich in ihrer zukünftigen Arbeit ernsthaft mit dem Bericht zu befassen.

**Ole Christensen (S&D).** – (DA) Herr Präsident, ich halte die gemeinsame europäische Fischereipolitik für wichtig. Allerdings ist es auch wichtig, dass die Fischereipolitik von den Bürgerinnen und Bürgern Europas und von allen betroffenen Parteien innerhalb des Fischereisektors unterstützt wird. Es gibt daher keine andere Option als eine größere Regionalisierung, sodass die Verantwortung, die europäischen Rahmenbedingungen Ziele einzuhalten bzw. zu verfolgen, dezentralisiert wird. Der Rückwurf von Fischen muss auf ein Minimum reduziert werden, aber damit dies möglich ist, muss die Strategie, die hinter den Rückwürfen steht, geändert werden. Der illegale Fischfang muss gestoppt werden – er wirkt sich für diejenigen Fischer, die sich an die Gesetze halten, sehr nachteilig aus. Wir brauchen eine strengere und einheitlichere Überwachung in den Mitgliedstaaten. Die Küstenfischerei muss gefördert werden, um den kleinen Booten einen speziellen Status zu geben. Auf das Meer hinauszufahren und am gleichen Tag wieder zurückzukehren, resultiert in frischen Fischen, und die Fische erhalten einen guten Preis, und das ist für die Umwelt und die Fischbestände tragbar. Ich hoffe, dass diese Elemente einen festen Platz in der endgültigen Reform finden werden. Das genau ist erforderlich.

**Marie-Thérèse Sanchez-Schmid (PPE).** – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte der Berichterstatterin ein Lob aussprechen für ihre Anmerkungen zu diesem Grünbuch, die in die richtige Richtung gehen. Die neue Strategie muss die Fischerei auf lokaler Ebene fördern, und ich möchte hervorheben, dass die Aquakultur eine wesentliche Rolle dabei spielen kann, da sie für eine ganz wesentliche Anzahl von Ressourcen und Zehntausende von Arbeitsplätzen steht. Europa benötigt eine Aquakultur, die stark, nachhaltig und qualitativ hochwertig ist.

Ich möchte Sie insbesondere auf die Zucht von Schalentieren hinweisen, die speziellen Beschränkungen unterliegt, die pragmatische und geeignete Lösungen erfordern. Diese Art der Zucht wird oft von kleinen Unternehmen durchgeführt, die von der Krise sehr hart getroffen wurden. Verschmutzung und Veränderungen der Umwelt haben zu mehr Unsicherheit und Instabilität bei der Erzeugung geführt. Erzeuger erwarten, dass Europa sie mit umfangreicher Hilfe unterstützt, das heißt kurzfristig mit befristeter finanzieller Unterstützung, die es ihnen ermöglichen wird, von ihren Erzeugnissen ihren Lebensunterhalt zu bestreiten; mittelfristig mit Übergangsbeihilfe, um sicherzustellen, dass die Arten die biologische Zeit erhalten, die sie zur Fortpflanzung benötigen; und langfristig ...

*(Der Präsident unterbricht die Rednerin)*

**Luís Paulo Alves (S&D).** – (PT) Ich möchte der Berichterstatterin und den Fischern von den Azoren, die heute hier anwesend sind, gratulieren. Ich begrüße ebenfalls diesen Bericht, da er eine wichtige Änderung im Verhältnis zur gegenwärtigen gemeinsamen Fischereipolitik darstellt und Maßnahmen beinhaltet, die besonders relevant für die Regionen in äußerster Randlage sind, wie etwa die Unterscheidung zwischen handwerklichen und industriellen Flotten und die Schaffung von biogeografischen Regionen. Ich sehe die Einführung von Änderungen, die von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament eingebracht wurden, als positiv an, und sie haben die ursprüngliche Position der Berichterstatterin zum Schutz individuell übertragbarer Quoten kommentiert, wie das von den Fischereiorganisationen von den Azoren befürwortet wird.

Gleichzeitig haben wir die Änderungen gesehen, die von der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament vorgenommen wurden, die den Grundsatz der relativen Stabilität verteidigen. Wir glauben, dass für die in äußerster Randlage befindlichen Regionen weitere Anstrengungen



unternommen werden sollten, indem biogeografische Regionen geschaffen werden, die als bevorzugtes Bewirtschaftungsmodell entsprechend den vorhandenen Ressourcen dienen. Darüber hinaus ist es notwendig, die 100-Seemeilen-Grenze rund um Inseln zu überdenken, da es ganz wichtig ist, wieder 200 Meilen einzufordern, um gute Umweltbedingungen in Meeresgebieten beizubehalten und das Vorsorgeprinzip einzuhalten ...

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**George Lyon (ALDE).** – Herr Präsident, auch ich möchte damit beginnen, mich den Glückwünschen für die Frau Berichterstatterin anzuschließen. Die gemeinsame Fischereipolitik ist in Verruf geraten, und diese Reform gibt uns die Gelegenheit für einen Neubeginn. Wenn die GFP ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnen soll, muss meiner Meinung nach zunächst die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt gerückt werden; wenn es keine Fische gibt, gibt es keine Zukunft für den gesamten Wirtschaftszweig. Zweitens, Stabilität und Vorhersehbarkeit für unsere Fischereigemeinschaften und unsere Fischer. Drittens, gegen die Überkapazität vorgehen; wir müssen eine Lösung für die Überkapazität finden. Viertens, die vergangenen Anstrengungen anerkennen – ganz wichtig. Wir benötigen auch eine Strategie, die eine echte Lösung für das Rückwurfproblem anbietet.

Grundsätzlich muss die Reform der GFP für unsere Fischereigemeinschaften und Fischer eine Zukunft ermöglichen. Grundsätzlich scheint es mir so zu sein, dass die Lösung im Hinblick auf die GFP ...

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE).** – (ES) Herr Präsident, auch ich würde gerne diese Gelegenheit ergreifen und die Punkte unterstreichen, die, wie einige von uns glauben, als wesentliche Punkte im endgültigen Bericht enthalten sein sollten, über den wir abstimmen werden.

Zu diesen Punkten gehören: der Vorsorgegrundsatz, der fundamental und essentiell ist; die Reduzierung der Kapazitäten, die dringend erforderlich ist; die Begrenzung der öffentlichen Beihilfepolitik; und die Verbesserung der Überprüfung und unnachgiebige und auf einem reinen Gewissen beruhende Strafverfolgung für Verbrechen, die von jenen begangen werden, die Dinge nicht korrekt handhaben und andere dazu ermutigen, es ihnen gleichzutun. Wir brauchen auch Förderung für nachhaltige Ausstattung und nachhaltiges Fischen, was bedeutet, dass wir Fortschritte bei der Definition der handwerklichen Fischerei erzielen müssen, was zweifellos verstärkt der Klärung bedarf.

Ich möchte auch erwähnen, dass die Rolle der Frau und die Anerkennung, die ihre Arbeit verdient, ein Aspekt ist, für den wir ebenfalls Änderungsanträge eingebracht haben.

Schließlich glaube ich, dass es wichtig ist, in den Fischereiabkommen mit Drittländern größere Kohärenz und Verantwortung hervorzuheben und zu einzufordern; die Abkommen mit Marokko und Guinea, fordern dies beispielsweise.

**Werner Kuhn (PPE).** – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst einmal der Kommissarin, Frau Damanaki, viel Glück und auf gute Zusammenarbeit! Danke auch an Frau Patrão Neves. Sie hat in der Verhandlungsführung exzellente Arbeit geleistet.

Es ist wichtig, dass sich auch die kleinen Fischereinationen hier wiederfinden. Für Deutschland – das wurde schon erwähnt – spielt die relative Stabilität eine ganz entscheidende Rolle. Natürlich sind wir alle davon überzeugt, dass wir die Fischbestände schützen und ertragsfähig erhalten müssen, damit sie auf einem Niveau bleiben, das die Existenz unserer Fischer auch in Zukunft sichert. Aber wir dürfen nicht nur über ökologische und ökonomische Gesichtspunkte diskutieren, sondern wir müssen uns auch über überzogenen Artenschutz unterhalten, wie schon erwähnt worden ist, etwa wenn es um Kormorane und Robben geht.

Europa hat eine Tausende von Kilometern lange Küstenlinie, und dort trifft man in vielen Bereichen die traditionelle handwerkliche Fischerei an. Familien leben davon, die diese Fischerei unbedingt brauchen. Auch der Tourismus spielt eine ganz entscheidende Rolle. All dies sollten wir berücksichtigen. Das Grünbuch ist, glaube ich, eine sehr gute Lösung, um dann mit der Kommission auch weiter ...

*(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)*

**Czesław Adam Siekierski (PPE).** – (PL) Die gemeinsame Fischereipolitik muss ökologische und umweltpolitische Ziele im Hinblick auf Fangmengen in Einklang bringen. Gleiches gilt für Angelegenheiten, welche die Beschäftigung und den Lebensstandard der Fischer und ihrer Familien betreffen. Die

Fischereikapazität und Bestände müssen aufeinander abgestimmt werden. Dabei geht es um Bestände, die mithilfe der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Fachwissen von Experten berechnet werden. Es müssen nachhaltige Fangquoten bei gleichzeitiger Unterstützung der Fischereigemeinschaft in verschiedensten Bereichen erreicht werden, wie etwa Investitionen, Modernisierung und soziale Fragen, auch langfristig.

Die gemeinsame Fischereipolitik sollte den speziellen Bedingungen der verschiedenen Regionen und Meere Rechnung tragen. Daher ist es notwendig, die Kompetenzen der regionalen Beiräte zu stärken, die eng mit den Fischereibehörden der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission zusammenarbeiten. Abschließend halte ich es für notwendig, die Organisation der Fischer zu stärken und die einzelnen Schritte vom Fang bis zum Verkauf im Hinblick auf Qualität und hohe Standards für Fischereierzeugnissen zu verbessern.

**Seán Kelly (PPE).** – Herr Präsident, während meiner sieben Monate als Abgeordneter habe ich nie wütendere Menschen als die Fischerinnen und Fischer erlebt, die ich in meinem Wahlkreis getroffen habe.

Für sie hat die gemeinsame Fischereipolitik ganz offensichtlich nicht funktioniert. Daher ist die Reform äußerst begrüßenswert. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass wir die Fischbestände erhalten müssen, aber wir müssen auch die Küstengemeinschaften erhalten, und die beiden schließen sich nicht notwendigerweise gegenseitig aus. Es muss eine Seite geben, die sich für die handwerklichen Fischerinnen und Fischer einsetzt.

Nun, wie schon von Herrn Brons betont wurde, müssen die neuen Technologien mit einbezogen werden, besonders jene von ihm erwähnten, die bei der Dekonzentration helfen können. Das würde einen gewaltigen Unterschied machen.

Und schließlich sollte die gesamte Frage der Forschung genau untersucht werden. Wenn es um Forschung oder wissenschaftliche Beweise geht, tendieren wir oft dazu, diese unbesehen als richtig zu akzeptieren. Wie Herr Cadec sagte, muss sie unanfechtbar, objektiv und auf dem neuesten Stand sein.

**Juan Carlos Martín Fraguero, amtierender Präsident des Rates.** – (ES) Herr Präsident, auch ich möchte Frau Patrão Neves für ihre Arbeit danken.

Im Bezug auf die bisherigen Debatten im Rat möchte ich sagen, dass die Minister sich bezüglich der Notwendigkeit einer Reform, die eine Vereinfachung der Regeln vorsieht, die Rolle der Regionen stärkt und Entscheidungsfindung dezentralisiert, einig sind, außer im Hinblick auf strategische Elemente und Prinzipien; und sie sind sich darüber einig, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, Rückwurf, Überkapazität und Überfischung zu reduzieren.

Die speziellen Punkte, über die man sich bisher einig ist, sind folgende: die gegenwärtigen Regeln über den Zugang zur 12-Seemeilen-Zone beizubehalten; langfristige Bewirtschaftung der Ressourcen; größere Einbeziehung der Fischereifachleute; Marktanreize – wie etwa Kennzeichnungen und Zertifikate – um den Anteil der Fischer am Gesamtumsatz zu erhöhen; die Verwendung von Subventionen nur als außerplanmäßige Maßnahmen, um Überkapazität zu reduzieren; die Bedeutung der Forschung in der Fischereipolitik; Integration der Aquakultur; die Beziehung zwischen GFP und integrierter Meerespolitik; und die Notwendigkeit, die Maßnahmen der Europäischen Union auf internationaler Ebene fortzuführen und zu verbessern.

Bis heute haben die Debatten unterschiedliche Positionen zu folgenden Aspekten gezeigt: relative Stabilität; das gegenwärtige System von TAC und Quoten und die Nutzung übertragbarer Quoten; Begrenzung des Fischereiaufwands als Bewirtschaftungsinstrument; die Methoden zur Reduzierung der Rückwürfe, Überkapazität und Überfischung; globale Finanzierung und ihre Zuweisung; und verstärkte Unterstützung für die handwerkliche Fischerei und die Küstengemeinschaften.

Wie ich in meiner einführenden Rede gesagt habe, hat der Rat noch keine Position eingenommen, und er beabsichtigt nicht, irgendwelche formelle Entscheidungen vor dem nächsten Jahr zu treffen, wenn die Kommission ihren Gesetzgebungsvorschlag formell vorgelegt haben wird.

Abschließend möchte auch ich die Vertreterinnen und Vertreter des Fischereisektors, die heute hier bei uns sind, begrüßen.

**Maria Damanaki, Mitglied der Kommission.** – Herr Präsident, ich möchte gerne allen Abgeordneten für ihre Beiträge danken. So viele Reden zu hören, ist sehr ermutigend.

Ich habe verstanden, dass das Wort Nachhaltigkeit am häufigsten verwendet wurde, und ich schließe daraus, dass bei der Nachhaltigkeit allgemeine Einigkeit herrscht, dass sie ein Rahmen für eine generelle Einigkeit

ist. Ich kann nicht auf alle Punkte eingehen, die erwähnt wurden, aber ich möchte einige Schwerpunkte hervorheben.

Handwerkliche Fischereien und Küstenregionen sind Schwerpunkte. Ich möchte Ihnen allen versichern, dass ich Ihre Beiträge zu diesem Thema sehr ernst nehmen werde. Sie können zudem sicher sein, dass ich nicht die Absicht habe, schwerwiegende Maßnahmen und Regeln für Hobbyangler einzuführen.

Zweiter Schwerpunkt: Regionalisierung. Ich würde sehr gerne mit Ihnen im Detail weiter darüber diskutieren, was wir machen werden, um diesen Grundsatz umzusetzen, weil wir dabei sehr viel zu besprechen haben.

Übertragbare Fischereirechte: Dabei geht es, wenn ich verstehe, um eine bereits sehr intensive Debatte mit einer ganzen Reihe von Argumenten. Ich weiß nicht, was während der Abstimmung geschehen wird, aber wir können dieses Thema nicht ignorieren. Viele Mitgliedstaaten führen dieses System bereits ein. Daher schlage ich eine offene Diskussion vor, vielleicht im Fischereiausschuss. Da dies nicht das Ende des Dialogs ist, können wir eine offene Aussprache über ITQ führen – ich sehe Frau Fraga ist hier, – wir können eine gute Diskussion organisieren, um das ganze Thema zu erfassen.

Lassen Sie mich einige andere Schwerpunkte erwähnen: ganz selbstverständlich gleiche Wettbewerbsbedingungen für das Mittelmeer und die anderen Gebieten im Hinblick auf die Fischer anderer Länder – das ist richtig; wir müssen dies tun, um den fairen Wettbewerb für unsere Fischerinnen und Fischer sicherzustellen; die schrittweise Beendigung der Rückwürfe; Kennzeichnung.

Das sind unsere Schwerpunkte. Ich möchte abschließend die Notwendigkeit einer neuen Form der Fischereiabkommen hervorheben; die neue Form wird eine Menschenrechtsklausel enthalten. Vielen Dank für Ihre Beiträge. Ich denke, dass dies nicht das Ende des Dialogs ist; es ist der Beginn einer sehr guten Debatte, die wir miteinander führen.

**Maria do Céu Patrão Neves**, *Berichterstatterin*. – (PT) Ich möchte all jenen danken, die heute hier im Parlament anwesend waren und auch in Zukunft ihre wertvolle Unterstützung für diesen Prozess zur Verfügung stellen werden, der sich weiter hinzieht, und den wir, wie das die Frau Kommissarin schon gesagt hat, weiterverfolgen müssen, wenn wir unsere Ziele erreichen möchten.

Ganz ehrlich, wir verstehen, dass ein Bericht nicht alle zufriedenstellen kann. Viele werden sagen, dass er im Hinblick auf bestimmte Aspekte nicht weit genug geht, während andere sagen werden, dass er im Hinblick auf andere oder sogar die gleichen Aspekte zu weit geht. Ich denke, dass es jetzt gerade wichtig ist, zu betonen, dass wir mit diesem Bericht insofern erfolgreich waren, als eine gute Balance zwischen den Schwerpunkten erreicht wurde, also einen breiten Konsens, und dass der Bericht insgesamt die Fähigkeit und das Potential besitzt, eine angemessene Antwort auf die Bedürfnisse, oder soll ich sagen, die Forderungen dieses Sektors zu geben.

Ich hoffe, dass wir – wie wir im Fischereiausschuss gearbeitet haben, unter dem Vorsitz von Frau Fraga Estévez, mit dieser Arbeit im Ausschuss fortfahren können, und das auf breiterer Ebene mit dem Rat und der Europäische Kommission, sodass wir Fortschritte im Hinblick auf die Arbeit für die Gesetzgebungsvorschläge erzielen können, die genauso intensiv sein wird.

Ich glaube, dass wir, wenn wir auf diese Art weiterarbeiten, mit Teamgeist und Verständnis, wir alle Themen berücksichtigen müssen, die in einigen Teilen der großen Europäischen Union wichtig sind, und wenn wir versuchen, auf alle Bedürfnisse des Fischereisektors wirkungsvoll einzugehen, in dem ganzen exklusiven Wirtschaftsraum, dann werden wir für den Sektor sehr effektiv arbeiten. Damit verpflichten wir uns, die Bedingungen herzustellen, unter denen die Fischerei effektiv nachhaltig sein und sich langfristig entwickeln kann.

**Der Präsident** Die Aussprache ist beendet.

Die Stimmabgabe findet heute um 11.30 Uhr statt.

#### **Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)**

**Vito Bonsignore (PPE)**, *schriftlich*. – (IT) Zuallererst möchte ich der Berichterstatterin, Frau Patrão Neves, zu der ausgezeichneten Arbeit gratulieren, die sie bis jetzt geleistet hat und zum positiven Ergebnis der Abstimmung.

Wir hoffen, dass das Grünbuch, welches in kurzer Zeit im Ausschuss ankommen wird, das Präludium zu einer schnellen Ankunft des Weißbuches im Plenum ist. Europa hat dem Fischereisektor immer Interesse

entgegengebracht. Wir glauben jedoch, dass es essentiell ist, für größere Investitionen in die wissenschaftliche Forschung zu sorgen, speziell im Fischereisektor, auch innerhalb des nächsten Rahmenprogramms. Wir glauben auch, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, in diesem Sektor die Kenntnisse der Regeln zu verbessern, und zwar durch mehr Flexibilität der Quotensysteme und größere Verantwortung in Bezug auf die Überwachung und die Bestände.

Wir wollen zudem stärkere Partnerschaften mit Drittländern, um den illegalen Fischfang zu bekämpfen, und ein höheres Maß an Kooperation mit den Ländern des Mittelmeeres, damit wir die Fischerei in einem Meer wie dem Mittelmeer, das immer schon die Wiege verschiedenster Zivilisationen und Kulturen gewesen ist, entschiedener regulieren können.

Zuletzt stimmen wir den Bestimmungen von Absatz 23 über die Modernisierung zu, besonders jener der handwerklichen Flotte, obwohl wir in dieser Angelegenheit noch gern mehr Einzelheiten zur Verfügung hätten. Wir bitten in Bezug auf die Absätze 62 und 63 über berufliche Qualifikationen für Betreiber in diesem Sektor um weitere Klarstellungen, insbesondere im Hinblick auf die handwerkliche Fischerei, die am schwersten bestraft würde, wenn die Regeln zum Flottenmanagement strenger gestaltet würden.

**Nessa Childers (S&D), schriftlich.** – Während das Sportangeln nur einen kleinen Prozentsatz der Fangmengen der europäischen Fischereiwirtschaft ausmacht, ist es ein integraler wirtschaftlicher und sozialer Bestandteil vieler Regionen der EU, insbesondere des östlichen Irlands. Das Angeln hat im Osten Irlands eine lange und wichtige Tradition mit Szenen von Anglern an Flüssen wie Slaney oder an der Ostküste, es geht um eine populäre Darstellung irischer Kultur. Dieser Ruf als Angelzentrum hat auch wichtige Auswirkungen auf den Tourismus in vielen Teilen Irlands, sowohl innerhalb Irlands als auch aus anderen Ländern. Tiger Woods ist ein berühmter Gast des Liffey in County Kildare. Aufgrund des Rückgangs der Fischbestände gibt es Bestrebungen, Kontrollen für das Küstenangeln einzuführen und diese Fänge von den Quoten des kommerziellen Fischereiwesens abzuziehen.

Diese Vorschläge könnten ernsthafte Auswirkungen auf die Einnahmen durch den Tourismus bezüglich des Angelns und auch einen negativen kulturellen Einfluss auf viele Regionen Irlands haben. Daher muss dieses Haus das Sportangeln in allen seinen Formen als einen wichtigen Stakeholder des Fischereiwesens anerkennen und seine wirtschaftlichen und sozialen Vorteile für die reformierte gemeinsame Fischereipolitik in ihrem Weißbuch berücksichtigen.

**Robert Dušek (S&D), schriftlich.** – (CS) Der Bericht zum Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik hat das Ziel, eine öffentliche Debatte in der EU und in den Institutionen der Mitgliedstaaten auszulösen. Die Fischereipolitik ist genauso wie die gemeinsame Agrarpolitik eine strategische Angelegenheit, die alle Bürgerinnen und Bürger der EU direkt beeinflusst und im Einklang mit den drei Hauptgrundsätzen durchgeführt werden muss, nämlich der wirtschaftlichen Rentabilität des Fischfangs, der Erhaltung und Beibehaltung von Fischbeständen und der Bewahrung eines akzeptablen Lebensstandards für die in der Fischerei tätigen Personen. Wenn der Gesetzesentwurf kein Gleichgewicht all dieser Grundsätze aufweist, besteht das Risiko des wirtschaftlichen Abschwungs in den Küstenregionen, und zwar durch das Leerfischen bestimmter Fischarten oder durch eine Zunahme des illegalen Fischfangs über die festgesetzten Mengen hinaus. Angesichts der Tatsache, dass 88 % der Fischereiressourcen über dem höchstmöglichen Dauerertrag gefangen werden und bis zu 80 % des lokalen Fanges weggeworfen werden, gibt es einen guten Grund, Grenzen zu setzen, die es den Fischereiressourcen erlauben, sich zu regenerieren, was die Fischfänge in der Zukunft drastisch erhöhen wird, während die Nachhaltigkeit eingehalten wird. Die Berichterstatterin stellt ganz richtig fest, dass wegen der Störung des Gleichgewichts zwischen Erzeugern und Käufern, das durch den Eintritt von Zwischenhändlern – den Handelsketten – durcheinandergebracht wird, Fischpreise fallen, was die Situation des Fischereisektors weiter gefährdet. Der vorgelegte Bericht trägt allen drei vorgenannten Hauptgrundsätzen Rechnung und unterbreitet spezielle Lösungen für die Nachhaltigkeit, und er ist daher ein guter Start für die Erhaltung der Fischerei für uns alle.

**Diogo Feio (PPE), schriftlich.** – (PT) Ich möchte gerne Frau Patrão Neves zu ihrer Arbeit und zum Bericht gratulieren, über den jetzt abgestimmt wurde. Bei der Fischerei handelt es sich offensichtlich um ein heikles Thema, da wir es mit mehreren Fischereigemeinschaften zu tun haben, und es ist für die demokratische und soziale Mitte, die Europäische Volkspartei (Christdemokraten), ein absolut zentrales Thema.

Ich glaube, wir brauchen eine neue Verordnung für die gemeinsame Fischereipolitik (GFP), die wirksamer ist und besser auf die Situation in den entsprechenden Gebieten zugeschnitten ist. Ich begrüße daher die Absicht, die Grundsätze Regionalisierung und Nachhaltigkeit in den Vordergrund zu stellen und damit den Mitgliedstaaten größere Autonomie zukommen zu lassen und mehr Flexibilität für die GFP zu ermöglichen.

Zur gleichen Zeit verursachen die umweltpolitischen Herausforderungen ernsthafte Probleme für die Fischereiressourcen, und ich glaube, es ist für die GFP ganz wichtig, ökologisch nachhaltigen und wirtschaftlich lebensfähigen Fischfang zu erlauben. Wir stehen den Problemen, die sich den Fischern stellen, nicht gleichgültig gegenüber, und wir empfehlen, dass die neue GFP angemessenen Schutz für die Fischfangkapazität derjenigen Gemeinschaften vorsieht, die auf den Fischfang angewiesen sind.

Ich denke auch, es ist äußerst wichtig, dass die neue GFP die Qualität des Fisches gewährleistet, und das in genügenden Mengen, damit die Menschen eine fischreiche Diät beibehalten können, die, wie wir jetzt wissen, sehr ausgewogen und für ein gesundes Leben vorteilhaft ist.

Ich werde die zukünftige Reform der GFP mit Interesse und besonderer Aufmerksamkeit verfolgen und immer die Interessen Portugals in diesem strategischen Sektor verteidigen.

**Alan Kelly (S&D), schriftlich.** – In praktischer Hinsicht begrüße ich die vorgeschlagenen Entwicklungen für den langfristigen Schutz der Meeresressourcen, sowohl für umweltpolitische wie auch wirtschaftliche Zwecke; die Modernisierung der Fangtechniken und die Bedeutung, die sie der Notwendigkeit fachlicher Qualifikationen in diesem Sektor zumisst. Ich freue mich besonders über die Empfehlung, alle zwingenden Änderungen schrittweise einzuführen und eine anfängliche Übergangsphase zu verlangen, um der Wirtschaft und speziell den einzelnen Fischern genügend Zeit zu geben, die Mehrkosten in einer wirtschaftlich schwierigen Industrie zu bewältigen. Obwohl ich anerkenne, wie der Bericht feststellt, dass Hochseefischerei und handwerkliche Fischerei unterschiedlich behandelt werden sollen, ist es trotzdem bedauernswert, dass weitere Kosten insbesondere der letztgenannten Gruppe auferlegt werden. Der Fischfang ist nicht nur eine wirtschaftliche Aktivität, er hat sowohl eine soziale als auch eine kulturelle Komponente, und die Lebensweise der handwerklichen Fischer muss bewahrt werden. Ihr Lebensunterhalt hing bisher vom historischen Anspruch ab, den ihre Gemeinschaft auf die Fangrechte an ihren Küsten erhoben. Angesichts dieser Tatsache sollten wir nicht das im Bericht gegebene Versprechen aus den Augen verlieren, „(den Menschen, die vom Fischfang leben) einen angemessenen Lebensunterhalt zu garantieren.“

**James Nicholson (ECR), schriftlich.** – Es wird jetzt weitgehend akzeptiert, dass die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik von 2002 kläglich gescheitert ist, und die Situation in der Fischereiwirtschaft sich weiter verschlechtert anstatt sich zu verbessern. Die GFP ist zu einem bürokratischen Alptraum geworden, der mit Überregulierung und Mikromanagement die Wirtschaft quält, während wenig Positives dabei herauskommt. Die direkt bevorstehende Reform der GFP stellt eine Chance dar, die Politik in eine neue Richtung zu lenken, weg von der übermäßigen Bürokratie, und allen Aspekten gerecht zu werden, denen sie gerecht werden soll – in umweltpolitischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Das Hauptziel einer reformierten GFP muss es sein, sicherzustellen, dass Fischer einen angemessenen Lebensunterhalt verdienen, während sie zugleich die ökologische Nachhaltigkeit gewährleisten können. Die Herausforderung besteht darin, eine gemeinsame Fischereipolitik zu formulieren, die zugleich Arbeitsplätze und Fischbestände erhält. Eine Reform der GFP soll auf zentralisierte Überregulierung von Brüssel aus verzichten und sich stattdessen mit Vorschlägen befassen wie etwa dem, wie Interessenvertreter auf lokaler Ebene die täglichen Bestandsbewirtschaftung durchführen sollen.

**Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich.** – (PL) Das Grünbuch zur gemeinsamen Fischereipolitik führt sowohl die Europäische Kommission als auch die Mitgliedstaaten ad absurdum. Es ist ein schwerwiegender Beweis dafür, dass nicht alle Projekte und Reformen innerhalb der Union erfolgreich durchgeführt werden. Wir sollten daher im Hinblick auf die institutionellen sowie die praktischen Lösungen die richtigen Schlüsse ziehen.

Einer der fundamentalen Fehler der Reform des Jahres 2002 war die übermäßige Zentralisierung. Die Vielfalt und Besonderheiten unterschiedlicher Regionen der Europäischen Union verpflichten uns zur Regionalisierung. Die Europäische Kommission darf die Ostsee nicht genauso wie den Atlantik oder das Mittelmeer behandeln. Regionalisierung der Fischereipolitik geht Hand in Hand mit speziellen Maßnahmen, die sich auf soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten beziehen. Aus der Sicht der Menschen, die in den Gebieten leben, die auf den Fischfang angewiesen sind, ist die wichtigste Vorgehensweise die wirtschaftliche und soziale Diversifizierung und Umstrukturierung, und sie schließt die Schaffung neuer Arbeitsplätze außerhalb des Fischereisektors mit ein. Die Tatsache, dass Fangmengen und die Beschäftigung im Fischereisektor der Ostsee nicht erhöht werden können, sollte dazu führen, dass die obigen Maßnahmen angewandt werden. Das entspricht den sozialen Erwartungen und Bedürfnissen.

Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass zwei Drittel der europäischen Fischbestände bedroht sind, und dazu gehören wohlbekannte Arten wie die Seezunge, die Scholle und der Kabeljau. Analysen, die vom WWF

durchgeführt wurden, zeigen ganz klar, dass ohne die Einführung spezieller Änderungen die Brutbestände des Thunfisches im Mittelmeer und vieler anderer Arten bis 2012 verschwinden werden.

**Sirpa Pietikäinen (PPE), schriftlich.** – (FI) Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, einige Jahrzehnte lang hat die gemeinsame Fischereipolitik der Europäischen Union den Fischfang innerhalb der Gemeinschaft und in den Hoheitsgewässern von Drittländern überwacht.

Leider ist sie einer der erfolglosesten Politikbereiche der EU und hat zu einer Situation geführt, die als Krise bezeichnet werden könnte, und das aus gutem Grund. Die Situation im Hinblick auf die Fischbestände ist außerordentlich besorgniserregend: zwei Drittel der nutzbaren Fischbestände wurden fast ganz dezimiert. Fallende Rentabilität und über alle Maßen ausgeschöpfte Fischbestände bedeuten, dass das Fischereiwesen in großen Schwierigkeiten ist. Übermäßige Fangquoten und illegaler Fischfang zerstören Fischbestände in alarmierendem Ausmaß.

Die Krise gibt es deshalb, weil die Probleme, die sich wegen Überfischung und illegalem Fischfang angehäuft haben, seit langer Zeit vollkommen ignoriert werden. Desweiteren zerstören destruktive Fangmethoden den Rest der Meeresumwelt. Der Grundschleppnetzfang ist eine der schädlichsten Methoden.

Die EU muss die Krise der Fischbestände ernst nehmen. Es gibt auch eine enge Verbindung zur Außenpolitik, denn ein Drittel der Fische, die in der Union verkauft werden, wird importiert. Eine entscheidende Komponente der neuen, gemeinsamen Fischereipolitik wird es sein, die Abkommen mit unseren Partnern auf eine nachhaltigere Basis zu stellen. Die wichtigsten Reformen müssen die Überkapazität in Hinsicht auf die Fischereifahrzeuge bekämpfen und eine effektivere Überwachung ermöglichen, um den illegalen Fischfang zu stoppen.

Die wesentlichen Bausteine der Reform der Fischereipolitik, wie sie von der Kommission in ihrem Grünbuch vorgeschlagen wurden, sind jene, die das Ökosystem und das Vorsorgeprinzip als Startpunkt ansehen. Der Hauptschwerpunkt der Politik muss der tatsächliche nachhaltige Fischfang jeder Fischart sein, und um dies zu erzielen, muss jede Nation ihre eigene Bewirtschaftungs- und Schutzstrategie haben. Falls notwendig muss die Union auch darauf vorbereitet sein, Lösungen anzunehmen, um die Erholung von Beständen zu sichern, indem sie ein Totalverbot des Fischfangs und des Handels mit Fisch ausspricht.

**Nuno Teixeira (PPE), schriftlich.** – (PT) Das Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) stellt eine Gelegenheit dar, die vielen Aspekte dieser europäischen Politik zu untersuchen (wirtschaftlich, sozial und ökologisch), und neue Ansätze zu definieren, welche auf die Lösung der in diesem Sektor anhaltenden Probleme ausgerichtet sind. Die Reform der GFP bezieht sich ganz besonders auf die in äußerster Randlage befindlichen Regionen, in denen das Fischereiwesen extrem wichtig für die lokale Entwicklung und das Einkommen der Menschen ist.

Der Bericht zum Grünbuch besteht auf die Reformen, die ich selbst für notwendig halte, um diese Politik auf regionaler Ebene besser umsetzen zu können, insbesondere auf die Dezentralisierung des Fischereimanagements, um den speziellen Eigenheiten jeder Region gerecht zu werden und dies mit der Nachhaltigkeit des Sektors durch die Bewahrung von Arten zu verbinden. In Madeira müssen dringend Boote modernisiert und Maßnahmen zur Sicherung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Fischerei eingeführt werden. Ich möchte wiederholen, dass größere Effizienz in der Bewirtschaftung der Fischereiressourcen und eine Strategie für finanzielle Unterstützung der Arbeitnehmer in diesem Sektor wesentliche Schwerpunkte dieser Reform sind, und sie müssen auf regionaler Ebene eingeführt werden.

Die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik stellt eine neue Stufe in der Entwicklung des Sektors dar, mit mehr aktiver Teilnahme aller, die auf nationaler, regionaler und industrieller Ebene beteiligt sind.

## **5. Eisenbahnsicherheit, einschließlich des europäischen Signalsystems (Aussprache)**

**Der Präsident.** – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission zur Eisenbahnsicherheit, einschließlich des europäischen Signalsystems.

**Siim Kallas, Vizepräsident der Kommission.** – Herr Präsident, das Eisenbahnunglück in Buizingen, das sich am Montag, dem 15. Februar 2010, ereignet hat, war eine schreckliche Tragödie. Ich verstehe, dass nach so einem schweren Unfall viele technische und politische Fragen hinsichtlich der Eisenbahnsicherheit gestellt werden können.

Zunächst denke ich an die Opfer dieser Katastrophe und ihre Angehörigen. Es ist immer schwierig, für solch traurigen Anlässe tröstende Worte zu finden, und manchmal sagt man durch Schweigen mehr als durch Worte. Die Ursachen des Unfalls sind noch nicht ganz genau bekannt, und die technische Untersuchung wurde gemäß den Bestimmungen der EU-Sicherheitsrichtlinie begonnen.

Die Verantwortung für die Durchführung der Untersuchung liegt bei der belgischen Untersuchungsbehörde. Sie sollte unabhängig von irgendeinem Ermittlungsverfahren durchgeführt werden. Das Ziel der technischen Untersuchung ist es nicht, Schuld und Verantwortlichkeit festzustellen, sondern vielmehr die Ursachen zu identifizieren, mit Blick auf die Verbesserung der Eisenbahnsicherheit und der Unfallverhütung.

Die belgische Untersuchungsbehörde hat die Europäische Eisenbahnagentur ersucht, sie bei der Untersuchung zu unterstützen. Zwei Ermittlungsbeamte der Agentur haben sich dem belgischen Team, das die Untersuchung leitet, nur wenige Stunden nach dem Unfall angeschlossen.

Ich möchte betonen, dass es unangebracht ist, Schlussfolgerungen zu ziehen, da die Ursachen des Unfalls noch nicht geklärt sind. Natürlich bin ich darauf vorbereitet, einige Punkte klarzustellen, auf die nach dieser Tragödie Bezug genommen wurde, und ich werde Ihnen meine Einschätzung der Situation mitteilen.

Viel zu oft werden bei Zugunfällen Bemerkungen gemacht, die eine Verbindung zwischen den europäischen Regeln oder Vorschriften und dem Unfall herzustellen versuchen. Ich möchte zunächst zum Punkt der Öffnung des Marktes etwas sehr deutlich sagen. Mit der Öffnung des Schienengüterverkehrs für den Wettbewerb und die Festsetzung der Auflage, die Tätigkeiten der Infrastrukturbetreiber und die Eisenbahnverkehrsunternehmen zu trennen, wurde ein strikter Rechtsrahmen eingeführt, der die Eisenbahnsicherheit und Interoperabilität regelt. Wir möchten sicherstellen, dass ein Höchstmaß an Eisenbahnsicherheit aufrechterhalten wird, während die für jeden Mitgliedstaat speziellen Verfahren und Methoden beachtet werden.

Die Europäische Eisenbahnagentur erstellt regelmäßig Berichte über die Sicherheit des europäischen Netzes und überwacht die Entwicklung der Situation in den Mitgliedstaaten.

Indikatoren zeigen, dass die Öffnung des Schienenverkehrs für den Wettbewerb in keiner Weise einen negativen Einfluss auf die Eisenbahnsicherheit gehabt hat. Lassen Sie mich sehr klar sagen, dass ein Vorschlag, der die Eisenbahnsicherheitsniveaus mit der Öffnung des Schienenverkehrsmarktes verbindet, meiner Ansicht nach eine bloße Ausflucht ist, um von der Debatte über die wahren Ursachen des Unfalls abzulenken.

Die Frage der Koexistenz der nationalen und europäischen Zugsicherungssysteme kann auf diese Weise formuliert werden. Mehr als 20 verschiedene nationale Systeme werden heute in Europa benutzt, um den sicheren Verkehr der Züge zu gewährleisten. Die auf nationaler Ebene entwickelten Systeme enthalten eine streckenseitige und eine Onboard-Komponente. Die streckenseitige Komponente sendet Informationen an einen Computer im Zug, und der Computer betätigt die Bremsen, wenn eine gefährliche Situation ermittelt wird.

Damit das System funktioniert, müssen Züge und Strecken mit einem kompatiblen System ausgestattet sein. Die gebotene Sicherheit und Leistung der verschiedensten nationalen, automatischen Zugsicherungssysteme ist unterschiedlich, wie auch die Regeln, die sich auf die Ausrüstung von Strecken und Lokomotiven in diesen nationalen Systemen beziehen.

Die Inkompatibilität der verschiedenen nationalen Systeme ist ein großes Problem für den internationalen Zugverkehr, weil entweder die Lokomotiven an jeder Grenze gewechselt werden müssen oder sie mit so vielen Onboard-Systemen ausgerüstet werden müssen wie es Systeme auf den Gleisen gibt, die sie befahren werden. Es gibt sogar Fälle, bei denen verschiedene nationale Systeme in einem einzigen Land koexistieren. Der Thalys-Zug zum Beispiel muss mit sieben verschiedenen nationalen Systemen ausgerüstet sein, um durch vier Länder fahren zu können.

Aus diesem Grund wurde ein einheitliches System für die Nutzung auf europäischer Ebene gestaltet und entwickelt und wird derzeit auf wichtigen internationalen Strecken und Zügen in Europa installiert. Das System ist als ERTMS bekannt – European Rail Traffic Management System.

Zur Wahl des Zeitpunkts ist zu sagen, dass die meisten nationalen Systeme in den frühen 1980er Jahren entwickelt wurden, aber ihr Einsatz ein langer und kostspieliger Prozess ist. In den meisten Ländern sind heute nur Teile der nationalen Netze und Lokomotiven damit ausgestattet, und diese Teilausstattung gibt es schon seit ungefähr 20 Jahren.

Die ERTMS-Spezifikationen sind seit 2000 erhältlich. Eine Reihe von Pilotprojekten wurden 2000 und 2005 durchgeführt. Seit 2005 sind mehrere mit ERTMS-ausgestattete Strecken in Betrieb genommen worden. Gegenwärtig haben 10 Mitgliedstaaten Strecken mit ERTMS, und in fast allen Mitgliedstaaten laufen derzeit Projekte. In Belgien zum Beispiel ist die Strecke zwischen Aachen und Lüttich damit ausgestattet, und ICT-Züge, die auf dieser Strecke verkehren, sind ebenfalls damit ausgestattet.

ERTMS wurde vor allem mit Blick auf die Förderung von Interoperabilität entwickelt. Das ermöglicht es Lokomotiven, Grenzen zu überschreiten, aber es ist auch als System angesehen, das den Vorteil verstärkter Sicherheit bietet. Das System ist heute voll einsetzbar, aber wegen der langen Zeit, die für die Installation an Bord der Züge und auf den Strecken nötig ist, werden die derzeitigen nationalen Systeme weiter mit dem ERTMS entlang der Strecken koexistieren.

Drittländer wie Taiwan, um Ihnen ein Beispiel zu nennen, haben auch ERTMS gewählt, und nicht nur aus Gründen der Operabilität. Taiwan investierte in ERTMS einfach deshalb, weil das System das beste ist, das heute auf dem Markt erhältlich ist.

Mehrere Fragen wurden gestellt, die sich auf den Vergleich der Situationen zwischen den Mitgliedstaaten bezogen. Es ist ziemlich schwierig und nicht sehr nützlich, ein Ranking der Mitgliedstaaten vorzunehmen und sinnvolle Vergleiche anzustellen. Es hängt alles von der Wahl der Indikatoren, dem Vergleichszeitraum und der Qualität der gemeldeten Daten ab. Ein oder zwei schwere Unfälle können auch einen wesentlichen Einfluss darauf haben, welche Art von Ranking wir haben.

Die allgemeinen Angaben zeigen, dass die belgische Leistung durchschnittlich ist. Es ist wahr, dass Belgien hinter dem europäischen Durchschnitt bei den Gleisen hinterherhinkt, die mit einem automatischen Zugsicherungssystem ausgestattet sind, sowohl beim nationalen als auch beim europäischen System.

**Mathieu Grosch, im Namen der PPE-Fraktion.** – Herr Präsident! Herr Kommissar, ich möchte Ihnen für Ihre Erklärungen danken. Vor dem Hintergrund des Unfalls in Buizingen ist natürlich in erster Linie Respekt den Opfern gegenüber angezeigt, aber auch Respekt für die Untersuchung. Aus diesem Grunde dürfen wir weder voreilige Schlüsse aus diesem Unfall ziehen und noch viel weniger Schuldzuweisungen vornehmen.

Ich fand es allerdings ganz korrekt, dass die Kommission die Schuldzuweisung seitens der belgischen Bahn, dass das Europäische Sicherheitssystem zu lange auf sich warten ließ, klar zurückgewiesen hat. Denn wir wissen, dass Sicherheit eine nationale Priorität geblieben ist und auch weiterhin bleiben wird. Wir auf europäischer Ebene – sei es Kommission oder Parlament – haben es immer bedauert, dass die Eisenbahngesellschaften zum einen der Sicherheit und zum anderen der Interoperabilität zwischen den verschiedenen Systemen auf europäischer Ebene nicht höhere Priorität einräumen.

Nach Unfällen ist es in der Politik sehr oft so, dass neue Vorschläge vorgelegt werden. Ich muss feststellen, dass hier alles vorhanden war, sowohl die Gesetzgebung als auch die Technik. Was vielleicht nicht vorhanden war, war der Wille, diese Technik als prioritär anzusehen. Denn bereits seit Mitte der neunziger Jahre war die maßgebliche Technik verfügbar, um den Übergang zwischen dem europäischen und dem hochqualifizierten System in Belgien sicher zu gestalten, nämlich das so genannte „TBL 1+“-System. Es hat also weder an Zeit noch an technischen Vorgaben gemangelt.

Für mich zählt die Zukunft, und da würde ich Folgendes fordern: Erstens sollten wir auf keinen Fall bei der Ausbildung im Bahnbereich Abstriche machen. Das war und ist keine Verpflichtung seitens der EU. Die Bahn verfügt über hochqualifiziertes Personal, und so soll es auch in Zukunft sein.

Zweitens brauchen wir feste und verbindliche Umrüstungspläne seitens der Bahngesellschaften und der Länder. Die immer dem *Good Will* zu überlassen, wird nicht genügen. Wir brauchen auch einen genauen Zeitplan; wir werden hier im Parlament demnächst die Möglichkeit haben, über genaue Zielsetzungen zu informieren.

Mein dritter Vorschlag wäre, dass die Fahrgäste auch ein Anrecht haben sollten, darüber informiert zu werden, ob die von ihnen genutzte Strecke und auch das rollende Material den höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Das wäre eine Mindestinformation, die man den Fahrgästen in Zukunft geben müsste. Von unserer Seite wäre auch zu überprüfen, wie wir das verpflichtend einführen können

**Saïd El Khadraoui, im Namen der S&D-Fraktion.** – (NL) Zu Beginn möchte auch ich im Namen der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament mein tiefes Mitgefühl für die Opfer der Zugkatastrophe in Buizingen ausdrücken sowie ihren Familien und Freunden.



Wir müssen die Ergebnisse der Untersuchung abwarten, bevor wir richtige, detaillierte Schlussfolgerungen ziehen können, natürlich, aber das ändert nichts an der Tatsache, dass wir dem Bereich der Eisenbahnsicherheit auch in Zukunft dauerhaft unsere Aufmerksamkeit schenken müssen, auch auf europäischer Ebene, und dass wir daher die Sicherheitspolitik regelmäßig auswerten, verbessern, ändern und anpassen müssen. Ich möchte mich meinen Kolleginnen und Kollegen und auch Ihnen, Herr Kommissar, anschließen und unserer Enttäuschung darüber Ausdruck zu verleihen, dass eine Reihe von Personen mit bedeutenden Verantwortungsbereichen in Belgien die Verantwortung für den Unfall auf Europa abzuschieben versucht haben oder zumindest einen diesbezüglichen Eindruck vermittelt haben. Insbesondere die Verzögerung der Entwicklung des Europäischen Eisenbahnverkehrsleitsystems (ERTMS) ist als Grund angeführt worden, warum jetzt, im Jahre 2010, nur eine Handvoll von Lokomotiven in Belgien mit dem automatischen Stoppsystem ausgestattet sind.

Meine Damen und Herren, auf der anderen Seite sollten wir eine Sache klarstellen, und wir sollten dabei ganz ehrlich sein: die Entwicklung dieses guten Vorschlags – eines einheitlichen Signalsystems, das 20 separate Systeme ersetzt – hat länger gedauert als man hoffen oder erwarten konnte. Das ist natürlich auf die technische Komplexität zurückzuführen und auf die Tatsache, dass eine Einigung über eine Norm zwischen einer sehr großen Anzahl von Ländern erreicht werden muss, nämlich 27, obwohl es früher einige Länder weniger waren. Selbstverständlich gibt es auch damit verbundene finanzielle Konsequenzen. Doch wie Sie das richtig sagten, hat das keinen einzigen Mitgliedstaat davon abgehalten, sein eigenes System zu entwickeln oder damit zu beginnen, eine Art Embryo-Version des ERTMS im Frühstadium zu verwenden.

Ich vertrete den Standpunkt, dass wir jetzt nicht vorausschauen und uns fragen müssen, wie wir zu sichereren Eisenbahnen beitragen können. Ich glaube, wir können diese Beiträge an mehreren Fronten auch auf europäischer Ebene leisten. Wir können das in erster Linie dank der Weiterentwicklung des ERTMS tun. So ein Entwicklungsplan existiert. 2009 haben wir 240 Mio. EUR der Mittel für das Netz des transeuropäischen Verkehrs (TEN-T) dafür vorgesehen, den Mitgliedstaaten bei diesen Bemühungen zu helfen.

Zweitens, und ich denke, dies ist eine wichtige Aufgabe für die Kommission und die Europäische Eisenbahnagentur, müssen wir allerdings auch überprüfen, ob aktuelle europäische Sicherheitsgesetze tatsächlich in der Praxis umgesetzt werden. Ich würde als Beispiel die Richtlinie 2004/49/EG über Eisenbahnsicherheit in der Gemeinschaft erwähnen. Sie sieht vor, dass unter anderem eine Sicherheitsbehörde in jedem Mitgliedstaat eingerichtet wird, die unabhängig von den Eisenbahnverkehrsunternehmen und dem Infrastrukturbetreiber sein muss, und deren Aufgabe in der Überwachung, Förderung und Durchsetzung der Eisenbahnsicherheit und der Entwicklung eines Gesetzesrahmens besteht. Ich habe das Gefühl, meine Damen und Herren, dass dies in Belgien nicht besonders gut funktioniert, und ich denke, dass Sie eine Art Audit organisieren sollten, um herauszufinden, ob Mitgliedstaaten in der Tat die Kapazität haben, diese Sicherheit von sich aus in ihren nationalen Eisenbahnsystemen zu gewährleisten. Das ist eine Aufgabe, mir der ich Sie betrauen möchte.

**Dirk Sterckx**, im Namen der ALDE-Fraktion. – (NL) Ich möchte ebenso im Namen meiner Fraktion mein Mitgefühl für die Opfer ausdrücken, und ich möchte natürlich auch die Ergebnisse der Untersuchung abwarten. Ich hoffe, dass sie so rasch wie möglich durchgeführt wird, aber auch so gründlich wie möglich.

In meinem Land sind eine ganze Reihe von Fragen zur Art des europäischen Ansatzes hinsichtlich der Eisenbahnen gestellt worden. Ich muss Ihnen gegenüber ehrlich sein: Ich bin schockiert darüber, dass uns einige Leute vorwerfen, dass wir die Sicherheit vernachlässigen. Ich war Berichterstatter des Parlaments über die Richtlinie für die Eisenbahnsicherheit, auf die Herr El Khadraoui gerade verwiesen hat, und ich bin stolz auf die Arbeit, die wir damals geleistet haben. Wir kamen zu der Überzeugung, dass wir bei der Sicherheit in allen Mitgliedstaaten sehr anspruchsvoll sein sollten, dafür einen europäischen Gesetzesrahmen schaffen und die Bedingungen definieren müssten. Wir haben das mit großen Schwierigkeiten bei den Mitgliedstaaten durchgesetzt. Ich nehme zur Kenntnis – und Herr El Khadraoui hat dies zu Recht erwähnt – dass die Umsetzung dieser Richtlinie in einigen Ländern, einschließlich in meinem Land, auf nationaler Ebene wirklich schlecht organisiert ist. Ich hoffe, Sie werden sich das noch einmal sehr gut ansehen, Herr Kommissar. Vielleicht sollte dieses Haus sich ebenfalls noch einmal die Richtlinie ansehen und den Gesetzesrahmen straffen, wie Herr Grosch das gesagt hat. Es ist nicht wahr, dass wir die Sicherheit vernachlässigen. Das Gegenteil ist der Fall.

Zweitens, die Verordnung über die Rechte der Fahrgäste enthält einen Absatz, der, wie wir gehofft hatten, nie gebraucht würde: er hat mit Vorschusszahlungen für Menschen zu tun, die in Eisenbahnunglücken getötet oder verletzt werden. Ich begrüße die Mitteilung der nationalen Eisenbahngesellschaft von Belgien (SNCB),

dass sie dieses System nutzen und Vorschusszahlungen leisten wird. In der Tat gab es einmal eine Zeit, zu der dies nicht möglich gewesen wäre.

Einige Leute haben gesagt, dass die Öffnung des Marktes die Eisenbahnen unsicher gemacht hat. Ich möchte dem ganz entschieden widersprechen. Es ist nicht richtig, wie ein Blick auf die neuesten Daten der Europäischen Eisenbahnagentur von 2008 zeigen wird. Die am besten abschneidenden Länder 2008 waren das Vereinigte Königreich und die Niederlande, zwei Länder, die ihre Märkte geöffnet haben.

Ich denke auch, dass den Menschen Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, den Eisenbahnarbeitern vor Ort: den Lokführern, dem Bahnhofspersonal und den in der Verwaltung tätigen Mitarbeitern. Wir sollten uns ihre Situation noch einmal ansehen und dafür sorgen, dass Sicherheit das Hauptanliegen ist, nicht nur bei ihrer Schulung, sondern auch bei der Organisation ihrer Arbeit und der gesamten Unternehmenskultur. Abschließend, Herr Präsident, möchte ich sagen, dass wir nicht die Tatsache aus den Augen verlieren sollen, dass die Eisenbahn noch immer zu den sichersten Verkehrsmitteln zählt, die es gibt.

**Isabelle Durant**, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, auch ich glaube, dass das tragische Ereignis der letzten Woche die schlimmste Eisenbahnkatastrophe ist, die Belgien seit 2001 getroffen hat, als ich selbst Ministerin für Mobilität und Verkehr war. Erneut denke ich an unsere Kollegin, Frau Claudia Candeago, und an alle anderen Opfer dieser Tragödie, ihre Angehörigen und alle trauernden Eisenbahnarbeiter.

Ich will davon Abstand nehmen, Schlussfolgerungen zu ziehen, wie das auch meine Vorredner getan haben. Die Untersuchung wird gerade durchgeführt, und wir sollen nicht über die Ergebnisse spekulieren. Allerdings ist es klar, dass es im Falle Belgiens bedauernswert ist, dass die Eisenbahnen so lange Zeit gebraucht haben, sich mit einem automatischen Sicherheitssystem auszurüsten, wie schon einige Kollegen erwähnt haben. Als ich im Zusammenhang mit der Katastrophe hörte, dass trotz der Tatsache, dass keine finanziellen Gründe angegeben werden konnten, die Verzögerungen in der Entwicklung von Normen für die europäische Interoperabilität als ein Mittel zur Erklärung dieses Unfalls benutzt wurden, fand ich es inakzeptabel, und ich habe sofort das Gefühl gehabt, dass Europa die Zielscheibe für unbegründete Anschuldigungen war.

Das europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem ERTMS bietet Unternehmen wirklich eine Gelegenheit, in koordinierter und interoperativer Weise in die Sicherheit zu investieren. Wir müssen uns von den zahllosen nationalen Normen befreien, welche die Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit zu einer Zeit untergraben, wenn das europäische Zugsicherungssystem ETCS sich entwickelt. Es entwickelt sich tatsächlich und wird sich weiter entwickeln. Das ist notwendig, um einen hohen Technologiestand beizubehalten. Desweiteren zweifle ich nicht daran, dass in den nächsten 5 oder 10 Jahren noch viele Entwicklungen folgen werden.

Es muss gesagt werden, dass solche Unfälle, obwohl sie die Ausnahme sind, uns daran erinnern, dass es immer möglich ist, die Sicherheit zu verbessern, und ich möchte dazu einige Vorschläge machen.

Erstens, wie Sie wissen, Herr Kommissarin, diskutieren wir derzeit die transeuropäischen Verkehrsnetze, ihre Bedingungen und ihre Kriterien. Ich glaube, dass der europaweite Einsatz des ERTMS im Falle der europäischen Netze tatsächlich Priorität haben könnte. Ich glaube ebenfalls, dass wir uns in diesem Zusammenhang Fristen für die Ressourcen setzen sollten, mit denen jedes einzelne Land und Netz ausgestattet sein muss.

Und schließlich glaube ich, wir müssen der Sicherheit den Vorrang gegenüber der Liberalisierung der Märkte geben, indem wir von neuen Bahnbetreibern auf verschiedenen nationalen Netzen verlangen, sich noch eine Weile länger an die automatischen Sicherheitssysteme anzupassen, die auf diesen Netzen bestehen, und daher ihre Züge mit den relevanten Antennen und Kabinengeräten zu versehen.

Abschließend glaube ich, dass die Europäische Eisenbahnagentur für ihren Teil auch einen unschätzbaren Beitrag zur effektiveren Integration der nationalen Sicherheitsbehörden leisten könnte. So eine Integration würde zum Beispiel eine Typengenehmigung für die Ausrüstung ermöglichen.

*(Der Präsident unterbricht die Rednerin)*

**Derk Jan Eppink**, im Namen der ECR-Fraktion. – (NL) Die Untersuchungen der Ursachen des Eisenbahnunglücks in Buizingen sind noch nicht abgeschlossen, daher kann ich darüber nicht sprechen, aber ich bin zur folgenden Schlussfolgerung gekommen. Wenn es im Vereinigten Königreich einen Unfall gibt, dann schieben die Leute die Schuld schnell auf die Privatisierung der Eisenbahnen. Die belgische Eisenbahn (SNCB) erhält die verhältnismäßig höchste Subvention in der ganzen Europäischen Union. Belgien zahlt 32 Eurocent pro Fahrgast/Kilometer an seine Eisenbahnen. Frankreich nimmt mit 24 Eurocent die zweite

Stelle ein. Die Niederlande zahlen 15 Eurocent und das Vereinigte Königreich 4 Eurocent. Trotz all dieser Subventionen hat die SNBC noch immer ein Defizit von 10 Mrd. EUR. Wo bleibt das Geld?

Wenn ich mir die Infrastruktur der SNCB ansehe, ist die Vernachlässigung offenkundig. Alles ist alt und abgenutzt. Könnte es sein, dass das Sicherheitssystem von Zeit zu Zeit ebenfalls vernachlässigt wird? Vielleicht wird wegen des Einflusses der mächtigen Gewerkschaften zu viel Geld dafür verwendet, die Beschäftigten zu bezahlen. In Belgien gehört die Bahn zu der Domäne der Sozialisten und wird schlecht verwaltet. In der Tat sind das Fragen, die beantwortet werden müssen, da die SNCB kaum den Mangel an Geld als Entschuldigung verwenden kann!

**Jacky Hénin**, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, als im November Herr Simpson in diesem Haus erklärte: „obwohl das europäische Eisenbahnsystem sehr sicher ist und während der letzten Jahre dank der Liberalisierung des Marktes Fortschritte erzielt wurden“, ist mir fast die Luft weggeblieben. Trotzdem hat er dieser Aussage Folgendes hinzugefügt: „jüngste tödliche Unfälle haben Fragen hinsichtlich der Sicherheit aufgeworfen“.

Seit dem Unfall in Buizingen haben die große Anzahl der dort tödlich Verunglückten und das große physische und psychische Leid, das dieser Unfall verursacht hat, uns mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, dass es höchste Zeit ist, eine ernsthafte Debatte über die Eisenbahnsicherheit zu beginnen. Geben wir die Vorstellung sofort auf, dass alle Unfälle von Natur aus unvorhersehbar sind. Der Hauptfaktor für die mangelnde Sicherheit in allen Bahnnetzen Europas ist eine direkte Konsequenz der Trennung zwischen der Verwaltung unserer Eisenbahninfrastruktur und der Verwaltung unserer Schienenfahrzeuge. Diese Trennung – das muss hier ganz deutlich gesagt werden – ist von der Kommission wider besseres Wissen der Eisenbahnarbeiter durchgesetzt worden, damit der Schienenverkehrssektor für den Wettbewerb geöffnet werden kann. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit für Unfälle ungemein. Aufgrund dieser Trennung fällt die Wartung des europäischen Eisenbahnnetzes den höchsten Profiten zum Opfer. Ihre einzige Option zur Lösung von Problemen besteht darin, zu versuchen, durch Einsatz moderner Technologien ein bisschen Zeit zu gewinnen. Letzten Endes brauchen wir aber eine andere Eisenbahnpolitik in Europa. Wenn es jedes Jahr weniger Eisenbahnarbeiter gibt, weniger Wartungsarbeiten, weniger Investitionen und weniger Schulungen, dann ist es unvermeidlich, dass wir uns alle wieder mit dem Problem der Unfälle auseinandersetzen und mit Trauer dafür zahlen müssen. Um die ständige Sicherheit des Eisenbahnsystems zu garantieren, muss man die den Gedanken der Konkurrenz aufgeben und stattdessen an Kooperation denken.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich anmerken, dass niemand von uns nach dieser Debatte unsere Verantwortung länger ignorieren kann. Ich für meinen Teil weigere mich, eine böswillige Absicht mitzutragen. Ohne Änderung ...

*(Der Präsident unterbricht den Redner)*

**Philip Claeys (NI)**. – (NL) Ich möchte damit beginnen, einfach zu erwähnen, dass die belgische Steuerlast eine der höchsten der Welt ist, und doch erhalten in diesem unregierbaren Land die Steuerzahler – insbesondere in Flandern – sehr wenig als Gegenleistung für ihr Geld. Das Eisenbahnsystem veranschaulicht dies perfekt. Es ist hoffnungslos veraltet und ist von häufigen und langen Verzögerungen und während der Spitzenzeiten von überfüllten Waggons geprägt.

Die Verwaltung der belgischen Eisenbahnen (SNCB) ist sehr politisiert und ineffizient, und ein typisches Merkmal der belgischen Politik ist dies: wenn etwas falsch läuft, dann ist niemals irgendjemand für irgendetwas verantwortlich. 2001 hat es in Pécrot ein Zugunglück gegeben, das dem von letzter Woche in Buizingen ähnlich war. Vor neun Jahren dachte jeder, dass ernsthafte Maßnahmen ergriffen werden würden, um das Sicherheitssystem zu verbessern; aber es nicht geschehen. Während des Wartens auf das Europäische Zugsicherungssystem (ETCS) entwickelte Belgien sein eigenes System, aber es kam viel zu spät und war extrem unzureichend.

Wir müssen daraus lernen, dass mehr in die Sicherheit investiert werden muss und dass die verschiedenen existierenden Systeme besser aufeinander abgestimmt werden müssen. Wenn es sich dann herausstellt, dass eine effektive Interoperabilität nicht erreicht werden kann, müssen wir den Wechsel auf das europäische ETCS-System bestmöglich unterstützen, weil es für das Funktionieren eines Thalys-Zug nicht förderlich sein kann, dass er zum Beispiel mit sieben verschiedenen Systemen zwischen Paris und Amsterdam fährt.

**Werner Kuhn (PPE)**. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Zusammenstoß der zwei Vorortzüge in Brüssel, der zu diesem schrecklichen Unglück geführt hat, hat uns sehr betroffen gemacht. Unsere Gedanken sind bei den Familien, den Angehörigen und den Freunden der Opfer.

Nach solchen Katastrophen neigt man oft sehr schnell dazu, Schuldige zu suchen. Die Europäische Union und ihre Kommission und die Sicherheitsbestimmungen, die wir in unserer Richtlinie 2004/49 gemeinsam auf den Weg gebracht haben, können dafür aber nicht herhalten. Auf der anderen Seite steht natürlich immer die große Frage: Sollten wir die Sicherheitsbestimmungen weiter verschärfen? Die Untersuchungen zu diesem Zugunglück sind noch nicht abgeschlossen, und deshalb können wir auch noch keine klaren Ergebnisse auswerten. Die große Frage lautet: Wäre diese Katastrophe möglicherweise vermeidbar gewesen? Menschliches Versagen ist nicht auszuschließen, auch technisches Versagen nicht, und deshalb spielt beides – was die Eisenbahn- und Zugsicherheit betrifft – eine Rolle. Zur Gewährleistung dieser Sicherheit sind alle Eisenbahnbetreiber – ob staatliche oder private – verpflichtet. Die nationalen Eisenbahngesellschaften müssen dann überprüfen, ob die entsprechenden Sicherheitsbestimmungen auch eingehalten werden.

Ich möchte zu dieser Situation keine Belehrungen aus deutscher Sicht machen, sondern nur sagen, dass wir in Deutschland versucht haben, diese Richtlinie vollständig umzusetzen. Dort, wo menschliches Versagen möglich ist, müssen immer technische Systeme eingreifen. Ich erinnere an den Totmannknopf, durch den nach einer Minute Nichtbetätigung eine Zwangsbremse eingeleitet wird. Wird ein rotes Haltesignal überfahren, setzt ein automatischer Bremsvorgang ein. Solche Systeme müssen vorhanden sein. Das *European Train Control System* für die Eisenbahn muss umgesetzt werden, damit man auch von außen solche Dinge beeinflussen kann.

Wir werden im Verkehrsausschuss gemeinsam die notwendigen Auswertungen durchführen und auch – was die Sicherheitsbestimmungen betrifft – Schlussfolgerungen ziehen.

**Marc Tarabella (S&D).** – (FR) Herr Präsident, beim Zugunglück in Buizingen gab es 18 Todesopfer und mehr als 160 Verletzte. Natürlich denken wir zuallererst an die betroffenen Familien. Die Ursachen des Unfalls sind noch unbekannt – eine Untersuchung läuft gerade –, und wir müssen darüber nachdenken, ob wir eine Einschätzung der Eisenbahnsicherheit in Europa durchführen, für jeden einzelnen Mitgliedstaat.

Diese Einschätzung muss sich natürlich auf die Sicherheitssysteme konzentrieren, auf den Stand ihrer Einsetzbarkeit, ihrer Interoperabilität und ihrer Wirksamkeit. Allerdings muss diese Einschätzung des Sicherheitsniveaus des europäischen Eisenbahnnetzes in einem weiteren Sinne verstanden werden und insbesondere eine Einschätzung der Arbeitsbedingungen der Eisenbahnarbeiter mit einschließen, da Letztere die besten Garanten für die Sicherheit sind.

Ich rufe daher die Kommission dazu auf, eine Einschätzung der Sicherheit der europäischen Eisenbahnnetze mithilfe eines globalen Ansatzes zu unternehmen, deren Startpunkt der Beginn des Liberalisierungsprozesses des Eisenbahnwesens ist. Eine Sache ist klar: es ist jetzt an der Zeit, ohne Tabuisierungen eine Einschätzung der praktischen Ergebnisse dieser Politik vorzunehmen, die auf Liberalisierung und den Abbau öffentlicher Dienstleistungen ausgerichtet ist. Welcher Mehrwert hat sich daraus ergeben? Wer hat davon profitiert? Wer hat wegen dieser Politik gelitten?

Ziel ist, die Einführung der europäischen Normen für die Sicherheit und die Signalgebung mit den Arbeitsbedingungen zu vergleichen, und zwar von dem Moment an, als diese Liberalisierung des Eisenbahnsektors innerhalb jedes Mitgliedstaates in Kraft trat. Die Kommission muss daher die Rolle der öffentlichen Dienstleistungen im allgemeineren Sinne berücksichtigen. Die *Parti Socialiste* – die Partei, der ich angehöre – fordert schon sehr lange positive Maßnahmen von der Europäischen Union, um die öffentlichen Dienstleistungen zu schützen und weiterzuentwickeln. Das ist der Gedanke, der hinter der Einführung einer Rahmenrichtlinie für die Dienstleistungen im Interesse der Allgemeinheit steht. Dieser letzte Gedanke würde garantieren, dass öffentliche Dienstleistungen einen stabilen Gesetzesrahmen haben und angemessen finanziert werden, und das unter Einhaltung der Grundsätze Universalität und gleicher Zugang.

**VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS**

*Vizepräsident*

**Derk Jan Eppink (ECR).** – (NL) Ich möchte eine Anfrage an Herrn Tarabella richten, den ich ansonsten persönlich sehr schätze. Er kann sicherlich nicht die Tatsache ignorieren, dass die belgische Bahn (SNCB) die höchsten Subventionen in Europa erhält? Er kann hierfür nicht der Liberalisierung die Schuld geben, da der Personenverkehr nicht liberalisiert worden ist, noch kann er alle Arten von anderen Entschuldigungen anführen.

Ich möchte auch herausstellen, dass er im Namen der belgischen frankophonen Sozialistischen Partei (PS) spricht, die über die Gewerkschaften umfassende Kontrolle über die SNCB ausübt. Wenn das politisierte Eisenbahnsystem die Eisenbahnen besser betreiben würde, würden diese Dinge nicht passieren.

**Marc Tarabella (S&D).** – (FR) Herr Präsident, das einzige, was ich Herrn Eppink antworten möchte, ist, dass dies keine Wahlplattform ist. Eine Katastrophe hat sich ereignet und hat Opfer gefordert – es haben sich andere in der Vergangenheit ereignet –, und es ist nur natürlich, dass man nach den Gründen fragen sollte. Die Untersuchungen laufen; sie müssen ihren Verlauf nehmen können.

Es gibt jedoch einen Faktor, der niemals ignoriert werden darf, und das ist der menschliche Faktor. Bei jeder Liberalisierung – ich weiß, dass Sie die Liberalisierung unterstützen, ich unterstütze sie weit weniger, und in der Tat bin ich gegen sie, wo öffentliche Dienstleistungen betroffen sind – wird der menschliche Faktor übersehen. Schrecklicher Druck wird auf die Mitarbeiter ausgeübt, die stundenlang arbeiten oder in jedem Fall längere Zeitabschnitte und ohne Pause. Als Zugführer ist man für die Sicherheit der Fahrgäste verantwortlich. Daher ist es meiner Meinung nach wichtig, nach den Arbeitsbedingungen und Veränderungen dieser Bedingungen zu fragen. Ich halte das für einen wichtigen Punkt.

**Joe Higgins (GUE/NGL).** – Herr Präsident, das verheerende Zugunglück in der Nähe von Halle war eine schreckliche Tragödie für die Opfer, ihre Familien, Arbeitskollegen und Freunde. Jetzt ist es wichtig, die notwendigen Lehren aus dieser Tragödie zu ziehen, um künftige Opfer zu vermeiden. Hierbei ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Stimme der Bahnmitarbeiter klar gehört und berücksichtigt wird, wenn Bahnreisen sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Fahrgäste sicher gemacht werden sollen.

Es ist in der Tat ungeheuerlich zu hören, wie ein britischer Tory, wie ich es verstehe, ein Abgeordneter dieses Parlaments, während seines Beitrags belgische Bahnmitarbeiter verleumdet, wenn ziemlich klar ist, dass die Strategien der Neoliberalisierung und Deregulierung enormen Schaden an unserem Eisenbahnsystem als öffentliche Einrichtung angerichtet haben. Es herrscht tatsächlich große Frustration unter den belgischen Bahnmitarbeitern. Dies wurde durch die spontanen Streiks dieser Arbeitnehmer in den Tagen nach dieser Tragödie als Reaktion darauf offensichtlich. Dies ist der dritte schwere Zwischenfall in Belgien innerhalb von neun Monaten.

Nach einer früheren Tragödie im Jahr 2001 in Belgien wurden umfassende Sicherheitsmaßnahmen versprochen, sind aber nicht umgesetzt worden. Die Realität ist, dass die Arbeitnehmer bei der belgischen Bahn ständig unter Druck stehen, länger zu arbeiten, wobei die Fahrstrecken ausgeweitet und weniger Pausen gemacht werden, was gleichbedeutend mit weniger Sicherheit ist. Natürlich wird die perfide Politik der EU-Kommission der Liberalisierung und Privatisierung die Sicherheit weiter bedrohen. Dies bedeutet, dass die Gewinne der großen Verkehrsunternehmen an erster Stelle stehen. Es ist klar, dass die beste Struktur, um Sicherheit zu gewährleisten, darin besteht, die Eisenbahninfrastruktur als öffentliches Eigentum mit demokratischer Kontrolle und notwendigen Investitionen zu belassen.

**Georges Bach (PPE).** - Herr Präsident! Auch ich möchte den Familien mein Beileid aussprechen. Aber es wird die Betroffenen – die Familien in Trauer und die Schwerverletzten – wenig trösten, wenn wir hier immer wieder betonen, dass die Eisenbahn noch immer zu den sichersten Verkehrsträgern zählt und dass im Vergleich zum Straßenverkehr die Zahl der Unfälle sehr niedrig ist.

Natürlich stellt sich gleich die Frage der Umstände. Wie konnte es zu dieser Katastrophe kommen? Doch mit dieser Frage müssen sich, wie bereits gesagt, die technischen Experten und später die Gerichte auseinandersetzen. Für uns muss die Frage lauten: Was ist bei der Erstellung eines gemeinsamen europäischen Eisenbahnmarktes im bisherigen Prozess schiefgelaufen? Und zweitens: Wie können wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln weitere Unfälle vermeiden? Denn jeder Unfall ist einer zu viel.

Als Eisenbahner habe ich die Entwicklung selbst miterlebt und erlaube mir, auf einige Probleme hinzuweisen, die zum Teil die Sicherheit beeinträchtigen. Anstatt gleich zu Beginn der neunziger Jahre den Wettbewerb für die Eisenbahnunternehmen einzuführen, hätte vorab eine technische Harmonisierung stattfinden müssen. All diese Probleme, die Kommissar Kallas angesprochen hat, hätten in den neunziger Jahren bewältigt werden müssen, und der Markt hätte erst auf der Grundlage einer technischen Harmonisierung für den Wettbewerb geöffnet werden dürfen. Die Fragmentierung der Unternehmen hat dazu geführt, dass viele Akteure am System Eisenbahn mitwirken – ein System, das eigentlich nur ordnungsgemäß funktioniert, wenn es als einheitliches System betrieben wird. Deshalb tragen meines Erachtens die Mitgliedstaaten, die Eisenbahnunternehmen, die Infrastrukturbetreiber, aber auch die Kommission, die – wie gesagt – Richtlinien und Verordnungen erlassen hat, ohne zwischenzeitlich eine Evaluierung vorzunehmen, eine gemeinsame Verantwortung an den jüngsten Unfällen. Diese Evaluierung ist erst vor kurzem erfolgt. Die

Eisenbahnunternehmen haben den Fehler gemacht, die falsche Strategie zu wählen und zu lange auf ein europäisches System zu warten. Sie haben sich laufend um eine Kostenreduzierung bemüht, nicht ausreichend qualifiziertes Personal eingestellt, wie eben angedeutet, aber auch zu wenig investiert.

Drei Punkte möchte ich noch hervorheben: Die Geldmittel müssen dringend erhöht werden, um die geplanten Modernisierungen voranzutreiben.

*(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)*

**Silvia-Adriana Țicău (S&D).** – (RO) Im Allgemeinen ist der Schienenverkehr sicherer, schneller und verursacht weniger Verschmutzung als der Straßenverkehr. Im Jahr 2007 waren jedoch etwa 2 600 Personen Opfer von Bahnunglücken, während sich im vergangenen Jahr mehr Bahnunglücke unter Beteiligung von Personen- und Frachtzügen ereigneten.

Das jüngste Zugunglück in Belgien mit einer Opferliste von 20 Toten und über 120 Verletzten lenkt unsere Aufmerksamkeit erneut auf schockierende Weise auf die Bedeutung der Sicherheit des Schienenverkehrs. Leider hat die Wirtschafts- und Finanzkrise die finanziellen Schwierigkeiten sowohl der Betreiber als auch der Verwalter, die an der Bahnverkehrsinfrastruktur beteiligt sind, verschärft. Es herrschen große Bedenken, dass der Mangel an Fachpersonal und Finanzierungsmitteln zur Umsetzung des ERTMS eine der möglichen Ursachen des Unglücks ist, während Tausende von Bahnmitarbeitern ihre Arbeitsplätze verlieren. Ich fordere die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um:

1. die Eisenbahninfrastruktur und die vorhandenen Schienenfahrzeuge zu modernisieren, um einen effizienten und sicheren Bahnverkehr zu gewährleisten,
2. den Investitionen den Vorrang einzuräumen, die für die Sicherheit des Bahnverkehrs erforderlich sind, und
3. neue Bahnverkehrsinfrastrukturen zu entwickeln und das ERTMS umzusetzen.

**Antonio Cancian (PPE).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die jüngsten Zugunglücke, die Europa erschüttert haben – heute in Belgien, gestern in Italien – zwingen uns, die Fehler im System und die geeigneten Maßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungen im Hinblick auf die Sicherheit zu betrachten.

Zum Beispiel ist es erstaunlich, dass die Europäische Union ein geeignetes System zur Überwachung des Schienenverkehrs – das ERTMS – im Jahr 2000 eingeführt hat und dass das System trotzdem zehn Jahre später nur von sehr wenigen Mitgliedstaaten angenommen worden ist.

Noch heute gibt es über 20 verschiedene Eisenbahnsicherheitssysteme in der EU, und es ist klar, wie dies Probleme verursachen kann, insbesondere auf internationalen Streckenabschnitten.

Es stimmt, dass die Anpassung der Eisenbahninfrastruktur und der Schienenfahrzeuge des europäischen Systems mit technischen und wirtschaftlichen Bewertungen und Aufgaben verbunden sein wird, die unweigerlich durch Unternehmen in diesem Sektor verwaltet werden müssen. Wir müssen jedoch bedenken, dass die europäischen Rechtsvorschriften keine Frist festsetzen, bis zu der die nationalen Strecken an das ERTMS-System angepasst sein müssen und dass sie den Mitgliedstaaten die Befugnis geben, den Ausrüstungsbedarf ihrer Schienenfahrzeuge zu bestimmen.

Es wäre besser, Fristen aufzuerlegen und festzusetzen, mittels Investitionen Anreize zu schaffen oder, noch besser, Investitionen von denjenigen zurückzuziehen, die sich nicht an die Infrastrukturprojekte anpassen oder die Schienenfahrzeuge kaufen, welche diese Systeme nicht verwenden.

Das andere Argument ist, dass die Interoperabilität und die Vollendung des Binnenmarkts nicht verlangsamt werden sollten. Heute haben wir eine unabhängige nationale Sicherheitsagentur, welche die Annahme der geeigneten Sicherheitssysteme überprüfen sollte. Nun, es sollte vorgeschrieben sein, dass Sicherheitszertifikate erworben werden müssen, bevor Betriebslizenzen gewährt werden können.

Darüber hinaus möchte ich betonen, dass angesichts der Aussicht auf einen freien gemeinsamen Eisenbahnmarkt die Kontrollbefugnisse der Europäischen Eisenbahnagentur auf zentraler Ebene gestärkt werden müssen.

**Debora Serracchiani (S&D).** – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, nach dem jüngsten Zugunglück in Brüssel, das viele Abgeordnete erwähnt haben, ist die Sicherheit der Eisenbahnen erneut ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt.

Die Richtlinie 2004/49/EG über Eisenbahnsicherheit schreibt allgemein vor, dass Eisenbahnunternehmen und Infrastrukturbetreiber die volle Verantwortung für die Sicherheit ihres eigenen Systembereichs tragen sollten.

In dem spezifischen Fall des Unglücks, das sich in Belgien ereignet hat, scheint menschliches Versagen die Ursache gewesen zu sein. Wir müssen natürlich die Untersuchungen abwarten. Es scheint jedoch, dass der Zug nicht mit einem automatischen Bremssystem ausgerüstet war.

Weiß die Kommission, welche Netze und welche Züge innerhalb der Mitgliedstaaten nicht mit dieser Sicherheitseinrichtung ausgerüstet sind? Beabsichtigt sie darüber hinaus, eine Gesetzesvorlage zu entwerfen, um sicherzustellen, dass das gesamte Netz der Union mit diesem System ausgerüstet wird?

**Ślawomir Witold Nitras (PPE).** – (PL) Herr Präsident, zuerst möchte ich den Familien der Opfer mein Beileid aussprechen. Ich möchte über etwas sprechen, das mir sehr wichtig erscheint und das hier nicht gesagt worden ist. Es herrscht eine Debatte hier, die in vielerlei Hinsicht berechtigt ist. Ich habe ebenfalls meine eigene sehr klare Ansicht zu der Angelegenheit. Ich denke, ein deregulierter Markt ist wesentlich besser als ein durch staatliche Firmen dominierter Markt, aber ich möchte über etwas sprechen, das im Zusammenhang mit dieser Diskussion wichtig ist.

Bei diesem Streit geht es nicht nur darum, ob eine Firma in Staats- oder Privatbesitz ist; es geht auch darum, ob es sich um einen freien Markt oder einen beschränkten, regulierten Markt handelt, was oft bedeutet, dass es tatsächlich in vielen Mitgliedstaaten ein Monopol eines einzigen staatlichen Unternehmens gibt. Es gibt so viele Eisenbahnsysteme und sie sind nicht nur verschieden in jedem Mitgliedstaat, sondern in vielen Fällen werden verschiedene Systeme in einem einzigen Mitgliedstaat genutzt, und die Systeme, über die wir reden, stellen häufig ein protektionistisches Verwaltungshemmnis dar, das nur geschaffen wurde, um die Monopolfirma auf dem nationalen Markt zu schützen. In vielen Fällen sind bestimmte Ausrüstung und Lokomotiven nicht zugelassen, einfach um die Möglichkeit eines Wettbewerbers aus einem anderen Land oder eines privaten Wettbewerbers, in den Markt einzutreten, einzuschränken. Die Folge hiervon ist die Schaffung so vieler verschiedener Systeme und das Auftreten von Sicherheitsproblemen.

Bei der Betrachtung der Verteilung der Strukturfonds für Infrastrukturprojekte in den neuen Mitgliedstaaten ist festzustellen, dass es in diesen Ländern praktisch kein Geld für Eisenbahninfrastruktur gibt. Die Verwalter, die Anträge ausfüllen und Gelder beantragen sollen, sind nicht im Entferntesten daran interessiert. Wir haben es mit einem Modell zu tun, bei dem viele Mitgliedstaaten nichts an ihren Eisenbahnen ändern wollen, sodass sich der Wettbewerb aus anderen Ländern oder seitens des Privatmarkts beispielsweise nicht in einer guten Position befinden wird. Es sind dann Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit, die darunter leiden.

**Ivo Belet (PPE).** – (NL) Das tragische Unglück in Buizingen zwingt uns alle – einschließlich Europa – eine Untersuchung einzuleiten. Diese Tragödie kostete 18 Menschen das Leben, und wir schulden es diesen Opfern, kurzfristig aus der Katastrophe zu lernen und sicherzustellen, dass die Sicherheit auf belgischen und europäischen Eisenbahnstrecken gewährleistet wird.

Wie wir wissen, und Sie haben es bereits gesagt, ist es nicht die Schuld von Europa, dass das automatische Bremssystem in Belgien noch vollständig eingeführt werden muss. Dennoch bedeutet dies nicht, dass Europa jetzt nicht handeln muss, im Gegenteil. Wir fordern auch die Europäische Kommission ausdrücklich auf, jetzt eine Auswertung durchzuführen, welche die Antworten auf mehrere sehr spezifische Fragen liefern muss. Beispielsweise haben wir, wie Sie wissen, die Bahnunternehmen – einschließlich Privatfirmen – verpflichtet, bis 2013 ihre Züge vollständig mit dem neuen Europäischen Zugkontrollsystem ETCS auszurüsten, doch wir wissen bereits, dass die europäischen Bahnlinien bis dahin nicht mit diesem System ausgestattet sein werden.

Ich möchte zwei Zahlen anführen. Derzeit, Herr Kommissar, sind nur 2 800 Kilometer Eisenbahn in ganz Europa mit diesem neuen europäischen Sicherheitssystem ausgestattet. Das belgische Bahnnetz alleine ist mit seinen 3 400 Kilometern größer. Es ist daher klar, dass wir in Europa hierfür nicht bereit sind und dass deshalb unsere Züge nicht oder nur unzureichend in der Lage sein werden, mit diesen neuen Signalanlagen zu kommunizieren. Dies erfordert eine eingehende Bewertung.

Herr Kommissar, wir müssen auch wagen zu untersuchen, ob der bevorstehende Wettbewerb zwischen den Bahnunternehmen möglicherweise den Druck auf die Mitarbeiter erhöht hat. Sollten wir vielleicht in Erwägung ziehen, Fahr- und Ruhezeiten für die Zugführer auf europäischer Ebene einzuführen, so wie wir es für die Lastwagenfahrer getan haben? Kurz gesagt, dieses Unglück zwingt die Europäische Union, in sich zu gehen

und eine Bewertung durchzuführen, und es muss auch die Bereitschaft und der politische Wille da sein, falls notwendig, Anpassungen vorzunehmen.

**Michael Cramer (Verts/ALE).** - Herr Präsident, Herr Kommissar! An diesem schrecklichen Unglück waren zwei Lokomotiven beteiligt, die von der SNCB, der staatlichen Eisenbahngesellschaft, in einem staatlichen Netz betrieben werden. In Belgien gibt es keinen Wettbewerb bei Personenzügen. Deshalb hat das mit Wettbewerb, mit der Öffnung der Netze überhaupt nichts zu tun! Es hat mit mangelnden Sicherheitsanforderungen zu tun! Herr Grosch hat ja darauf hingewiesen: Seit mehr als zwanzig Jahren gibt es eine Technik, mit der ein Zug, wenn ein Signal bei Rot überfahren wird, automatisch angehalten wird. Die Frage ist: Warum wurde das nicht installiert?

Das hat auch mit ERTMS nichts zu tun. Ich war Berichterstatter für ERTMS. Das ist eine Zukunftsvision, aber das hat keinen Mitgliedstaat von der Verantwortung entbunden, Sicherheitsvorkehrungen einzubauen, die bereits auf nationaler Ebene verfügbar sind. Das ist eine nationale Aufgabe.

Deshalb müssen wir fragen: Warum hat Belgien seit zwanzig Jahren nicht in diese Sicherheit investiert? Hätte man auf ein oder zwei Kilometer Autobahn verzichtet, hätte man das Geld doppelt und dreifach gehabt, um diese Sicherheitsanlagen zu installieren und diese Unglücke zu vermeiden! Das war nicht das erste Mal, dass ein Signal bei Rot überfahren wurde, es war nur das erste Mal, dass dies zu einem so schrecklichen Unglück geführt hat.

**Siim Kallas, Vizepräsident der Kommission.** – Herr Präsident, natürlich wird diese Diskussion, die jetzt durch das tragische Unglück in Belgien eingeleitet wurde, Bestandteil unserer Gesamtdiskussion über die Eisenbahnsicherheit und die Entwicklung des Verkehrs in Europa sein. Die Kommission bereitet ein Weißbuch über die Zukunft des Verkehrs vor, das alle Sicherheitsaspekte sämtlicher Beförderungsarten, einschließlich der Eisenbahn – die, wie vielfach erwähnt wurde, immer noch eine der sichersten Beförderungsarten ist – eingehend betrachtet.

Es ist auch wichtig, dass wir jetzt das Eisenbahnpaket diskutieren – die „erste Umgestaltung“ des Eisenbahnpakets – und wir werden definitiv daran arbeiten und es betrachten.

Aber ich möchte einfach einige sachliche Bemerkungen machen. Das europäische Eisenbahnverkehrssystem ERTMS ist mit der Absicht der Interoperabilität der Eisenbahnen konzipiert worden. Es ist offensichtlich ein gutes System, das sehr ernsthafte Sicherheitselemente hat. Die Sicherheit liegt jedoch weiterhin in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, unabhängig davon, welches System verwendet wird. Aber das ERTMS schreitet sehr gut voran.

Verkehrsnetze TEN-T: Abermals werden wir dies bald diskutieren. Dieses besondere Projekt befasst sich mit dem Einsatz des Verkehrssystems. Bis zum Jahr 2020 werden 20 000 Kilometer Eisenbahnen dieses System in Europa, einschließlich Belgien, verwenden.

Dies ist am Laufen; aber im Bahnbereich brauchen die Dinge Zeit und die Investitionen sind hoch, wobei 85 % des Geldes für das TEN-T-Netz insbesondere verwendet werden, um die Eisenbahnen, einschließlich des ERTMS, zu verbessern. Natürlich wäre ich sehr glücklich, wenn wir mit der Unterstützung des Europäischen Parlaments die Finanzierung von Investitionen für Verkehrsnetze erhöhen könnten. Das wird sehr wichtig sein.

Aber erneut ist natürlich der menschliche Faktor immer relevant. Und da wir über Sicherheitsnormen reden, gibt es eine Norm – nämlich das rote Signal –, das bedeutet, dass man anhalten muss. Diese Norm besteht seit dem 19. Jahrhundert. Wenn wir also jetzt sagen, dass es ein zu 100 % sicheres Bremssystem gibt, das menschliches Versagen vermeidet, so stimmt dies nicht. Es gibt immer eine kleine Möglichkeit für menschliches Versagen. Und die menschliche Verantwortung ist sehr wichtig.

Ich möchte eine weitere Bemerkung bezüglich der Liberalisierung und der öffentlichen Dienste anbringen: Dies sind zwei verschiedene Dinge. Niemand hindert die Staaten daran, gute öffentliche Dienste anzubieten, selbst im Rahmen der Liberalisierung. Die europäischen Vorschriften erlauben die Bereitstellung von Unterstützung – die Staaten erlauben es –, und diese Liberalisierung schließt gute öffentliche Dienste nicht aus.

**Der Präsident.** – Die Aussprache ist beendet.

**Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)**



**Herbert Dorfmann (PPE)**, *schriftlich*. – Das tragische Zugunglück in Belgien lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Sicherheit des Zugverkehrs. Neben der Sicherheit in der Signaltechnik muss auch die Sicherheit des rollenden Materials verbessert werden. Besonders im Bereich des Gütertransports verkehren heute in Europa viele vollkommen überaltete Waggons, und das Unglück in Italien im vergangenen Jahr hat gezeigt, welche Folgen dies haben kann. Leider hat die EU bisher wenig getan, um die Betreiber des Gütertransports zu verpflichten, ihr Rollmaterial auf einem akzeptablen Sicherheitsstandard zu halten. Dabei ist auch zu bedenken, dass auf der Schiene auch Gefahrgut transportiert wird und im Falle eines Unfalls hier verheerende Folgen entstehen können. In Anbetracht dessen fordere ich höhere Sicherheitsanforderungen im Eisenbahnverkehr.

**Bruno Gollnisch (NI)**, *schriftlich*. – (FR) Die Tragödie, die Belgien in seinen derzeitigen Zustand des Trauerns gestürzt hat, ereignete sich zweifellos aus Gründen, die mit den spezifischen Merkmalen dieses Landes zu tun haben, wie viele unsere flämischen Kolleginnen und Kollegen heute betont haben. Im Rahmen der Untersuchung wird das Ausmaß bestimmt, in dem diese Merkmale für die Tragödie verantwortlich waren.

Sie hatte jedoch eine besondere grundlegende Ursache: die Liberalisierung des Bahnverkehrs und die Trennung der Verwaltung des Netzes von der Verwaltung des Bahnverkehrs. Daher wurden das Netz, seine Qualität und seine Sicherheit zu Gunsten des Profits von Verkehrsbetreibern geopfert, welche die ihnen auferlegten Gebühren für zu hoch halten, ebenso wie der Austausch und die Modernisierung von Zügen geopfert werden. Die Fahrpläne und die Häufigkeit der Dienste werden heute durch die Logik der Gewinnerzielung bestimmt und nicht mehr durch die Bedürfnisse der Nutzer. Obwohl sie regelmäßig genutzt werden, werden einige Verbindungen eingestellt, weil sie nicht profitabel genug sind. Andere werden noch bedient, wenn dies nach gesundem Menschenverstand nicht mehr sinnvoll ist. Verzögerungen werden zur Norm, einschließlich bei Hochgeschwindigkeitsdiensten.

In Ihrem liberalen System sind Bürgerinnen und Bürger, die Zug fahren, nicht zu geschätzten Kundinnen und Kunden geworden; Sie sind immer noch Nutzer-Steuerzahler, die wie Vieh behandelt werden können. Wie es bei allen Aktivitäten der Fall ist, die Sie liberalisiert haben, bezahlen wir heute immer mehr für einen Dienst, der zunehmend schlechter wird, um nicht zu sagen, leider, gefährlich.

**Marian-Jean Marinescu (PPE)**, *schriftlich*. – (RO) Angesichts des tragischen Unglücks in Brüssel sind wir erneut mit dem Problem konfrontiert, dass die Mitgliedstaaten ihre Eisenbahnsicherheitssysteme noch nicht vollständig harmonisiert haben, obwohl die Richtlinie 2004/49/EG klar gemeinsame Normen für Sicherheitsindikatoren festlegt und die Sicherheitserfordernisse insgesamt umfassend erfüllt, einschließlich für Infrastruktur und Verkehrsmanagement. Das Hauptproblem ist tatsächlich ein strikt finanzielles Problem: Die Lebensdauer der Eisenbahninfrastrukturen und Schienenfahrzeuge, einschließlich der Signalsysteme, ist äußerst lang. Unter diesen Umständen wäre es für die Mitgliedstaaten wünschenswert, trotz der Krise über dieses finanzielle Thema hinauszuschauen und die Beschleunigung der Umsetzung interoperabler Systeme in Erwägung zu ziehen sowie mehr in die Eisenbahninfrastruktur und Signalsysteme, sowohl für die Infrastruktur als auch die Schienenfahrzeuge, zu investieren.

Die erzielten Einsparungen durch die Verzögerung der Instandsetzung und Modernisierung der Schienenfahrzeuge und Eisenbahninfrastrukturen können, wie in diesem Fall, leider zu tragischen Unglücken führen, bei denen nicht nur riesige wirtschaftliche und finanzielle Verluste entstanden sind, sondern die auch Menschenleben forderten, was nicht akzeptabel ist. Ich möchte den betroffenen Familien während dieser schwierigen Zeit mein aufrichtiges Beileid aussprechen, und ich hoffe, dass sich diese Art von Tragödie nie wieder ereignen wird.

(Die Sitzung wird um 11.25 Uhr unterbrochen und um 11.30 Uhr fortgesetzt.)

**VORSITZ: Stavros LAMBRINIDIS**

*Vizepräsident*

## **6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung**

(Das Protokoll der vorherigen Sitzung wird genehmigt)

**Véronique De Keyser (S&D)**. – (FR) Herr Präsident, ich möchte nicht noch einmal auf den bedauerlichen Vorfall zurückkommen, der sich gestern in diesem Hause zugetragen hat; ein Vorfall, bei dem Herr Van Rompuy beleidigt wurde und der dieses Parlaments unwürdig ist. Der Präsident des Europäischen

Rates ist durchaus in der Lage, sich zu verteidigen, aber ich werde nicht zulassen, dass jemand in diesem Haus behauptet, mein Land sei gar kein Land. Es ist ein Gründungsland der Europäischen Union und wird in Kürze den Ratsvorsitz übernehmen. Ich verstehe nicht, wie sich jemand in diesem Haus dazu herablassen kann, so etwas zu behaupten, und fordere eine Entschuldigung, Herr Präsident.

*(Beifall)*

**Gerard Batten (EFD).** – Herr Präsident, eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Unter Berufung auf denselben Artikel, unter dem die Dame vor mir gesprochen und sich zu meinem Kollegen, Herrn Nigel Farage, geäußert hat, möchte ich das Wort ergreifen.

Das nennt man Politik. Sie haben unseren Ländern den Vertrag von Lissabon aufgezwungen, ohne die Bürger zu befragen, und wenn mein Kollege etwas dazu sagt, was den Leuten nicht gefällt, dann beschweren sie sich. Das nennt man Politik. Politik gab es in unserem Land, bevor die Europäische Union unsere Demokratie zerstört hat, also gewöhnen Sie sich daran, hier im Parlament der Opposition zuzuhören.

**Der Präsident.** – Herr Batten, der vorige Beitrag war eine Antwort auf etwas, das gestern im Parlament gesagt wurde. Unter diesem Artikel wurde der Beitrag gemacht. Das war keine Geschäftsordnungsfrage. Deshalb war Ihre Wortmeldung zur Geschäftsordnung unangemessen.

## 7. Abstimmungsstunde

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist die Abstimmungsrunde.

*(Für Einzelheiten zum Abstimmungsergebnis: siehe Protokoll)*

### 7.1. Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (A7-0016/2010, Adina-Ioana Vălean)

### 7.2. Lage in der Ukraine (B7-0116/2010)

*- Vor der Abstimmung über Absatz 4 Buchstabe a):*

**Cristian Dan Preda, im Namen der PPE-Fraktion.** – (FR) Herr Präsident, ich möchte den folgenden Änderungsantrag einreichen: „fordert die ukrainischen Behörden dazu auf, sich stärker darum zu bemühen, Minderheiten zu erreichen, indem diese stärker in die politischen Entwicklungen des Landes miteinbezogen werden und das Recht auf Unterricht in Minderheitssprachen ausreichend gefördert wird, erkennt allerdings auch an, dass die Ukraine das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten sowie die Europäische Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen ratifiziert hat;“.

Der Grund ist ganz einfach: Wir müssen den post-elektoralen Kontext nutzen, um darauf hinzuweisen, dass die Außenpolitik der Union auf der Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Minderheiten, basiert.

*(Das Parlament erhebt keine Einwände gegen den mündlichen Änderungsantrag)*

*- Vor der Abstimmung über Absatz 14:*

**Michael Gahler, im Namen der PPE-Fraktion.** – Herr Präsident! Wenn mein mündlicher Änderungsantrag angenommen wird, brauchen wir keine getrennte Abstimmung. Er lautet:

„fordert die Kommission auf, das Nationale Richtprogramm 2011- 2013 eng mit der Assoziierungsagenda abzustimmen“.

*im Namen der PPE-Fraktion.* – Im ursprünglichen Text, wie er jetzt vorliegt, ist es gerade umgekehrt, und das ist sachlich nicht richtig.

*(Das Parlament erhebt keine Einwände gegen den mündlichen Änderungsantrag)*

*- Vor der Abstimmung über Absatz 15:*

**Michael Gahler**, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Das ist nur eine sachliche Richtigstellung. So wie es jetzt formuliert wird, ist es richtig. Im ursprünglichen Text ist der Bezug nicht richtig. Ich brauche das nicht vorzulesen, Sie haben den Antrag ja schriftlich vorliegen.

*(Das Parlament erhebt keine Einwände gegen den mündlichen Änderungsantrag)*

### **7.3. Prioritäten des EP für die Tagung des UN-Menschenrechtsrats vom 1. bis 26. März 2010 in Genf (B7-0119/2010)**

- Vor der Abstimmung:

**José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra (PPE)**. – (ES) Herr Präsident, gestern, während der Debatte über den Entschließungsantrag, über den wir nun abstimmen werden, haben wir unsere Trauer über den Tod von Orlando Zapata Tamayo zum Ausdruck gebracht, einem 42-jährigen Bauarbeiter und politischen Gefangenen aus Kuba, der nach einem Hungerstreik und nach vielen Jahren unbegründeter, ungerechter, unmenschlicher und grausamer Haft gestorben ist.

Frau Kommissarin Georgieva hat dieses Geschehnis gestern hier im Parlament scharf und nachdrücklich verurteilt. Ich rufe Sie, Herr Präsident, im Namen des Parlaments dazu auf, der Familie von Herrn Zapata, die auf seiner Beerdigung belästigt wurde, Ihr Beileid auszudrücken.

Ich ersuche Sie, den kubanischen Behörden mitzuteilen, dass Sie diesen absolut vermeidbaren Tod aufs schärfste verurteilen, den der Vorsitzende der Kubanischen Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung, Elizardo Sánchez, als Mord unter dem Deckmantel der Justiz bezeichnet hat. Ich hoffe Herr Präsident, dass dieser Tod diejenigen zum Nachdenken bringen wird, die aufgrund guten Willens oder Naivität den Gemeinsamen Standpunkt des Rates ändern wollen, einen ehrenvollen Standpunkt, der nur dazu dient, jegliche Verbesserung der Beziehungen mit der Insel mit den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu verknüpfen, die, wie wir gesehen haben, weiterhin verletzt werden.

*(Beifall)*

- Nach der Abstimmung über Änderungsantrag 3:

**Elmar Brok (PPE)**. - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mündlich beantragen, dass zu Ziffer 10 eine getrennte Abstimmung durchgeführt wird, und zwar über die Passage: „ist aber der Auffassung, dass die Aufnahme dieses Konzepts in das Protokoll über zusätzliche Standards zu Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und allen Formen der Diskriminierung nicht sachgerecht ist“. Über diesen mittleren Teil soll getrennt abgestimmt werden, weil es aus meiner Sicht nicht einzusehen ist, dass wir das vermischen und nicht deutlich machen, dass auch die Diskriminierung von religiösen Minderheiten genau so stark bekämpft werden muss, wie dies bei anderen Diskriminierungsformen der Fall ist, und eine weniger strikte Bekämpfung der Diskriminierung von religiösen Minderheiten nicht hinnehmbar ist. Deswegen sollten wir die Möglichkeit haben, darüber getrennt abzustimmen.

*(Das Parlament lehnte den Antrag auf eine getrennte Abstimmung ab)*

- Vor der Abstimmung über Absatz 20:

**Elmar Brok (PPE)**. - Herr Präsident! Auch hier möchte ich eine getrennte Abstimmung beantragen, und zwar über die Streichung von wenigen Worten im letzten Satz, also über die Worte: „in die Standpunkte der EU“. Der Text würde dann lauten: „fordert, dass die Empfehlungen und die damit zusammenhängenden Bemerkungen in die Dialoge der EU mit beiden Seiten sowie in multilateralen Foren aufgenommen werden“. Gestrichen würde: „in die Standpunkte der EU“. Ich bitte hier um getrennte Abstimmung.

*(Das Parlament lehnte den Antrag auf eine getrennte Abstimmung ab)*

### **7.4. Peking + 15 - UN-Plattform für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter**

### **7.5. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Berichtigungshaushaltsplans 1/2010 (Einzelplan I, Europäisches Parlament) (A7-0017/2010, Vladimír Maňka)**

## **7.6. Grünbuch über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (A7-0014/2010, Maria do Céu Patrão Neves)**

## **8. Übermittlung von Gemeinsamen Standpunkten des Rates: siehe Protokoll**

## **9. Stimmerklärungen**

**Der Präsident.** – Der nächste Punkt auf der Tagesordnung ist die Abstimmungsrunde.

**Zoltán Balczó (NI).** – Herr Präsident, darf ich Sie um eine zweiminütige Pause bitten, während die Leute den Saal verlassen? Oder um eine einminütige Pause?

**Bericht: Adina-Ioana Vălean (A7-0016/2010)**

**Zoltán Balczó (NI).** – (HU) Das Ziel der Verordnung ist positiv: Es besteht darin, Daten der Mitgliedstaaten bezüglich ihrer Energieinfrastruktur zu sammeln, diese Daten zu organisieren und sie auf Gemeinschaftsebene für wirtschaftliche Akteure zugänglich zu machen. Somit greift sie – zu Recht – in den funktionierenden Markt ein. Das Parlament hat allerdings eine Initiative angenommen, die dem genau zuwiderläuft und sogar so weit geht, dies für das politische Ziel der Verordnung zu halten. Ich zitiere: Alle auf Unionsebene vorgeschlagenen oder ergriffenen Maßnahmen sollten in ihrer Wirkung neutral sein. Sie dürfen keine Marktinterventionen darstellen. Die Mehrheit der Personen, die in diesem Parlament sitzen, haben nichts aus der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gelernt. Sie tritt weiterhin für neoliberale Dogmen ein, und sogar in diesem strategischen Bereich vertraut sie auf die Selbstregulierung des Marktes. Das ist inakzeptabel, und deshalb habe ich gegen die Entschließung gestimmt.

**Peter Jahr (PPE).** – Herr Präsident! Eine funktionierende Infrastruktur in der Europäischen Union ist entscheidend für eine angemessene Wohlstandsentwicklung. Neben Ernährungssicherheit und einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Energiepolitik von essentieller Bedeutung. Schon allein aus diesem Grund ist es unabdingbar, dass das Europäische Parlament an dieser Diskussion nicht nur teilnimmt, sondern mitentscheiden darf. Deshalb fordere ich die Kommission auf, ihre Blockadepolitik aufzugeben und das Parlament mitentscheiden zu lassen.

**Ryszard Czarnecki (ECR).** – (PL) Herr Präsident, ich will mich kurz fassen. Die Idee insgesamt ist ziemlich richtig. Ich befürworte insbesondere die Hervorhebung des ökologischen Aspekts. Da wir bereits darüber sprechen, lassen Sie uns konsequent sein. Die wesentlichen und sachlichen Argumente, auf denen sich der Widerstand gegen die Idee der nördlichen Gaspipeline begründete, bezogen sich besonders auf Ökologie und Umweltschutz. Diese gerechtfertigten, praktischen und wissenschaftlich belegten Argumente wurden verworfen, da politische Gründe überwogen. Wenn wir dieses Projekt unterstützen, denke ich, sollten wir uns daran erinnern, in der Politik nicht heuchlerisch zu sein. Bei der nördlichen Gaspipeline wurde dies von vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und von vielen Fraktionen vergessen.

**Jaroslav Paška (EFD).** – (SK) Anfang 2009 waren die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten offensichtlich nicht in der Lage, sich im Falle eines Versorgungsausfalls, sei es von Strom oder Gas, gegenseitig zu helfen. Es war offenkundig, dass die Stromnetze des Westens und des Ostens nicht miteinander verbunden sind, unterschiedliche Parameter haben und nicht kompatibel sind.

Es ist deshalb eine gute Sache, wenn Staaten und Netzbetreiber der Europäischen Kommission in Zukunft wichtige Informationen über ihre Energieversorgungskapazitäten zur Verfügung stellen, sodass diese in der Lage ist, die Defizite der Netze und der europäischen Energiesicherheitspolitik zu beurteilen und einzelne Länder über die Reservekapazitäten ihrer Energiesysteme informieren kann. Aus dieser Perspektive denke ich, dass wir die Initiative des Rates und der Kommission über die Zurverfügungstellung und die Sammlung von Daten im Bereich der Energie zugunsten der Europäischen Union unterstützen sollten.

## **Entschließungsantrag RC-B7-0116/2010**

**Viktor Uspaskich (ALDE).** – (LT) Ich möchte besonders hervorheben, dass ich es befürworte, dass die Ukraine demokratische Wahlen durchführt und den Menschen die Gelegenheit gibt, ihren freien Willen zu äußern. Da ich die Ukraine gut kenne, sehe ich, dass nicht nur die Regierung, sondern auch die Gesellschaft selbst aktiv den Weg der Demokratie beschreitet und demokratische Institutionen einrichtet. Ich hoffe außerdem, dass die Ukraine der Europäischen Union durch diese Wahlen noch näher kommt und eine noch

stärkere Brücke für die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland gebaut wird. Ich freue mich auch, dass zwischen der Europäischen Union und einem postsowjetischen Land vielleicht sogar bald der visafreie Reiseverkehr gestattet sein wird.

**Jarosław Kalinowski (PPE).** – (PL) Herr Präsident, die Entschließung zur Lage in der Ukraine ist ausgewogen und vermittelt ein objektives Bild der Realität. Man kann der Ukraine nur noch wünschen, dass sie erfolgreich ihre wirtschaftlichen Probleme bewältigt und die tiefe gesellschaftliche Spaltung über die geopolitische Zukunft des Landes überwindet.

Ich möchte auch auf die Entscheidung des scheidenden Präsidenten Juschtschenko aufmerksam machen, Stefan Bandera den Titel „Nationalheld der Ukraine“ zu verleihen und auf seinen Erlass, zwei nationalistische Organisationen als Teilnehmer am Kampf für die Unabhängigkeit der Ukraine anzuerkennen, nämlich die „Organisation der ukrainischen Nationalisten“ und die „Ukrainische Aufstandsarmee“. Nicht nur Stefan Bandera, sondern auch diese beiden Organisationen haben in den 40er-Jahren ethnische Säuberungen und Gräueltaten an der polnischen Bevölkerung in Teilen der heutigen Westukraine verübt. Die Nationalisten haben 120 000 Polen ermordet. Ich wünsche der Ukraine nur das Beste und hoffe, dass die Glorifizierung von extremem und kriminell Nationalismus verurteilt wird.

**Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE).** – (PL) Herr Präsident, ich hatte das Vergnügen, als Wahlbeobachterin des Europäischen Parlaments der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine beizuwohnen. Ich muss sagen, dass das ukrainische Volk den Test bestanden hat. Die Wahlen sind sehr transparent und demokratisch verlaufen, trotz der Änderungen, die in letzter Minute an der Wahlordnung vorgenommen wurden.

Heute benötigt die Ukraine politische, administrative und wirtschaftliche Stabilität. Deshalb sollten wir diese Maßnahmen, die der Ukraine helfen, die bestehenden Probleme zu überwinden, unterstützen und beschleunigen, während wir die demokratische Entscheidung des ukrainischen Volkes akzeptieren. Die Europäische Union sollte ein klares Signal senden, dass der Ukraine die Tür für einen Beitritt zur Union offen steht. Wenn die Europäische Union ernsthaft an der Ukraine interessiert ist, sollte der erste Schritt auf dem Weg zum Beitritt die Aufhebung der Visumpflicht für ukrainische Staatsbürger sein. Ich hoffe, dass die heutige Annahme der Entschließung die Arbeit beschleunigt, um diese Ideen umzusetzen. Deshalb habe ich für die Annahme dieser Entschließung gestimmt.

**Ryszard Czarnecki (ECR).** – (PL) Herr Präsident, ich hatte das Vergnügen, Wahlbeobachter bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine zu sein, in der ersten Wahlrunde und auch in der zweiten, wie schon einige Jahre zuvor. Wir sollten die Ukraine wie einen Partner behandeln und nicht die Sympathien der ukrainischen Wählerschaft störend beeinflussen. Ich halte die Aussage, die gestern hier im Parlament von einem der Fraktionsvorsitzenden der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa gemacht wurde, einem Liberalen, der sagte, dass der neue Präsident moskauhörig sein wird, für völlig unnötig. Der neue Präsident der Ukraine kommt auf seiner ersten Auslandsreise nach Amtsbeginn nach Brüssel. Wir sollten die ukrainischen Politiker nach ihrer Arbeit bewerten und nicht nach irgendwelchen Erklärungen, die sie abgegeben haben könnten. Die Ukraine sollte unser politischer Partner sein, und wir sollten für sie den Weg zu einem Beitritt in die Europäische Union frei machen. Ich freue mich über die Erklärung des neuen Präsidenten, dass er den Erlass, über den Herr Kalinowski gesprochen hat, außer Kraft setzen wird, den skandalösen Erlass, der einen Mann zum Nationalhelden der Ukraine erklärt, der das Blut vieler Tausender Polen an seinen Händen hat.

**Charalampos Angourakis (GUE/NGL).** – (EL) Herr Präsident, ich habe gegen den Entschließungsantrag gestimmt, da ich ihn zu allererst für einen Versuch halte, in die innenpolitischen Angelegenheiten der Ukraine einzugreifen und da ich der Meinung bin, dass er widersprüchliche Informationen enthält. Er ist in dieser Hinsicht inakzeptabel.

Zweitens bin ich der Ansicht, dass das ukrainische Volk unter einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union nur leiden würde. Genau dieser Entschließungsantrag ebnet den Weg für diese Zukunft, und natürlich wird es auch Umstrukturierungen während dieses Prozesses geben, wie in so vielen anderen Ländern.

Drittens sind die Anmerkungen zu Bandera einer der fundamentalen Gründe, weshalb ich gegen diesen Antrag gestimmt habe. Es ist vollkommen richtig, dass sich der Antrag auf ihn bezieht. Allerdings tragen dieses Haus und die Europäische Union eine enorme Verantwortung, wenn ein solches Phänomen besteht, nicht nur in der Ukraine, sondern auch in anderen Ländern, zum Beispiel in den baltischen Staaten, wie Sie wissen, und die Europäische Union und das Europäische Parlament tragen eine enorme Verantwortung dafür, dass wir an einem Punkt angelangt sind, an dem Kriegsverbrechen wieder eingeführt werden.

**Jaroslav Paška (EFD).** – (SK) Es hat einen Wechsel der politischen Führung in der Ukraine gegeben, aber keine Veränderungen für die Allgemeinbevölkerung der Ukraine. Die Bevölkerung könnte verarmen, obwohl sie in einem Land lebt, das sehr reich ist und enormes Potenzial hat.

Von diesem Blickwinkel aus gesehen, glaube ich, dass die Europäische Union ihren Dialog mit der Ukraine weiterführen und auf einen intensiveren und wirkungsvolleren Dialog drängen sollte. Die Ukraine benötigt ernsthaft Hilfe von der EU, und es ist vor allem die Bevölkerung, die diese Hilfe benötigt. Es sind nicht die Politiker, sondern die Menschen, die in der Ukraine leben. Die Kooperation zwischen der Ukraine und der EU könnte zu einer starken Partnerschaft führen, sowie zu einer engen Zusammenarbeit und zu einem enormen Aufschwung der Wirtschaft. Ich würde mir wünschen, dass wir mehr Initiative in diesem Bereich zeigen.

**Daniel Hannan (ECR).** – Herr Präsident, der sowjetische Kommunismus war die mörderischste Ideologie, die sich die Menschheit je ausgedacht hat. Empirisch gesehen wurden durch diese Ideologie mehr Menschen ermordet als durch jedes andere politische System, und unverhältnismäßig viele Opfer hatte die Ukraine zu verzeichnen.

Und diese Tragödie geht weiter. Der Name der Ukraine bedeutet, wie ich es verstehe, „Grenze“ oder „Rand“, und sie ist in der Tat ein Rand zwischen zwei großen Blöcken. Die Spaltung zwischen den Slawophilen und den westlich Orientierten in diesem Land spiegelt sich in den rivalisierenden Bestrebungen der nachbarschaftlichen Mächte wider.

Was könnten wir tun, um dem Land am besten zu helfen? Wir könnten ihm anbieten, unsere Märkte zu öffnen. Die Ukrainer sind ein gebildetes und fleißiges Volk, und sie profitieren von relativ niedrigen Kosten und relativ wettbewerbsfähigen Exporten. Wenn wir sie einfach vollständig in die Europäische Zollunion aufnehmen, würden wir ihre Lebensqualität erheblich verbessern.

Stattdessen drängen wir ihnen mehr Bürokratie auf, bauen Kapazitäten auf und versuchen, sie in die gemeinsamen Strukturen der Europäischen Union hineinzuziehen. Sie haben uns nicht darum gebeten! Sie wollen unsere Almosen nicht. Das einzige was sie wollen, ist die Möglichkeit, ihre Waren zu verkaufen.

#### **Bericht: Adina-Ioana Vălean (A7-0016/2010)**

**Daniel Hannan (ECR).** – Herr Präsident, es liegt im menschlichen Wesen, zu versuchen, die Dinge in unsere bestehende *Weltanschauung* zu integrieren, wenn etwas Unerwartetes passiert. Psychiater haben einen ausgefallenen Ausdruck dafür, noch ausgefallener als *Weltanschauung*: Sie nennen es „kognitive Dissonanz“. So wird zum Beispiel nach einem „Nein“ bei einer Volksabstimmung in diesem Haus gesagt, dass die Menschen mehr Europa wollten. Sie haben mit „Nein“ gestimmt, da die zu wählende Möglichkeit nicht genügend in eine föderalistische Richtung ging.

So ist das auch mit der aktuellen Wirtschaftskrise. Wir befinden uns in einer Krise, da wir kein Geld mehr haben. Wir haben alles ausgegeben, wir haben unsere Staatskassen ausgeschöpft und unsere Kredite ebenso. Und nun kommt dieses Haus daher und sagt, dass wir noch mehr ausgeben müssen. Wir brauchen mehr europäische Infrastrukturprojekte, wir brauchen ein höheres Budget.

Herr Präsident, das ist eine weitere Dosis des Medikaments, welches die Krankheit überhaupt erst ausgelöst hat. Wir sehen seit den 70er-Jahren, wohin dieser Prozess führt. Er führt zu einem sinkenden BIP, er führt zu Arbeitslosigkeit, er führt zu Stagnation und er führt dazu, dass dieser Teil der Welt immer weiter und weiter hinter seinen Wettbewerbern zurückbleibt.

#### **Entschließungsantrag RC-B7-0123/2010**

**Laima Liucija Andrikiienė (PPE).** – Herr Präsident, ich habe die Entschließung unterstützt, und als eine Verfasserin dieses Dokuments möchte ich einige Anmerkungen zu dem Goldstone-Bericht machen, mit dem sich diese Entschließung auseinandersetzt.

Der Goldstone-Bericht hat wieder einmal gezeigt, dass Untersuchungen, die von den Konfliktparteien selbst unternommen werden, eigentlich nie neutral oder objektiv sind. Der Bericht stellt ziemlich explizit fest, dass keine der Parteien adäquate und effiziente Untersuchungen über angebliche Verstöße ihrer Streitkräfte gegen das Kriegsrecht durchgeführt hat.

Des Weiteren sollten wir die Tatsache begrüßen, dass der Bericht kürzlich überprüft wurde und nun weniger kontrovers ist, weniger bittere Worte enthält und somit akzeptabler geworden ist.

Hauptsächlich sollten wir daraus lernen, dass wir uns mehr bemühen müssen, die Europäische Union mehr in den Prozess mit einzubeziehen, nicht nur, wenn es um die Untersuchung von angeblichen Verbrechen geht, sondern auf aktive und vorbeugende Weise, als Mitglied des Nahost-Quartetts.

**Martin Kastler (PPE).** – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte auch im Namen eines Teils der EVP und vor allem meines Kollegen Elmar Brok feststellen, dass wir erschüttert sind, dass das Haus heute den Änderungsantrag abgelehnt hat, mit dem christliche und andere religiöse Minderheiten in diesen Bericht aufgenommen werden sollten. Ich finde es wirklich infam, dass wir uns immer wieder zu Menschenrechtsfragen äußern, dass wir aber Teile der Bevölkerung, die wegen ihres religiösen Hintergrunds verfolgt werden, nicht für schützenswert halten. Ich finde es sehr schade, dass wir den Änderungsantrag heute nicht aufnehmen konnten, zu einem Thema, das für die Zukunft der Welt sehr wichtig ist. Wenn wir es nicht schaffen, Minderheiten zu schützen, egal aus welchen Gründen, dann haben wir auch nicht mehr das Recht, das Europäische Parlament als den Hort für die Menschenrechte, für die Grundrechte und für diesen Kampf in der ganzen Welt darzustellen. Ich habe dagegen gestimmt, weil man religiöse Minderheiten nicht ausnehmen darf!

**Sari Essayah (PPE).** – (FI) Herr Präsident, wie Herr Kastler bereits sagte, hätte unsere Fraktion sehr gerne gesondert über diesen Punkt bezüglich religiöser Minderheiten abgestimmt, aber leider hat die Mehrheit des Parlaments dem nicht zugestimmt.

Wir müssen begreifen, dass der Schutz der Rechte von religiösen Minderheiten in jeder Hinsicht genauso wichtig ist, wie der Schutz aller anderen Minderheiten.

Die EU sollte in die Arbeit der UN-Menschenrechtskommission eingreifen, denn momentan ist sie komplett gelähmt und voreingenommen und genießt nicht mehr das allgemeine Vertrauen.

Der Goldstone-Bericht ist nur ein Beispiel dafür, wie der UN-Menschenrechtsrat benutzt wurde, um die Interessen verschiedener Elemente des Antisemitismus zu vertreten. Bisher betreffen 21 der 25 Berichte über Einzelstaaten, die der Gerichtshof verfasst hat, Israel, als ob Israel weltweit die Menschenrechte am meisten unterdrücken würde. Die Europäische Union muss in die Arbeit des UN-Menschenrechtsrats eingreifen.

**Daniel Hannan (ECR).** – Herr Präsident, seit dem Ende des Kalten Krieges, hat sich in den 200 Staaten, die den Vereinten Nationen angehören, eine revolutionäre neue Doktrin durchgesetzt. Die Idee ist aufgekommen, dass Gesetze nicht von den nationalen Gesetzgebern geschaffen werden sollten, die auf gewisse Weise mit der Bevölkerung ihres Landes verbunden sind, sondern den Ländern eher von einer internationalen Technokratie von Juristen auferlegt werden sollten, die nur ihrem eigenen Gewissen gegenüber verantwortlich sind.

Wir machen 300 Jahre demokratischer Entwicklung rückgängig. Wir entfernen uns von der Idee, dass die Personen, die die Gesetze verabschieden, sich auf gewisse Weise über die Wahlurne der Bevölkerung gegenüber verantworten müssen, und wir kehren zu der vormodernen Idee zurück, dass Gesetzgeber nur ihrem Schöpfer gegenüber oder sich selbst verantwortlich sein müssen.

Über diese Instrumente der Menschenrechtskodexe sind die internationalen Verwaltungsapparate in der Lage, über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg den Letzteren ihre eigenen Wünsche aufzuerlegen, die denen der lokalen Bevölkerung zuwiderlaufen.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Herrn Bork, Richter in den USA, enden, dem abgelehnten Kandidaten für den Obersten Gerichtshof unter Reagan, der folgenden berühmten Ausspruch tat: „Was wir ausgearbeitet haben, ist ein *Staatsstreich*: er geht langsam und elegant voran, aber es ist trotzdem ein *Staatsstreich*.“

#### **Entschließungsantrag B7-0118/2010**

**Georgios Papanikolaou (PPE).** – (EL) Herr Präsident, die Gleichstellung der Geschlechter ist momentan mit einer weiteren Herausforderung konfrontiert. Die Fortschritte, die in den letzten Jahren im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter von der Europäischen Union erzielt wurden, drohen weniger zu werden oder sich durch die momentane Rezession sogar rückgängig zu machen.

Allerdings können wirksame Strategien zur Gleichstellung der Geschlechter einen Teil der Lösung des Problems darstellen, wie diese Krise zu bewältigen, die Erholung zu unterstützen und die Wirtschaft zu stärken ist. Folglich müssen Investitionen in Strategien, die die Gleichstellung von Männern und Frauen fördern, unser grundlegendes Ziel sein und diese müssen kräftig von uns allen unterstützt werden, umso mehr und umso stärker in dieser schwierigen Wirtschaftslage.

**Bericht: Vladimír Maňka (A7-0017/2010)**

**Frank Vanhecke (NI).** – (NL) Meiner Ansicht nach sollte sich das Parlament ein wenig der de facto Berichtigung des Haushalt schämen, die es soeben in diesem Bericht angenommen hat. Schließlich leiden mehr oder weniger alle europäischen Länder unter einem enormen Finanzproblem und unter der Wirtschaftskrise, und sehr viele Menschen verlieren ihre Arbeitsplätze. Und das Beste, was uns dazu einfällt, ist, uns selbst wesentlich höhere Ressourcen zuzuweisen, mehr Personal einzustellen und die Ausgaben auf Kosten der Steuerzahler zu erhöhen. Im Übrigen weiß jeder, dass diese zusätzlichen Ressourcen und das zusätzliche Personal eigentlich nur dazu da sind, sicherzustellen, dass die Sozialisten, die bei den Wahlen vor Kurzem ihr Mandat verloren haben, finanziell gut versorgt werden. In der Vergangenheit hat das auch zu einem weiteren erheblichen Anstieg von Zuschüssen geführt, einschließlich für die politischen Parteien und Stiftungen in Europa. Es ist auffällig, dass wir immer wieder gut klingende Argumente finden, die Steuerkassen zugunsten dieser Institution immer noch weiter auszuschöpfen; das ist eine inakzeptable Vorgehensweise in diesen Krisenzeiten.

**Miguel Portas, im Namen der GUE/NGL-Fraktion.** – (PT) Ich möchte sagen, dass der Berichtigungshaushaltsplan in Höhe von 13 400 000 EUR, den wir soeben angenommen haben und der erst am 1. Mai in Kraft tritt und somit für ein halbes Jahr bestimmt ist, sehr unvernünftig ist.

Der Teil davon, der sich auf die Erhöhung des Personals der parlamentarischen Ausschüsse und Fraktionen bezieht und sich auf 4 Mio. EUR beläuft, kann gerechtfertigt werden, da der Vertrag von Lissabon neue gesetzgeberische Anforderungen an das Parlament stellt. Die Erhöhung der Ressourcen der Abgeordneten zur Anstellung von Assistenten um 8 Mio. EUR bedeutet allerdings, dass es im nächsten Jahr nicht mehr 8 Mio. sondern 16 Mio. sein werden, und das ist eindeutig zu viel, da im kommenden Jahr eine Erhöhung der Mittel um 1 500 EUR pro Monat für Abgeordnete geplant ist, die sich insgesamt nicht auf 16, sondern auf 32 Mio. EUR beläuft. Zu einer Zeit, in der in all unseren Mitgliedsländern massive Arbeitslosigkeit und eine soziale Krise herrscht, ist eine Erhöhung der Ressourcen für Abgeordnete nicht angemessen, es sei denn, wir beweisen gleichzeitig den Mut und kürzen die Kostenerstattungen und Vergütungen, auf die wir als Abgeordnete ein Recht haben und die mitnichten alle vollständig gerechtfertigt sind.

Ich kann nicht verstehen, dass ein Abgeordneter für einen Reisetag 300 EUR an Vergütung erhält, zusätzlich zu einem Zuschusses für die gereiste Distanz und einem Zuschuss für die benötigte Zeit. Dies sind Provisionen, die absolut steuerfrei sind. Wir können unangemessene Kostenerstattungen kürzen und dann darüber sprechen, wie wir unsere Mittel für die Gesetzgebung erhöhen. Wenn wir das nicht parallel tun, zeugt das ganz einfach von der Missachtung der Schwierigkeiten, denen unsere Wähler gegenüberstehen. Wir haben die Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen, aber heute gehen wir mit schlechtem Beispiel voran.

**Daniel Hannan (ECR).** – Herr Präsident, ich freue mich, dass ich mit Herrn Portas und der kommunistischen Fraktion in dieser Angelegenheit einer Meinung bin. Überall in Europa, von Irland bis Lettland, haben die Regierungen mit der Finanzkrise und mit der Kreditklemme zu kämpfen und versuchen, ihre Kosten zu senken, während wir in diesem Haus – und nur in diesem Haus – unsere Ausgaben in relativen und absoluten Zahlen massiv erhöhen. Wir erhöhen die Vergünstigungen und die Budgets der Abgeordneten und des Personals.

Die Begründung, die dafür in diesem Bericht angeführt wird, ist interessant, denn der Grund, der genannt wird, weshalb wir all diese zusätzlichen Mittel brauchen, sind die zusätzlichen Befugnisse, die uns durch den Vertrag von Lissabon zukommen. Auf gewisse Weise stimmt das, aber ich denke nicht auf die Art und Weise, die die Verfasser im Sinn hatten. Was wir erleben, ist, dass sich die Bürokratie ausweitet, um den Bedürfnissen der Bürokratie nachzukommen. Vorrangig hat der Vertrag von Lissabon die Funktion, zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliches Einkommen für all die Zehntausenden von Personen zu schaffen, die für ihren Lebensunterhalt nun direkt oder indirekt von der Europäischen Union abhängig sind. Diejenigen, die wir in dieser Angelegenheit nicht konsultiert haben, sind unsere Wähler und ich würde mich sehr freuen, wenn unsere Wähler über solche Themen abstimmen könnten, um zu sehen, ob sie zustimmen, dass wir uns in einer Zeit, in der sie alle ihren Gürtel enger schnallen müssen, zusätzliche Ressourcen zuweisen.

**Bericht: Maria do Céu Patrão Neves (A7-0014/2010)**

**Viktor Uspaskich (ALDE).** – (LT) Ich begrüße den angenommenen Beschluss über neue Regelungen im Fischereisektor sehr. Fische können nicht, wie andere Tiere, auf ein bestimmtes Gebiet begrenzt werden, deshalb wäre eine Beurteilung, ob ein Land sich mehr darum kümmert als ein anderes, Thema endloser Diskussionen.



Wenn wir die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigen, die belegen, dass heutzutage viele Fischarten vom Aussterben bedroht sind, wird die Notwendigkeit eines gemeinsamen Beschlusses noch offensichtlicher, nicht nur auf europäischer, sondern auch auf internationaler Ebene. Deshalb wird dieser Schritt der Europäischen Union als gutes Beispiel für andere Drittländer begrüßt.

Ich hoffe, dass dieser Beschluss, der auch dafür verantwortlich ist, dass die gemeinsame Analyse gleichzeitig Unternehmen unterstützt, die im Fischereisektor arbeiten und Länder, unabhängig von ihrer Größe. Ich hoffe auch, dass dieser Beschluss dabei helfen wird, die aussterbenden Fischarten zu retten. Ich unterstütze dies voll und ganz.

**Diane Dodds (NI).** – Herr Präsident, es war mir keine Freude, heute gegen einen Bericht zu stimmen, der viele potenziell positive Aspekte für die Zukunft unserer Fischerei enthält.

Allerdings richtet die Gemeinsame Fischereipolitik in meinem Fischereiwesen weiterhin verheerende Schäden an.

Die Den-Haag-Präferenzen diskriminieren jährlich die Fischer von Nordirland, indem sie Quoten von deren Kontingent abziehen. Elf Jahre der zeitweiligen Schließung der Irischen See haben unsere Weißfischflotte von über 40 Trawlern auf sechs reduziert, und wir sprechen immer noch von Überkapazitäten.

Dann gibt es die Frage, ob Regelungen, die für die Fischerei in der Nordsee entwickelt wurden, auch in der Irischen See angewandt werden sollten: das ist zwar ein einheitlicher und gemeinsamer Ansatz, aber einer, der weit von der Realität vor Ort entfernt ist. Man nehme nur die Netzmessgeräte, auf die man sich zu lobenswerten Zwecken geeinigt hat, aber welche Europa dem Fischereiwesen auferlegt hat, mit dem großen Fehler, die Auswirkungen des Wechsels zu der neuen Methode nicht mitzuteilen.

Aus diesem Grund habe ich gegen den Bericht gestimmt, obwohl ich einige Aspekte befürworte.

**Laima Liucija Andrikiienė (PPE).** – (LT) Ich habe für die Entschließung zu dem Grünbuch über die Leitlinien für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik gestimmt. Ich hoffe, dass das Europäische Parlament mit der heutigen Abstimmung zumindest ein wenig zum Erhalt des Fischbestandes und einer gesunden Meeresumwelt beigetragen hat, und auch dazu, die Gemeinsame Fischereipolitik zu reformieren.

Wie wir im Europäischen Parlament wissen, sind 27 % der Fischarten vom Aussterben bedroht, und wenn die Fischerei nicht beschränkt wird, werden sie aussterben. Wir wissen auch, dass es möglich wäre, die Fischbestände um 86 % zu erhöhen, wenn Fisch nicht so radikal gefangen würde. Wir wissen, dass die Bestände von 18 % der Fischarten in schlechtem Zustand sind, und Wissenschaftler empfehlen, dass wir sofort aufhören sollten, diese Arten zu fangen.

Ich hoffe und bete, dass die Europäische Union genügend politischen Willen hat, die Reform nicht nur zu verfassen, sondern sie auch umzusetzen.

**Hannu Takkula (ALDE).** – (FI) Herr Präsident, ich möchte zu allererst sagen, dass ich für das Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik gestimmt habe, wie unser Schattenberichterstatter, Herr Carl Haglund, unserer Fraktion geraten hat.

Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass es sehr wichtig ist, der Fischerei in der Europäischen Union und dem Zustand der Gewässer mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Das ist momentan eine riesige Herausforderung. Ich mache mir insbesondere Gedanken, dass die Situation der Überfischung in der EU außer Kontrolle geraten ist – was in der Tat gleichbedeutend mit Diebstahl ist – und dass Quantität wichtiger ist als Qualität.

Wir sollten nun beginnen, ernsthafter darüber nachzudenken, wie wir die Fischbestände nachhaltig aufbauen können, und zudem sicherstellen, dass wir auch in Zukunft noch fischen können. Hier müssen hauptsächlich Wildlachs und Bestände von wildem Fisch im Mittelpunkt stehen. Wir müssen ein spezielles Programm zur Erholung der Bestände des Wildlachs erstellen.

Ich komme aus dem finnischen Lappland. Der Wildlachs muss in unsere Laichflüsse zurückkehren, und wir brauchen ein Programm um sicherzustellen, dass besonders die Bestände des Wildlachs erhalten und gestärkt werden und dass sie auch in Zukunft noch nachhaltig gefischt werden können.

**Daniel Hannan (ECR).** – Herr Präsident, seit elf Jahren protestiere ich in diesem Haus gegen die negativen Auswirkungen der Gemeinsamen Fischereipolitik auf mein Heimatland: Gemäß internationalem Recht

wurden 65 % des Fischbestands von Großbritannien in den Gewässern der Nordsee von der GFP abgedeckt, aber uns wurden nur 25 % nach Volumen oder 15 % nach Wert nach dem Quotensystem zugewiesen.

Diese Diskussion wird hypothetisch, da die Fische mittlerweile ausgestorben sind. Sogar seit Beginn meines Mandats hier im Parlament hat es eine katastrophalen Rückgang dessen gegeben, was eine erneuerbare Ressource hätte sein sollen. In anderen Ländern, die einen Weg gefunden haben, Anreize für das Übernehmen von Verantwortung zu schaffen und den Fischern einen Grund zu geben, Fischbestände als nachwachsenden Rohstoff anzusehen, hat man es geschafft, die Fischbestände zu erhalten: in Island, Norwegen, Neuseeland und auf den Falklandinseln. Aber in Europa hat sich die Tragödie der „Allgemeinheiten“ abgespielt, da gesagt wurde, dass Fischbestände eine allgemeine Ressource wären und dass alle Schiffe gleichberechtigt darauf zugreifen dürften.

Man kann einen Kapitän nicht überzeugen, mit seinem Schiff im Hafen zu bleiben, wenn er weiß, dass die Gewässer von jemand anderem geplündert werden. Wie schon gesagt, ist die Debatte nun quasi hypothetisch. Es ist vorbei. Unsere Boote sind auf Grund gelaufen. Unsere Fischereihäfen bringen nichts mehr ein. Unsere Ozeane sind leer.

### **Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung**

#### **Bericht: Adina-Ioana Vălean (A7-0016/2010)**

**Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich.** – (RO) Ich habe für diesen Bericht gestimmt, da er einige Verbesserungen am bestehenden System vornimmt, die die bessere Mitteilung von Informationen über Investitionsvorhaben in die Energieinfrastruktur der EU unterstützen werden. Die Notwendigkeit, das Meldesystem zu verbessern, rührt von der Veränderung der Energiesituation her, in einer Zeit, in der sich die gegenseitige Abhängigkeit der Staaten im Bereich Energie verstärkt hat und wir über einen Binnenmarkt verfügen. Deshalb ist es für uns notwendig, auch Instrumente auf EU-Ebene zu haben, die uns helfen, Entscheidungen im Energiesektor zu treffen.

Ich befürworte die Veränderung der Rechtsgrundlage, die von der Kommission vorgeschlagen wurde, damit sich die Verordnung auf Artikel 194 des Vertrags von Lissabon stützen kann. Ziel ist es, die Rolle der EU-Institutionen in der Energiepolitik zu stärken, besonders im Betrieb des Energiemarktes und in der Ressourcensicherheit, bei der Förderung der Energieeffizienz und bei der Entwicklung neuer Formen erneuerbarer Energien sowie bei der Unterstützung der Zusammenschaltung der Energienetze.

**Liam Aylward (ALDE), schriftlich.** – (GA) Ich habe für den Bericht über Investitionen in die Energieinfrastruktur gestimmt, der zum Ziel hat, die Energieversorgung und das Wettbewerbspotenzial sicherzustellen und den Kampf gegen den Klimawandel zu verstärken. Dieser Bericht verpflichtet die Regierungen der Europäischen Union dazu, der Kommission Informationen zu übermitteln in Bezug auf die Investitionen, die in die Energieinfrastruktur, in Modernisierungen oder in effiziente Energieerzeugung getätigt werden und welche die Wirksamkeit, Zusammenarbeit und Energieplanung in der Europäischen Union unterstützen. Der Kampf gegen den Klimawandel, die Sicherung der Energieversorgung und die Nutzung von erneuerbaren Energien: Das sind die absolut wichtigen Themen der Europäischen Union, und es müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um effiziente und zielgerichtete Investitionen zu unterstützen und zu gewährleisten, und es muss sichergestellt werden, dass diese Themen weiterhin im Mittelpunkt der Energiepolitik der Europäischen Union bleiben.

**Zigmantas Balčytis (S&D), schriftlich.** – Ich habe diesen Bericht unterstützt. Die Europäische Union hat auf Basis des Vertrags von Lissabon neue Befugnisse erhalten und muss sicherstellen, dass diese Befugnisse vollständig und effizient genutzt werden. Die Zuständigkeit der EU wird im Bereich der Energiepolitik gestärkt, und die Schaffung eines gemeinsamen Energiemarktes ist eine vorrangige Aufgabe der Europäischen Kommission. Allerdings kann die europäische Energiepolitik ohne angemessene und klare Informationen über die bestehende und geplante Energieinfrastruktur und über Vorhaben in der Europäischen Union nicht effizient gefördert werden.

Die neue Verordnung ist ein sehr wichtiger Rechtsakt in der Energiepolitik der EU, und ich hoffe sehr, dass sie in der Praxis funktionieren wird. Die europäische Energiepolitik kann ohne angemessene und klare Informationen über die bestehende und geplante Energieinfrastruktur in der Europäischen Union nicht effizient gefördert werden.

Wie wir wissen, haben sich viele Mitgliedstaaten unter der alten Verordnung nicht an die Meldepflicht gehalten, und das sollte bei der neuen Verordnung nicht der Fall sein. Die Europäische Kommission muss

als Hüterin der EU-Verträge sicherstellen, dass sich alle Mitgliedstaaten an die Vorschriften der Verordnung halten und rechtzeitig alle notwendigen Informationen über erwartete Entwicklungen in der Energieinfrastruktur einreichen.

**Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich. – (RO)** Eine kohärente europäische Energiepolitik ist ein absoluter Blindgänger, es sei denn die 27 Mitgliedstaaten stellen genaue und umfassende Berichte über die Energieinvestitionen zur Verfügung, die in jedem einzelnen Mitgliedstaat separat getätigt wurden. Allerdings ist es wichtig für die Exekutive der Europäischen Union, die Vertraulichkeit der Informationen, die von den nationalen Agenturen zur Verfügung gestellt werden, zu gewährleisten, da es sich um vertrauliche Informationen aus einem sehr wichtigen Markt handelt.

Die Energiesicherheit Europas ist ein sehr wichtiges Thema, aber die Kommission muss sich darüber bewusst sein, dass die von jedem einzelnen Staat separat erhaltenen Informationen nicht veröffentlicht werden können, insbesondere wenn es sich um Informationen rein geschäftlicher Natur handelt. Die Meldung von Energieinvestitionsvorhaben alle zwei Jahre wird es der Europäischen Kommission ermöglichen, eine regelmäßige Analyse vorzubereiten, um die nachfolgende Entwicklung des Energiesystems in der Europäischen Union festzulegen. Dies wird somit ermöglichen, rechtzeitig einzugreifen, wenn Engpässe oder Probleme auftreten.

Es muss ein Mechanismus gefunden werden, um den Meldebedingungen nachzukommen, die von der Europäischen Kommission gefordert werden, wenn die Vorschriften der vorherigen Verordnung über die Unterrichtung der Kommission über Investitionsvorhaben in die Energieinfrastruktur innerhalb der Europäischen Gemeinschaft nicht von allen Mitgliedstaaten eingehalten wurden.

**Antonio Cancian (PPE), schriftlich. – (IT)** Wir stimmen heute für diese Verordnung, die durch die verstärkten Befugnisse unterstützt wird, welche dem Parlament durch den Vertrag von Lissabon in Bezug auf die Festlegung der Energiepolitik übertragen werden. Es ist definitiv von Vorteil, interinstitutionelle Zusammenarbeit anzustreben, die darauf abzielt, den Beitrag der EU zur Gestaltung und Umsetzung der Energieinfrastruktur auf systematische, rationale und weitsichtige Weise zu planen: Ich denke an die möglichen Vorteile für die Planung der TEN-E und die Einleitung von Pilotprojekten für die CO<sub>2</sub>-Lagerung, welche die Zukunft der Energie darstellen. Allerdings könnten die Meldepflichten, die die Verordnung festlegt, dazu führen, dass die Politik zu sehr in die Wirtschaft eingreift und der Wettbewerb untergraben wird, dadurch dass Informationen über die Projekte verbreitet wurden. Deshalb ist es wichtig, sicherzustellen, dass die Daten, die gesammelt und verwaltet werden, vertraulich behandelt und die Aktivitäten der Unternehmen geschützt werden. Die Analyse dieser Daten wird ohne Zweifel dazu beitragen, sicherzustellen, dass die Investitionen bestmöglich genutzt werden. Allerdings muss die Analyse von konkreten finanziellen Maßnahmen begleitet werden, um diese Arbeit zu unterstützen und einen Anreiz für private Investitionen in diesem Sektor zu schaffen. Der Fonds Marguerite für Infrastruktur, Energie und Klimaschutz muss gestärkt werden. Die Initiative ist berechtigt und notwendig, aber dieser Fonds muss mit Ressourcen der EU angereichert werden, die bereits im Haushalt verfügbar und mit Finanzierungsformen verknüpft sind, die von der Europäische Investitionsbank und/oder anderen Finanzinstitutionen garantiert werden, damit er einen angemessenen Anteil des Eigenkapitals der einzelnen vorhandenen öffentlich-privaten Partnerschaften beinhalten kann.

**Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT)** Der Vertrag von Lissabon hat der Europäischen Union größere Befugnisse im Bereich der Energiepolitik übertragen.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine Energiepolitik zu gewährleisten, die effizienter, sicherer und günstiger für ihre Bürger ist. Es ist absolut wichtig, die nötige Stabilität herzustellen, um das Risiko einer weiteren Gaskrise zwischen der Ukraine und Russland zu reduzieren. Das würde die Versorgungssicherheit gewährleisten, wie sie von den Mitgliedstaaten der EU und den europäischen Verbrauchern erwartet wird.

Eine der wichtigsten Prioritäten der EU ist es, einen Energieraum zu schaffen. Das Klima- und Energiepaket zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken, während die Kohlendioxidemissionen stärkeren Beschränkungen unterliegen als je zuvor.

Diese Verordnung über Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Union wird dazu beitragen, den Markt transparenter und berechenbarer zu machen, unsere Unternehmen unterstützen und ein positives Umfeld für Wettbewerbsfähigkeit schaffen.

**David Casa (PPE), schriftlich. –** Um in der Lage zu sein, ihre Aufgaben in der europäischen Energiepolitik wirksam durchzuführen, muss die Europäische Kommission notwendigerweise über jegliche Entwicklungen

in dem relevanten Sektor gut informiert sein. Dies ist einer der Gründe, weswegen ich mich entschieden habe, für diesen Bericht zu stimmen.

**Edite Estrela (S&D), schriftlich.** – (PT) Ich habe für den Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft an die Kommission und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 736/96 gestimmt, da dies der Kommission ermöglichen wird, diese Infrastruktur zu überwachen und mögliche Probleme vorherzusehen, insbesondere Umweltprobleme. Deshalb ist es notwendig, hervorzuheben, wie wichtig die Bewertung der Umweltauswirkungen von Energieinfrastrukturvorhaben ist, damit deren Bau und Stilllegung auf nachhaltige Weise geschehen kann.

**Diogo Feio (PPE), schriftlich.** – (PT) In Anbetracht der Bedeutung einer integrierten Energiepolitik, nicht nur im Kampf gegen den Klimawandel und bei der Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, sondern auch bei der Sicherstellung von Effizienz und weniger Energieabhängigkeit in Europa, sind die Mitteilung und Übermittlung von Informationen über Investitions- und Energieinfrastrukturvorhaben absolut wichtig.

Es ist für die europäische Energiepolitik unbedingt erforderlich, dass die Kommission eine aktuelle Übersicht über die Trends der Energieinvestitionen in den Mitgliedstaaten hat, um in der Lage zu sein, integrierte Politiken zu entwickeln und somit größere Energieeffizienz und die Investition in sauberere Technologien zu fördern, wodurch sie zunehmende Energieunabhängigkeit angesichts externer Anbieter und fossiler Brennstoffe gewährleisten kann.

Vor diesem Hintergrund unterstütze ich den Vorschlag für eine Verordnung, insbesondere hinsichtlich ihrer notwendigen Umsetzung, die bei der Verordnung, die nun ersetzt werden soll, nicht stattgefunden hat.

**José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich.** – (PT) Dieser Vorschlag für eine Verordnung trägt zur Schaffung einer europäischen Energiepolitik bei, die auf Effizienz, Zuverlässigkeit und Sicherheit abzielt. Energieeffizienz ist eine politische Priorität der Europäischen Union, in Anbetracht der Notwendigkeit, die Ressourcen zu erhalten und zu maximieren sowie die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie im Kampf gegen den Klimawandel eingegangen ist.

Ich möchte Sie, bevor Sie zu neuen Projekten übergehen, daran erinnern, dass die Ambition der EU, das 20%-Ziel in der Energieeffizienz zu erreichen, berücksichtigt werden muss. Das heißt, dass Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur mit dem Ziel, bis 2020 mindestens 20 % der Energie aus nachhaltigen, erneuerbaren Energiequellen zu erhalten, kompatibel sein müssen. Die Energiepolitik, die befürwortet wird, muss niedrige Kohlendioxidemissionen gewährleisten und auf Solidarität und Nachhaltigkeit beruhen. Die Zuverlässigkeit des Systems ist wichtig, da es durchgängig funktionieren muss. Es muss die Verschlechterung der Versorgung im Energiesektor berücksichtigen, die innerhalb und außerhalb der EU zu beobachten ist. Es lohnt sich außerdem, entscheidende Investitionen in die Infrastruktur zu beachten, durch die Sicherheitsprobleme in Bezug auf die Energieversorgung vermieden werden.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL), schriftlich.** – (PT) Die Berichterstatterin ist der Ansicht, dass dies in der Tat ein wichtiges Puzzleteil in der europäischen Energiepolitik ist und argumentiert, dass wir ohne adäquate Informationen über unsere Energieinfrastruktur eine europäische Energiepolitik auf EU-Ebene nicht effizient fördern können. Über unsere grundlegende Uneinigkeit über die europäische Energiepolitik hinaus kann dieser Bericht jedoch auch in einen rechtlichen Kontext gesetzt werden oder in den Rahmen des Binnenmarktes.

Trotzdem werden hier auch einige positive Aspekte berücksichtigt, besonders bei der Feststellung, dass es notwendig ist, die Vertraulichkeit der Informationen zu gewährleisten und dass jegliche daraus entstehende Vorschläge neutral sind und nicht auf Marktinterventionen auf politischer Ebene hinauslaufen. Des Weiteren sollten die Meldebedingungen leicht zu erfüllen sein, um jeglichen unnötigen Verwaltungsaufwand für Unternehmen und die Verwaltungsapparate der Mitgliedstaaten oder der Kommission zu vermeiden.

Deshalb haben wir uns endgültig zur Stimmenthaltung entschlossen.

**Françoise Grossetête (PPE), schriftlich.** – (FR) Ich habe zugunsten des Vălean-Berichts über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft an die Kommission gestimmt.

In der Tat ist es entscheidend, einen genügend detaillierten Überblick zu haben, um ein besseres Gleichgewicht zwischen der Versorgung und der Nachfrage von Energie auf europäischer Ebene zu schaffen und über die

klügsten Investitionen in Bezug auf die Infrastruktur zu entscheiden. Dies wird auch ermöglichen, die Transparenz auf den Märkten zu erhöhen (wobei die Unternehmensdaten geschützt werden) und die Energieabhängigkeit von einer bestimmten Energiequelle oder einem Versorgungsort zu vermeiden.

**Ian Hudgton (Verts/ALE), schriftlich.** – Trotz der Enttäuschung von Kopenhagen kann die EU nicht zulassen, dass durch mangelnde internationale Übereinstimmung unsere eigenen Bemühungen, eine nachhaltige Energiepolitik zu schaffen, verlangsamt werden. Die Regierung Schottlands ist weiterhin Vorreiter auf dem Gebiet erneuerbarer Energien, und auch die EU spielt eine wichtige Rolle beim Vorantreiben der Agenda. Die effiziente Förderung unserer Energiepolitik erfordert adäquate Information über die Infrastruktur, und deshalb habe ich heute in diesem Sinne abgestimmt.

**Alan Kelly (S&D), schriftlich.** – Die Notwendigkeit einer umfassenden Sammlung von Daten über Investitionen in die Energieinfrastruktur innerhalb der EU liegt auf der Hand – ein Überblick der hauptsächlichen Trends in der Industrie wird benötigt, um eine korrekte Vorausplanung zu ermöglichen und auf mögliche Schwierigkeiten hinzuweisen. Die Energieinfrastruktur wird das Fundament unseres zukünftigen Wirtschaftswachstums sein. Wenn Europa in dieser Hinsicht zusammenarbeiten kann, sollte dies unterstützt werden.

**Erminia Mazzoni (PPE), schriftlich.** – (IT) Der Vorschlag verdeutlicht die Auswirkungen der Gasversorgungs-Notlage, die im Januar 2009 aufgetreten ist, als die Kommission feststellte, dass die Energieinfrastruktur der Europäischen Union ihrem Zweck nicht gerecht wird. Das Ziel der Europäischen Kommission, welches vom Parlament uneingeschränkt unterstützt wird, war es, ein kontinuierlich aktualisiertes Bild des Energieinfrastruktursystems zu erhalten. Heute besteht große Unsicherheit darüber, ob die Investitionsvorhaben durchgeführt werden, und dies wurde durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch weiter verschlimmert. Ich denke, dass ein Eingreifen notwendig ist und dass der Mangel an einheitlichen Daten und Informationen über Investitionsvorhaben behoben werden sollte. Ohne diese Daten ist es unmöglich, die erwartete Entwicklung der Infrastruktur in der Europäischen Union zu analysieren und eine ausreichende Überwachung einzuführen, hinsichtlich eines sektorübergreifenden Ansatzes. Darüber hinaus wird die Verordnung (EG) Nr. 736/96, die der besagte Vorschlag aufhebt, nicht länger einheitlich angewandt und ist nicht mit den jüngsten Entwicklungen im Energiesektor vereinbar. Mit diesem Vorschlag haben wir deshalb das bestehende System gestärkt, indem wir die Vergleichbarkeit der Informationen wesentlich verbessert haben, während wir gleichzeitig den damit verbundenen Verwaltungsaufwand gesenkt haben. Zuletzt möchte ich noch betonen, dass ich gegen Änderungsantrag Nummer 81 gestimmt habe (durch den die gesamte nukleare Energiekette in die Infrastruktur, die von der Verordnung abgedeckt wird, mit einbezogen werden sollte), da im Euratom-Vertrag bereits Vorschriften bestehen, die diese Angelegenheiten regeln.

**Nuno Melo (PPE), schriftlich.** – (PT) Eine Energiepolitik der EU ist durchaus angebracht, wenn wir in naher Zukunft hauptsächlich erneuerbare Energien nutzen wollen. Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon werden Entscheidungen über Fragen in der Energiepolitik im Mitentscheidungsverfahren getroffen. Aufgrund des neuen rechtlichen Systems innerhalb der EU ist es deshalb nötig, die Verordnungen anzugleichen. Aus diesem Grund, und damit alle Mitgliedstaaten in der Lage sind, geplante Entwicklungen der Energieinfrastruktur auf ausreichende und nützliche Weise zu übermitteln, muss eine neue Verordnung umgesetzt werden, um dies zu erleichtern und zu beschleunigen.

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – Dem ganzen Vorhaben mag zwar ein guter Gedanke – nämlich auf Versorgungsengpässe reagieren zu können – zugrunde liegen, doch sind die Mitgliedstaaten schon nach der alten Verordnung nicht ihrer Meldepflicht nachgekommen. Der vorliegende Entwurf scheint nicht geeignet, hier große Änderungen zu bringen. In der vorliegenden Form können jedoch Marktinterventionen und auch überflüssiger Verwaltungsaufwand für die Unternehmen nicht ausgeschlossen werden. Aus diesen Gründen, und um dem Bürokratismus nicht Vorschub zu leisten, habe ich gegen den Bericht gestimmt.

**Franz Obermayr (NI), schriftlich.** – Das Ziel dieses Entschließungsantrags ist, dass die Mitgliedstaaten genaue Informationen über ihre Vorhaben im Bereich der Energieinfrastruktur abgeben müssen. Sobald ein Vorhaben im Energiebereich gestartet oder eingestellt werden soll, muss dies der Kommission mitgeteilt werden, damit diese die Möglichkeit bekommt, neue oder geänderte Projektvorschläge zu erstellen und somit einen erheblichen Einfluss auf die Energiediversität der einzelnen Mitgliedstaaten erlangt. Dies stellt einen weiteren Schritt in Richtung Zentralisierung dar. Ich habe daher gegen den Entschließungsantrag gestimmt.

**Rovana Plumb (S&D), schriftlich.** – (RO) Der Zweck dieses Verordnungsvorschlags ist es, sicherzustellen, dass der Kommission regelmäßig präzise Informationen über europäische Investitionsvorhaben für

Energieinfrastruktur übermittelt werden, um ihr die Erfüllung ihrer Pflichten zu ermöglichen, insbesondere derer, die mit ihrem Beitrag zur europäischen Energiepolitik verbunden sind.

Die aufgehobene Verordnung gilt als veraltet, da sie die Hauptveränderungen, die seit 1996 im Energiesektor stattgefunden haben, nicht berücksichtigt (die Erweiterung der Europäischen Union und die Aspekte in Bezug auf die Energieversorgungssicherheit, erneuerbare Energiequellen, die Politik im Zusammenhang mit dem Klimawandel und die neue Rolle der EU im Energiesektor nach dem Vertrag von Lissabon). Ich habe für diesen Bericht gestimmt, da die europäische Gesetzgebung in jedem Bereich aktualisiert werden sollte, insbesondere im Energiebereich.

**Teresa Riera Madurell (S&D), schriftlich.** – (ES) Diese Verordnung ist sehr wichtig, denn sie zielt darauf ab, sicherzustellen, dass die Kommission genau und regelmäßig über Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur informiert wird, auf nationaler und grenzübergreifender Ebene, damit die Union gewährleisten kann, dass der Binnenmarkt reibungslos funktioniert und dass alle Mitgliedstaaten über eine sichere Energieversorgung verfügen. Sie soll nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Verordnung von 1996 zu den Verpflichtungen der Union in Bezug auf die Versorgungssicherheit, den Klimawandel und erneuerbare Energien aktualisieren. Dieser Bericht ist von besonderem Interesse, denn er verstärkt die Rolle der Verordnung als Frühwarnsystem für Mängel an den Verbindungsleitungen. Der parlamentarische Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie hat immer die Notwendigkeit betont, eine Verbindung von 10 % zwischen den Mitgliedstaaten zu erreichen, wie auch vom Europäischen Rat festgelegt wurde. Jede Vorschrift, die in dieser Hinsicht auf Mängel hinweist, ist sehr positiv. Deshalb habe ich für diesen Bericht gestimmt.

**Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich.** – Ich habe für die endgültige Entschließung gestimmt, hauptsächlich, da wir während der Abstimmung das Mitentscheidungsverfahren erreicht haben. Das ist ein enormer Sieg, da wir nun zum ersten Mal über die Rechtsgrundlage des AEUV (Vertrag von Lissabon) im Bereich Energie verfügen, um ein Mitentscheidungsverfahren gegen den Willen der Kommission zu erreichen. Ein historisch noch wichtigeres Ereignis ist allerdings, dass wir uns zum ersten Mal, seitdem ich in diesem Haus arbeite, von dem EURATOM-Vertrag als Rechtsgrundlage lösen konnten, obwohl diese Verordnung auch die Transparenz für Investitionen im Nuklearbereich abdeckt. Dies wurde durch die positive Abstimmung über den Änderungsantrag Nummer 30 bestätigt, der unter dieser Verordnung Kernbrennstoffe als Primärenergieträger auflistet. Natürlich müssen wir nun darum kämpfen, diesen Sieg in den kommenden dreiseitigen Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission zu erhalten. Die Mitgliedstaaten müssen mindestens fünf Jahre vor Baubeginn die Höhe und Art der Investitionen in Energievorhaben mitteilen. Dies ist ein wirklich weiser Schritt in Richtung verbesserter zukünftiger Energieszenarien, da die Kommission einen besseren Überblick über die Entwicklung des Energiemarktes erhalten wird; erneuerbare Energien, sowie dezentrale Energiequellen müssen vollständig berücksichtigt werden; jede einzelne Erwähnung eines „geringen Kohlenstoffgehalts“, dem pronuklearen trojanischen Pferd, wurde entfernt.

**Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), schriftlich.** – (FR) Ich habe gegen den Bericht von Frau Vălean gestimmt, denn er fordert die Liberalisierung des Energiesektors und eine liberale europäische Energiepolitik und wir alle wissen, welche tragischen Auswirkungen das für die Arbeitnehmer in diesem Sektor und für immer mehr unserer Bürger haben würde, die sogar von regelmäßigen Stromausfällen betroffen sein könnten.

Dieser Bericht legt die Vorrangstellung des Marktes und die Neutralität öffentlicher Interventionen fest und priorisiert „wirtschaftliche Akteure“. Wir können uns sicher sein, wessen Interessen sie dienen. Wir müssen um den Erhalt der bestehenden Infrastruktur fürchten, wenn ein Änderungsantrag eine Garantie fordert, dass prioritäre Investitionen nur im Interesse des Energiemarktes getätigt werden.

Es reicht nicht aus, einfach das Wort „Solidarität“ durch einen Änderungsantrag hinzuzufügen, um diese europäische Energiepolitik akzeptabler zu machen, wenn darüber hinaus genau derselbe Änderungsantrag der EU untersagt, in den Markt einzugreifen. Das gibt dem Ausdruck „fairer Wettbewerb“ eine ganz neue Bedeutung.

Allgemein gesprochen sollte das Ziel nicht darin liegen, sich darauf zu konzentrieren, eine immer weiter ansteigende Nachfrage nach Energie zu decken. Es sollte vielmehr darin liegen, zusätzliche Mittel für neue Investitionen in die Infrastruktur zu nutzen, um die Energieeffizienz zu verbessern.

Trotz der momentanen Wirtschaftskrise stärken neoliberale Dogmen weiterhin viele Politikbereiche der EU.

**Entschließungsantrag RC-B7-0116/2010**

**Zigmantas Balčytis (S&D), schriftlich.** – (LT) Ich unterstütze diese Entschließung und befürworte die darin enthaltenen Ausführungen voll und ganz. Ich freue mich, dass die Präsidentschaftswahlen, die stattgefunden haben, die wesentlichen Fortschritte der Ukraine gezeigt haben und besser verlaufen sind, als die vorherigen Wahlen, insbesondere hinsichtlich der Wahrung der bürgerlichen und politischen Rechte, einschließlich der Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit. Die Einhaltung von internationalen Wahlstandards zeigt, dass die Ukraine den Weg hin zu einer reifen Demokratie und einer engeren Zusammenarbeit mit der EU eingeschlagen hat, auf der Basis der gegenseitigen Achtung der Grundwerte der EU. Wir müssen die Ukraine ermutigen, aktiv an der Östlichen Partnerschaft teilzunehmen und ihre Bemühungen unterstützen, mehr Demokratie und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sicherzustellen, sowie ihre Verpflichtungen, die Marktwirtschaft, nachhaltige Entwicklung und verantwortungsvolles Handeln zu gewährleisten.

**Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich.** – (LT) Ich gehöre zu den Personen, die diese Entschließung ausgearbeitet haben, und deshalb habe ich für die Ziele gestimmt, die in ihr festgelegt werden. Nach den Präsidentschaftswahlen muss die Ukraine näher an die Europäische Union heranrücken. Ich freue mich, dass die Ukraine entschlossen den Weg zur Demokratie eingeschlagen hat und erkennt, dass sie einen berechtigten Platz in der Gemeinschaft der demokratischen Länder Europas hat. Die Tür zu Europa sollte der Ukraine offen stehen.

Transparente Wahlen sind ein wichtiger Schritt bei der Stärkung der Prinzipien des demokratischen Staates. Obwohl Wahlbeobachter erklärt haben, dass die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine die hohen Qualitätsanforderungen und demokratischen Prinzipien erfüllt haben, sollten die Institutionen der ukrainischen Regierung trotzdem eine klare Wahlordnung annehmen. Meinungsfreiheit und Medienpluralismus müssen in der Ukraine für alle Bürger und alle Kandidaten, die zur Wahl stehen, sichergestellt werden.

Es ist sehr wichtig für die Ukraine, an der Östlichen Partnerschaft und an der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST teilzunehmen, die mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeitet. Die Ukraine ist heute ein europäisches Land, welches das Recht hat, Entscheidungen in Bezug auf Europa zu treffen. Die Europäische Union muss intensiv mit der Ukraine zusammenarbeiten, um den Demokratisierungsprozess zu stärken und sie in die Union zu integrieren.

**Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich.** – (RO) Der vor Kurzem gewählte Präsident der Ukraine sendet ein wichtiges Signal aus, indem er Brüssel zum Ziel seiner ersten Auslandsreise auserkoren hat. Die Ukraine hat europäische Bestrebungen und die Tatsache, dass Präsident Janukowitsch in die Hauptstadt der EU kommt, um sich mit den führenden Mitgliedern der Kommission zu treffen, zeigt, dass sich Kiew am Westen orientiert.

Der neue Präsident der Ukraine steht großen Herausforderungen gegenüber, in einer Zeit, in der der Internationale Währungsfonds die Bereitschaftskreditvereinbarung, die mit Kiew unterzeichnet wurde, aufgrund von zahlreichen nichterfüllten und verletzten Verpflichtungen ausgesetzt hat. Es ist wichtig, dass Präsident Viktor Janukowitsch die Versprechen nicht vergisst, die er am Tag seines Amtsantritts gegeben hat. Die Ukraine braucht, wie das neue Staatsoberhaupt in Kiew betont hat, innere Stabilität und muss Korruption bekämpfen sowie die Wirtschaft auf soliden Grundlagen konsolidieren. Die Ukraine muss das Vertrauen der Wirtschaft und der internationalen Gemeinschaft zurückgewinnen, um in der Lage zu sein, die wirtschaftliche Rezession erfolgreich zu überwinden, die durch ein instabiles politisches Klima noch verschärft wurde.

Der Abschluss des Wahlkampfes und der Amtsantritt von Präsident Janukowitsch muss das Ende populistischer Praktiken signalisieren, wie die künstliche Erhöhung des Einkommens der Bevölkerung auf einer wirtschaftlich unhaltbaren Basis. Präsident Janukowitschs Antrittsrede lässt die internationale Gemeinschaft hoffen, dass sich die Lage in der Ukraine normalisiert. Jetzt müssen diesen Worten in der kommenden Zeit auch Taten folgen.

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL), schriftlich.** – (EL) Ich habe mich der Stimme enthalten, da ich der Ansicht bin, dass die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und anderen Ländern von Gleichheit, für beide Seiten nützlichem Handel und wirtschaftlichen Beziehungen, von Nichteinmischung in die interne Entwicklungspolitik und in die Demokratisierungsprozesse jedes einzelnen Landes und natürlich von der Achtung des Willens des Volkes geprägt sein sollten. Die Schaffung eines friedlichen Europas setzt vor allem voraus, dass jedes Land die Möglichkeit hat, seine internationalen Beziehungen ohne Zwänge und Druck zu

gestalten. Da Energiesicherheit ein entscheidender Faktor für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist, spielt die Ukraine eine wichtige Rolle. Aus diesem Grund sollte sie ermuntert werden, ihre Energieprobleme zu lösen, indem sie die Beziehungen zu Russland mittels bilateraler Abkommen verbessert. Das wäre für beide Seiten von Vorteil und würde den stetigen Fluss von Erdgas nach Europa gewährleisten.

**Robert Dušek (S&D), schriftlich.** – (CS) Ich begrüße die Kompromissentschließung zur Lage in der Ukraine, die sich nicht nur mit der Frage beschäftigt, wie demokratisch die letzten Wahlen verlaufen sind, sondern auch Lösungen für das Problem der Transitversorgung mit Öl und Erdgas vorschlägt und die Ukraine auffordert, den Vertrag zur Gründung der Energiegemeinschaft anzunehmen sowie Rechtsvorschriften im Energiebereich, die mit der Richtlinie 2003/55/EG im Einklang stehen. Ich stimme zu, dass eine aktive und positive Annäherung an die EU von Seiten der Ukraine nicht das einzige Bewertungskriterium ist. Die Ukraine muss vorrangig auch gute Beziehungen zu ihren Nachbarländern haben, den Ländern der Östlichen Partnerschaft und EURO-NEST. Ich unterstütze die Vorschläge, wie auch die anderen Vorschriften, die diese Kompromissentschließung insgesamt enthält, und werde für deren Annahme stimmen.

**Edite Estrela (S&D), schriftlich.** – (PT) Ich habe für den gemeinsamen Entschließungsantrag gestimmt, welcher die Bedeutung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine hervorhebt. Die politische und wirtschaftliche Stabilisierung dieses Landes und die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU im Energiebereich sind Voraussetzungen für die Anerkennung der europäischen Bestrebungen der Ukraine. Die Stabilität der EU hängt auch von der Stabilität ihrer Nachbarn ab.

**Diogo Feio (PPE), schriftlich.** – (PT) Ich erinnere mich an die Hoffnung, die mit der „oranzen Revolution“ aufkam, welche für das ukrainische Volk zum Bruch mit der sowjetisch beeinflussten Vergangenheit führte. Ich erinnere mich an die Versprechen von Erfolg, Fortschritt, Demokratie und Zusammenarbeit, die damals den Ukrainern gemacht wurden, in der Ukraine und im Ausland. Zu der Zeit schien die Europäische Union das voraussichtliche Ziel eines Volkes zu sein, das sich eindeutig dem Westen zuwandte.

Jetzt ist die Euphorie vorbei und heute scheint es klar zu sein, dass die Protagonisten der „oranzen Revolution“ der Herausforderung nicht gewachsen waren. Auch die Ernüchterung der Menschen über die Art und Weise, wie das Land geführt wird, liegt auf der Hand.

Die Wahl des Kandidaten, der Herrn Juschtschenko im Dezember 2004 unterlegen war, zeigt entweder eine tiefe Spaltung innerhalb des Landes oder dass sich die Stimmungslage der Bevölkerung geändert hat und das Volk nun dem russischen Einfluss wohlwollender gegenübersteht.

Ich halte es für wichtig, dass sich die Europäische Union ihre Fähigkeit erhält, für die Ukraine attraktiv zu sein, und sie sollte die verschiedenen, ihr zur Verfügung stehenden Mittel dazu nutzen. Ich hoffe, dass die Ukraine an ihrer internen Demokratisierung festhalten und sie weiter fortsetzen wird, und dass sie sich hinsichtlich ihrer Vergangenheit und ihrer Geschichte an die EU annähern wird. Dies ist ein Prozess, der mit ihrem Beitritt zur EU abgeschlossen werden wird.

**José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich.** – (PT) Seit dem Zerfall des Ostblocks und der Union der Sowjetrepubliken haben sich das ukrainische Volk und die ukrainischen Institutionen stark für die Demokratisierung ihres Landes eingesetzt sowie für die Schaffung einer modernen Gesellschaft durch die Entwicklung eines sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systems, das die Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte konsolidieren kann, trotz der Schwierigkeiten, die normalerweise in einem Staat auftreten, der seinen strukturellen Aufbau und seine politische Identität erneuert.

Als Bezugsbereich und Raum, in dem Frieden sowie die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Bürger gefördert wird, hat die Europäische Union die Pflicht, eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung eines demokratischen Systems in der Ukraine zu spielen. Diese beinhaltet auch die Stärkung der Mechanismen für die europäische Integration. Das wird auch dazu beitragen, regionale Konflikte innerhalb dieses Landes zu entspannen, das von großer geostrategischer Bedeutung für die EU ist, hinsichtlich der Beziehungen zu Russland und zu Zentralasien, insbesondere im Bereich Energie. Dabei möchte ich auch den Beitrag betonen, den dieser Entschließungsantrag zur Integration einer großen Gruppe ukrainischer Einwanderer in die EU geleistet hat, neben der Förderung der Rolle junger Leute und der Bildung hinsichtlich des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts in der Ukraine.

**Cătălin Sorin Ivan (S&D), schriftlich.** – (RO) Bezogen auf die heutige Abstimmung über die Entschließung zur Lage in der Ukraine haben wir nicht nur begrüßt, dass die Präsidentschaftswahlen gemäß demokratischer Prinzipien durchgeführt wurden, sondern auch die Amtsübernahme des neuen Präsidenten befürwortet,



von dem wir erwarten, dass er eine Politik der Offenheit und der Zusammenarbeit gegenüber der EU verfolgt. Wir haben die Bedeutung der Unterzeichnung von zusätzlichen Abkommen im Energiebereich hervorgehoben, wodurch die Sicherheit der Energieversorgung gewährleistet wird. Mit dieser Abstimmung haben wir auch befürwortet, dass es notwendig ist, die Diskussionen fortzuführen, in der Absicht ein günstiges System zur Visaerteilung einzurichten. Die Ukraine wurde durch die heute übermittelte Botschaft eingeladen, weiter mit uns zusammenzuarbeiten, damit sie sich definitiv für den Fortschritt auf dem Weg der Demokratie engagiert. Wir haben mit dieser Abstimmung erneut bestätigt, was wir bereits bei anderen Gelegenheiten gesagt haben, nämlich dass wir eine offene Herangehensweise durch Dialog und feste Zusagen zeigen müssen, um die Ukraine ausreichend zu ermutigen, sich für eine proeuropäische Entwicklung zu entscheiden. Allerdings muss die Ukraine zeigen, dass sie ein zuverlässiger Partner für uns ist.

**Tunne Kelam (PPE), schriftlich.** – Ich habe Änderungsantrag Nummer 2 unterstützt, der im Namen der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten zu dem gemeinsamen Entschließungsantrag zur Lage in der Ukraine vorgelegt wurde und Bedenken darüber zum Ausdruck bringt, dass das Nord Stream Pipeline-Projekt das Prinzip der Solidarität in der europäischen Energiesicherheit untergräbt und gebaut wird, um die Ukraine zu umgehen. Obwohl dies nicht von direkter Relevanz für die Lage in der Ukraine ist, teile ich die Meinung uneingeschränkt, dass das Nord Stream-Projekt von der russischen Regierung hauptsächlich als politisches Projekt gestaltet wurde, mit dem Ziel, Europa zu spalten und nicht nur die Ukraine, sondern auch einige neue EU-Mitgliedstaaten zu isolieren. Dieser Änderungsantrag ist eine Erinnerung daran, dass die Debatte über Nord Stream noch nicht zu Ende ist, sondern weiter fortgeführt wird. Die EU, die sich mit der Einführung eines Grundsatzes der Energiesolidarität auf dem Weg zu einem gemeinsamen Energiemarkt befindet, kann sich nicht auf eine langfristige Zusammenarbeit mit einem politisch orientierten, staatseigenen Monopol verlassen, welches wirtschaftlich bereits gescheitert ist und den gegen die grundlegenden europäischen Prinzipien des freien Wettbewerbs, der Transparenz und der Trennung von Produktion, Transport und Vertrieb verstößt.

**Iosif Matula (PPE), schriftlich.** – (RO) Ich habe für den Entschließungsentwurf von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) gestimmt, denn ich glaube, dass die EU der Ukraine dabei behilflich sein muss, demokratische Reformen umzusetzen, europäische Werte einzuführen und die Menschenrechte und die Rechte von Personen, die nationalen Minderheiten angehören, zu gewährleisten.

Der neue Präsident der Ukraine hat die Wahlen mit einem Programm gewonnen, das die Rechte der Minderheiten gewährleistet. Die EU muss die wirksame und langfristige Umsetzung dieses Programms unterstützen. In diesem Sinne muss das Gesetz zur Umsetzung der Europäischen Charta der regionalen- und Minderheitensprachen angenommen und angewandt werden. Vorherige Maßnahmen, welche die Befähigung von Schulen, in den Muttersprachen der Minderheiten zu unterrichten, drastisch beschränkt haben, müssen aufgehoben werden. Die Vertretung von Minderheiten in lokalen, regionalen und zentralen Institutionen sowie in denen der Kreise muss in der Ukraine verbessert werden. Die Achtung aller Minderheitenrechte gemäß europäischer Standards muss gewährleistet werden, einschließlich derer der Russen, Polen, Tataren, Bulgaren, Griechen, Rumänen, Ungarn, Juden und Roma. Keine Minderheit darf ausgelassen werden.

Ich möchte auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, das kulturelle und historische Erbe der Region Czernowitz zu bewahren und wieder herzustellen, welches Teil des Kulturerbes der Juden, Deutsch-Österreicher, Polen, Rumänen, Russen und Ukrainer ist. Ich glaube, dass die Erhaltung dieses wertvollen europäischen multikulturellen und überkonfessionellen Erbes, das Friedhöfe, Denkmäler, Gebäude und Kirchen in der nördlichen Bukowina umfasst, ein prioritäres Ziel für die Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine sein muss.

**Nuno Melo (PPE), schriftlich.** – (PT) Unter Berücksichtigung der Aussagen der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachtermission, welche der Auffassung war, dass die meisten internationalen Standards erfüllt wurden, sind die Wahlen, die vor Kurzem in der Ukraine stattgefunden haben, ein Zeichen dafür, dass sich dieses Land weiterhin positiv entwickelt, indem es sich einer zukünftigen Integration in die EU annähert. Allerdings ist es entscheidend, dass die ukrainischen Politiker und Behörden sich dafür engagieren, dass bald politische und wirtschaftliche Stabilität herrscht. Damit dies erreicht werden kann, müssen die notwendigen Verfassungsreformen umgesetzt werden, wobei die Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit, die Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft, erneute Anstrengungen im Kampf gegen die Korruption und die Verbesserung des Klimas für Unternehmen und Investitionen benötigt werden.

**Andreas Mölzer (NI), schriftlich.** – Der Entschließungsantrag zur Lage in der Ukraine geht sehr gut auf die aktuelle Lage im Land und die Situation rund um die Präsidentschaftswahlen ein. Er mahnt bei den ukrainischen Politikern und Staatsorganen auch die Notwendigkeit einer politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung

an, die insbesondere durch eine Verfassungsreform, die Konsolidierung der Rechtsstaatlichkeit, die Durchsetzung einer sozialen Marktwirtschaft und erneute Anstrengungen zur Bekämpfung der Korruption und der Verbesserung des Wirtschafts- und Investitionsklimas erreicht werden kann. Dennoch gehen mir die Überlegungen im Hinblick auf die rasche Einbeziehung in die Freihandelszone bzw. den gemeinsamen Binnenmarkt der EU zu weit. Die Ukraine muss ihre eigene Volkswirtschaft kontinuierlich aufbauen und stärken und auf die eigenen Bedürfnisse abstimmen. Bei aller europäischen Ausrichtung der Ukraine darf man auch die historische Verwurzelung des Landes in der russischen Interessensphäre nicht vergessen oder verdrängen und muss darauf Rücksicht nehmen. Aus den dargelegten Gründen habe ich mich daher bei der Abstimmung über den vorgelegten Entschließungsantrag der Stimme enthalten.

**Franz Obermayr (NI), schriftlich.** – Der Text enthält einige gute Ansätze, wie zum Beispiel die Verurteilung des kommunistischen Regimes. Auf der anderen Seite halte ich weitgehende VISA-Liberalisierungen, sowie eine rasche Einbindung der Ukraine in den gemeinsamen Markt nicht für sinnvoll. Ich habe mich daher der Stimmabgabe enthalten.

**Kristiina Ojuland (ALDE), schriftlich.** – (ET) Herr Präsident, ich habe die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage in der Ukraine unterstützt. Unter anderem bin ich der Ansicht, dass wir die Entscheidung des gewählten Präsidenten Janukowitsch, auf seiner ersten Auslandsreise nach Brüssel zu kommen, sehr ernst nehmen sollten. Dies ist ein klares Signal dafür, dass die Ukraine ihre Integration in die Europäische Union fortsetzt. Ich halte es für wichtig, dass die Europäische Union die Ukraine in der aktuellen Situation unterstützt, indem ein Assoziierungsabkommen geschlossen und Visafreiheit garantiert wird, vorausgesetzt, dass die Ukraine ihre Ziele erfüllt. Die Tür zur Europäischen Union muss der Ukraine offen stehen.

**Wojciech Michał Olejniczak (S&D), schriftlich.** – (PL) Ich begrüße die Tatsache, dass die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine gemäß demokratischer Standards abgehalten wurden. Zu Beginn des Jahres 2010 hat die ukrainische Demokratie bewiesen, dass sie am Leben ist. Die hohe Wahlbeteiligung ist besonders beachtenswert. Heute ist das Ergebnis der ukrainischen Wahl selbst nicht der Grund für Vorbehalte, die dazu führen könnten, dass sie vor Gericht angefochten wird.

Allerdings darf sich die Europäische Union nicht auf Beifallsbekundungen über die Art und Weise, wie die Wahlen durchgeführt wurden, beschränken. Es ist notwendig, der Ukraine schrittweise eine europäische Perspektive zu bieten. Der erste Schritt sollte die Teilnahme an der Östlichen Partnerschaft sein und der letzte die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Die Europäische Union muss ihre Politik der offenen Tür gegenüber der Ukraine beibehalten. Über das Maß der Integration in verschiedenen Gemeinschaften muss die Ukraine selbst entscheiden – dies sollte von einer souveränen Entscheidung der ukrainischen Gesellschaft abhängen.

Eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland liegt im wesentlichen Interesse der Europäischen Union. Schließlich betreffen die Auswirkungen der bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland auch die Mitgliedstaaten der EU. Ich befürworte die Ankündigung über eine Verbesserung dieser Beziehungen.

**Justas Vincas Paleckis (S&D), schriftlich.** – (LT) Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine haben internationalen Wahlstandards entsprochen. Das Land hat Schritte in die Richtung der europäischen Demokratie unternommen. Dies beweist, dass sich die Ukraine zunehmend als Teil der Gemeinschaft der demokratischen Staaten Europas sieht.

Lassen Sie uns hoffen, dass der neue Präsident der Ukraine ein zuverlässiger Partner sein wird, mit dem wir zusammenarbeiten können, um die Stabilität und die wirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa zusammen mit den anderen benachbarten Staaten zu stärken. Einer der wichtigsten praktischen Schritte in den Beziehungen der EU zur Ukraine ist die Visae erleichterung, deren endgültiges Ziel die Abschaffung von Visa für Bürger der Ukraine ist, die in die EU reisen.

Ich habe für diese Entschließung gestimmt, denn sie berücksichtigt die positiven Veränderungen in einem so wichtigen Nachbarstaat der EU, obwohl weiterhin viele Komplikationen und Spannungen zwischen verschiedenen Regierungsinstitutionen in diesem Land bestehen.

**Jarosław Leszek Wałęsa (PPE), schriftlich.** – (PL) Während dieser Plenarsitzung haben wir über die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Lage in der Ukraine abgestimmt. Ich habe diese Entschließung befürwortet, denn sie ist eine sehr wichtige Erklärung unserer Institution, die zeigt, dass wir die Entwicklung der Demokratie in der Ukraine aufmerksam verfolgen. Die Entschließung gibt eine allgemein gute Bewertung des Verlaufs der Präsidentschaftswahlen ab und ruft zu Bemühungen auf, um die politische und wirtschaftliche

Stabilität des Landes sicherzustellen. Entscheidend ist, die Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU zu stärken, besonders im Bereich Energie. Aus meiner Sichtweise gibt es zwei strittige Änderungsanträge. Der erste bezieht sich auf Minderheitensprachen. Ich habe gegen diesen Änderungsantrag gestimmt, denn er erweitert die Möglichkeit, Russisch zu sprechen anstatt Ukrainisch. Der zweite Änderungsantrag war derjenige über die Nord Stream Pipeline. In diesem Fall habe ich für den Änderungsantrag gestimmt, denn ich wollte meinen Widerstand gegen den Bau dieser Pipeline zum Ausdruck bringen.

#### **Entschließungsantrag RC-B7-0123/2010**

**Elena Oana Antonescu (PPE)**, *schriftlich*. – (RO) Die Europäische Union hat sich für die Einrichtung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UNHCR) eingesetzt und hat sich, zusammen mit Mitgliedstaaten, verpflichtet, eine aktive, sehr öffentliche Rolle zu spielen, um eine wirkungsvolle Einrichtung zu unterstützen, die sich mit den aktuellen Herausforderungen auseinandersetzt, denen die Menschenrechte gegenüberstehen. Die neue institutionelle Struktur, die nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon geschaffen wurde, bietet die Möglichkeit, die Kohärenz, das Profil und die Glaubwürdigkeit der Tätigkeiten der EU als Mitglied des UNHCR zu verbessern. Aus diesem Grund ist es wichtig für die EU, während der 13. Sitzung des UNHCR einen gemeinsamen, konsolidierten Standpunkt hinsichtlich all der Angelegenheiten, die zur Debatte stehen, anzunehmen. Die EU muss als Teil des erweiterten Systems der Vereinten Nationen einen wirksamen Einfluss haben und sich weiterhin engagieren, einen gemeinsamen Standpunkt zu erreichen. Außerdem muss sie bei weniger wichtigen Themen flexibler sein, damit sie bei Verhandlungen über grundlegende Themen schneller und effizienter handeln kann. Vor allem muss sie sich aktiv dafür engagieren, geeignete UNHCR-Mechanismen zu schaffen, um schnell und effizient auf Menschenrechtskrisen im Iran, in Afghanistan, im Irak und im Jemen zu reagieren.

**Zigmantas Balčytis (S&D)**, *schriftlich*. – Die Menschenrechte werden in vielen Ländern immer noch verletzt, und es ist bedauernd, dass gravierende Verletzungen manchmal nicht rechtzeitig und angemessen von der internationalen Gemeinschaft angesprochen werden. Uns fehlt ein koordinierter Ansatz auf internationaler Ebene. Die Rolle der EU als globaler Akteur hat sich in den letzten Jahrzehnten verstärkt und der nach dem Vertrag von Lissabon neu eingerichtete Europäische Auswärtige Dienst könnte der EU maßgeblich dabei helfen, effizienter zu handeln, um globale Herausforderungen zu meistern und Verletzungen der Menschenrechte auf kohärentere, konsistentere und effizientere Weise anzusprechen. Die EU hat nun eine große Chance, ihre Rolle im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu stärken und sollte diese vollständig nutzen, um die Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Tätigkeiten im Bereich der Menschenrechte auszubauen.

**Mara Bizzotto (EFD)**, *schriftlich*. – (IT) Die in diesem Haus zur Abstimmung stehende Kompromissentschließung enthält leider Passagen, aufgrund derer ich nicht für sie stimmen werde. Der UNHCR ist eine politische Einrichtung, die „extremer Politisierung“ unterliegt, wie im Text der Entschließung eingeräumt wird. Allerdings hätten wir – denke ich – sehr viel mehr sagen können, insbesondere, da wir uns mit einem Thema beschäftigen, das heikel und für so viele von uns wichtig ist, nämlich die Menschenrechte. Beim Lesen des Textes habe ich eine bedauerliche Schwäche festgestellt – vielleicht nicht für die Diplomatie, aber sicherlich für die Werte – nämlich der Mangel an Entschlossenheit bei der Kritik wohl bekannter Aspekte, die den UNHCR zu einer sehr umstrittenen Einrichtung machen. Wir hätten in der Tat sehr viel entschlossener handeln können und uns stärker gegen die Kandidatur des Irans bei den nächsten Wahlen des Rates aussprechen können. Es gibt keinen bestimmten Verweis auf die sinnlose Zusammenstellung eines Rates, in dem zu viele Mitglieder sitzen, die kaum qualifiziert sind, Vorträge über das Thema Menschenrechte zu halten und ganz klar noch weniger legitimiert sind, um über jemanden urteilen oder jemanden vor Gericht stellen zu können. Ich habe mich deshalb für die Stimmenthaltung entschieden und stehe dem Text skeptisch gegenüber: Ich enthalte mich in der Hoffnung, dass das Parlament aufhört, Diplomatie zu betreiben – es ist nicht seine Aufgabe, diplomatisch zu sein – und sich mutiger im Kampf für die Werte und Menschenrechte einsetzt.

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – (EL) Obwohl der Entschließungsantrag positive Elemente enthält, habe ich mich enthalten, da wichtige Änderungsanträge der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke abgelehnt wurden und der Inhalt der Entschließung somit nicht angemessen war. Die Europäische Union muss die Bemühungen der Vereinten Nationen unterstützen, um zu gewährleisten, dass die Menschenrechte überall auf der Welt geachtet werden. Sie muss bei dieser Art von Initiative im Mittelpunkt stehen und heute umso mehr, da Verstöße eher die Regel unter autokratischen Regimes sind, welche „kapitalistische Gewalt“ betreiben, um ihre antisoziale Politik umzusetzen. Die Europäische Union muss ihre Beziehungen zum Staat Israel neu überprüfen und dabei ernsthaft die israelischen

Militäroperationen auf palästinensischem Gebiet berücksichtigen sowie Angriffe auf die Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts, endlich das eigene Heimatland zu erlangen. Die Europäische Union darf nicht mehr an den „Demokratie-Exporten“ der USA teilnehmen und muss stattdessen einen Rahmen für internationale Beziehungen schaffen, bei denen die Gesetze des internationalen Rechts respektiert werden und die Vereinten Nationen eine stärkere Rolle erhalten.

**Anna Maria Corazza Bildt, Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark und Anna Ibrisagic (PPE), schriftlich.** – (SV) Die Mitglieder der Schwedischen Konservativen haben heute, am 25. Februar 2010, für die gemeinsame Entschließung zur 13. Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, B70123/2010, gestimmt. Allerdings möchten wir darauf hinweisen und sind der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten der EU aufgefordert werden sollten, die Menschenrechtsverletzungen allgemein zu verurteilen. Außerdem halten wir es für bedauerlich, dass der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen nicht in der Lage war, sich möglichst zügig mit ernststen Menschenrechtslagen in anderen Ländern zu befassen, die auch nicht in der Entschließung genannt werden, beispielsweise in Kuba und in anderen Ländern.

**Vasilia Viorica Dăncilă (S&D), schriftlich.** – (RO) Ich muss betonen, dass die Einhaltung des Völkerrechts im Bereich der Menschenrechte und humanitärer Rechtsvorschriften von allen Parteien und unter allen Umständen weiterhin eine entscheidende Bedingung zur Schaffung von gerechtem und dauerhaftem Frieden überall auf der Welt ist.

Ich denke, dass gemeinsames Handeln des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU und der Mitgliedstaaten, die einen starken gemeinsamen Standpunkt fordern, auf Ebene der Europäischen Union garantieren würde, dass diejenigen, die das Völkerrecht im Bereich der Menschenrechte und internationale humanitäre Rechtsvorschriften verletzt haben, zur Rechenschaft gezogen werden.

**Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich.** – Ich habe für die Entschließung zur UN-Plattform für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter gestimmt, die für die Europäische Union wichtige Schritte festlegt, um strategische Ziele bei der Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen. Die Kommission muss ihre Bemühungen eindeutig verstärken, um vergleichbare Daten zu entscheidenden Indikatoren für die Folgemaßnahmen im Anschluss an die Aktionsplattform zusammenzutragen und diese für regelmäßige Bewertungen von Gender-Mainstreaming-Initiativen in einer Reihe von Politikbereichen zu nutzen. Es ist besonders wichtig, die Geschlechterdimension von Armut und Gewalt sowie die Bedürfnisse von Mädchen zu überwachen und darauf einzuwirken. Die Folgemaßnahmen zum Fahrplan der Kommission für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010 müssen die langfristigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und des Klimawandels in einer Gesellschaft, die älter und ethnisch vielfältiger wird, berücksichtigen. Sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie Rechte müssen in Europa und auf internationaler Ebene anerkannt und vorangetrieben werden. Die Europäische Union sollte nun das Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau unterzeichnen; ein rechtlicher Schritt, der durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ermöglicht wurde.

**Edite Estrela (S&D), schriftlich.** – (PT) Ich habe für den gemeinsamen Entschließungsantrag zur 13. Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen gestimmt. Die neue institutionelle Struktur der EU bietet eine einzigartige Möglichkeit, die Kohärenz, Sichtbarkeit und Glaubwürdigkeit der EU innerhalb des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen zu erhöhen. Auch die Tätigkeiten des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik werden die Fähigkeit der EU, mit Ländern von anderen regionalen Blöcken zusammenzuarbeiten, verbessern, um Menschenrechtsverletzungen zu beenden, sowie Gewalt speziell gegenüber Frauen und Kindern.

**Diogo Feio (PPE), schriftlich.** – (PT) Die Politisierung des Menschenrechtsrates und die anhaltende Blockade gegen diejenigen, die Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen Teilen der Welt stärker verurteilen, rechtfertigen eine Änderung der Struktur des Rates und seiner Funktionsweise. Die bekanntgegebene Kandidatur des Irans ist ein weiterer Beleg dafür, dass der eingeschlagene Weg dieser Einrichtung unter Umständen an Glaubwürdigkeit und Sicherheit mangelt und dass Länder, die in der Vergangenheit wiederholt die Menschenrechte verletzt haben, die Mitgliedschaft in diesem Rat nutzen können, um ihre eigenen Verletzungen zu übertünchen.

Die Europäische Union muss aktiv an der Arbeit des Rates teilnehmen, indes sie sich seiner Beschränkungen und Probleme bewusst bleibt, und versuchen, ein ausgewogenes, aber dennoch striktes und genaues Bild zu vermitteln, wie die Achtung der Menschenrechte aussehen sollte. Wenn sie das tut, wird sie in der Lage sein, ihren eigenen Verantwortungen in dieser Angelegenheit gerecht zu werden.

**José Manuel Fernandes (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Der Menschenrechtsrat (UNHCR) ist eine Plattform, die sich auf universelle Menschenrechte spezialisiert hat, und ein spezifisches Forum, das sich mit Menschenrechten im System der Vereinten Nationen auseinandersetzt. Die Förderung und die Wahrung der Universalität der Menschenrechte ist Teil des rechtlichen, ethnischen und kulturellen *Besitzstands* der EU und einer der Eckpfeiler ihrer Einheit und Integrität.

Ich bin mir sicher, dass die Mitgliedstaaten der EU gegen jeglichen Versuch sind, die Konzepte der Universalität, der Unteilbarkeit und der gegenseitigen Abhängigkeit der Menschenrechte zu untergraben. Ich erwarte, dass sich die Mitgliedstaaten aktiv an der jährlichen interaktiven Debatte über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und am jährlichen Treffen über die Rechte des Kindes beteiligen werden. Ich möchte die Bedeutung der 13. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates hervorheben, an der Minister und andere hochrangige Vertreter teilnehmen werden. Die Tagesordnung der Sitzung umfasst die Wirtschafts- und Finanzkrise und die Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsbildung und -ausbildung. Zuletzt begrüße ich das erneute Engagement der Vereinigten Staaten in Einrichtungen der Vereinten Nationen und ihre anschließende Wahl als Mitglied des UNHCR, sowie ihre konstruktive Arbeit zur Meinungsfreiheit bei der 64. Generalversammlung der Vereinten Nationen.

**Ilda Figueiredo (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – (PT) Wir stimmen dem Konzept über die Universalität, Unteilbarkeit und gegenseitige Abhängigkeit der Menschenrechte, das im Bericht erwähnt wurde, vollkommen zu. Allerdings besteht aufgrund dieser Annahmen die Notwendigkeit, den nicht zu vereinbarenden Widerspruch zwischen dieser Sichtweise und dem schwerwiegenden Angriff auf die Rechte von Arbeitern und anderen Menschen hinzuweisen, der durch die Krise des kapitalistischen Systems hervorgerufen wurde, und hohe Arbeitslosigkeit, erhöhte Armut und zunehmend schwierigen Zugang zu öffentlichen Diensten von guter Qualität zu erschwinglichen Preisen beinhaltet. Leider hat die Mehrheit des Parlaments diesen Widerspruch nicht ausreichend berücksichtigt.

Wir bedauern, dass die Vorschläge unserer Fraktion abgelehnt wurden, insbesondere die folgenden:

- weist darauf hin, dass die UN-Mitgliedstaaten Nahrungsmittelsouveränität und Ernährungssicherheit fördern sollten, um zur Verringerung der Armut und der Arbeitslosigkeit beizutragen;
- begrüßt, dass ein Bericht der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte über die Menschenrechtsverletzungen in Honduras seit dem *Staatsstreich* auf der Tagesordnung der 13. Sitzung des UNHRC steht; fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, den *Staatsstreich* entschieden zu verurteilen und die Wiederherstellung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in diesem Land zu unterstützen;
- zeigt sich besorgt über die Lage in Kolumbien, insbesondere durch den Fund von Tausenden nicht identifizierten Toten.

**Sylvie Guillaume (S&D)**, *schriftlich*. – (FR) Ich habe für die Entschliebung zur 13. Sitzung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen gestimmt, erstens, um nachdrücklich die Initiative zu begrüßen, dass die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Umsetzung aller Menschenrechte vom UNHCR ganz oben auf seine Tagesordnung gesetzt werden. Außerdem ist es meiner Meinung nach wichtig, hervorzuheben, dass ein starker gemeinsamer Standpunkt der EU zu den Folgemaßnahmen der Erkundungsmission über den Konflikt im Gaza-Streifen und in Südisrael benötigt wird. Es ist in dieser Hinsicht unerlässlich, dass die Empfehlungen des Goldstone-Berichts umgesetzt werden. Zuletzt halte ich die Kandidatur des Iran bei den Wahlen des UNHCR, die im Mai 2010 stattfinden, für besonders bedenklich. Dies muss starke Maßnahmen der EU nach sich ziehen, um zu verhindern, dass Länder mit fraglicher Menschenrechtslage gewählt werden.

**Nuno Melo (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Da der Menschenrechtsrat eine zwischenstaatliche Einrichtung ist, deren hauptsächlicher Zweck darin liegt, sich mit Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen und in Anbetracht dessen, dass einer der Eckpfeiler der europäischen Einheit und Integrität die Achtung und Wahrung der Universalität der Menschenrechte ist, möchte ich dem UNHCR meine Unterstützung aussprechen und hoffe, dass er weiterhin gegen alle Formen der Diskriminierung ankämpfen wird.

**Frédérique Ries (ALDE)**, *schriftlich*. – (FR) Unsere Entschliebung richtet sich an den UN-Menschenrechtsrat, eine Institution, von der man gehofft hatte, dass sie sich zur weltweiten Hüterin der Rechte, Werte und grundlegendsten Freiheiten entwickeln würde. Ich spreche im Konditional, denn die Legitimität des UNHCR ist durch seinen Mangel an Unparteilichkeit mehr als untergraben.

Nun stehen wir auf einmal vor dem zusätzlichen Problem der Kandidatur des Irans. Das ist eine Provokation. Dieser Staat, diese Regierung und dieser Präsident verachten die Rechte von Männern und Frauen. Mindestens 346 Bürger dieses Landes, einschließlich Minderjähriger, wurden im Jahr 2008 gehängt oder gesteinigt. Die Gerichtsverhandlungen dort sind eine Farce. Es wird gefoltert. Es gibt überhaupt keine Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und Pressefreiheit. Minderheiten, insbesondere die Baha'i, werden verfolgt. Seit den Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 wurde jegliche Form von Demonstration blutig und systematisch unterdrückt. Ich könnte noch weiter fortfahren.

Die Welt braucht eine Führung, die auf universellen Werten beruht. Wenn die Vereinten Nationen das Forum für diesen Dialog darstellen wollen, müssen sie dafür sorgen, dass ihre Einrichtungen objektiv arbeiten. Die Kandidatur des Irans ist mehr als ein Test der Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen. Es ist ein Test ihrer Funktionsfähigkeit.

**Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE), schriftlich.** – Ich habe für den endgültigen Text der Entschließung gestimmt, unter anderem, da die Absätze zur gemeinsamen Studie über die Existenz von geheimen Haftanstalten und zur nötigen Umsetzung der Empfehlungen des Goldstone-Berichts und des Internationalen Strafgerichtshofs beibehalten wurden und da auch der Änderungsantrag der GUE-Fraktion über die Westsahara angenommen wurde. Ich freue mich auch, dass die Anfrage von Herrn Brok, gesondert über den Absatz hinsichtlich der Diffamierung von Religion abzustimmen, abgelehnt wurde und der Absatz nun folgendermaßen lautet:

Bekräftigt seinen Standpunkt zu dem Grundsatz der „Diffamierung von Religion“ und erkennt zwar die Notwendigkeit an, das Problem der Diskriminierung religiöser Minderheiten zu behandeln, ist aber der Auffassung, dass die Aufnahme dieses Konzepts in das Protokoll über zusätzliche Standards zu Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und allen Formen der Diskriminierung nicht sachgerecht ist; fordert die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf, in vollem Umfang die bestehenden Standards zur Religions- und Glaubensfreiheit umzusetzen;

Wir wollten diesen Satz behalten, da wir sind der Meinung, dass wir keine neuen Rechtsvorschriften auf Ebene der Vereinten Nationen benötigen, die sich mit dem Grundsatz der Diffamierung von Religion auseinandersetzen, da wir bereits über internationale Normen verfügen, nämlich im genannten Protokoll, das der Diskriminierung von religiösen Minderheiten vorbeugt.

**Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich.** – (PL) Die europäische Politik zur Achtung der Menschenrechte ist einer der wichtigsten Werte, den wir in die Tat umsetzen. Die Gemeinschaftspolitik zur Achtung der Menschenrechte beinhaltet den Schutz der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Sie misst der Unterstützung der Rechte von Frauen, Kindern und nationalen Minderheiten und insbesondere dem Kampf gegen den Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung wesentliche Bedeutung bei. Es ist sehr gefährlich, wenn Rechtsvorschriften, die Minderheiten diskriminieren, dazu genutzt werden, um deren Recht auf Religionsfreiheit zu verletzen oder wenn sie deren Zugang auf Bildung und Arbeit beschränken und somit auch ihr Recht auf Arbeit, wodurch wiederum ihr Recht auf einen angemessenen Lebensstandard eingeschränkt wird. Die Arbeit der Union auf diesem Gebiet gibt uns heute das Recht, von anderen zu verlangen, die hohen Standards im Bereich der Demokratie und der Menschenrechte zu respektieren.

**Viktor Uspaskich (ALDE), schriftlich.** – (LT) Beim Thema der Menschenrechte muss auf allen Ebenen und in allen Bereichen der EU betont werden, dass unsere Pflicht als Abgeordnete nicht nur darin besteht, Kritik zu üben und Entschließungen zu Drittländern vorzubereiten, sondern auch darin, die Mitgliedstaaten der EU aufmerksam zu beobachten und dabei auch auf Menschenrechtsverletzungen zu achten, und seien sie noch so gering. In Fällen von Menschenrechtsverletzungen, erarbeitet das Europäische Parlament eine Entschließung, die sich an das bestimmte Land richtet. Bevor wir andere kritisieren, müssen wir erst die Menschenrechtsverletzungen innerhalb der EU unterbinden. Danach können wir andere kritisieren und versuchen, ihnen so gut wie möglich zu helfen.

**Anna Záborská (PPE), schriftlich.** – (FR) Ich habe diese Entschließung nicht unterstützt, denn sie geht nicht auf die Bedeutung der Menschenrechte von christlichen Minderheiten im Nahen Osten ein. Ich bedauere den mangelnden Mut bei der Verurteilung der Angriffe auf christliche Minderheiten im Nahen Osten und bei der Übertragung dieses Problems an den Menschenrechtsrat. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2009 zum „Internationalen Jahr des Menschenrechtslernens“ erklärt und die EU das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut“. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Vereinten Nationen extreme Armut als Verletzung der Menschenrechte anerkannt hat. Am 17. Oktober, dem

Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut, haben wir in den Gebäuden des Europäischen Parlaments und des Europarats das Leitmotiv in Marmor eingraviert: „Wo immer Menschen dazu verurteilt sind, im Elend zu leben, werden die Menschenrechte verletzt. Sich mit vereinten Kräften für ihre Achtung einzusetzen, ist heilige Pflicht. Père Joseph Wresinski“. Unsere Entschließung bringt unsere tiefe Besorgnis über extreme Armut als Verletzung der Menschenrechte nicht zum Ausdruck. Deshalb lade ich die Mitglieder des Europäischen Komitee Vierte Welt ein, in diesem Zusammenhang einen Brief an die Delegierten der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu senden und die Bedenken des Parlaments zu diesem Thema zum Ausdruck zu bringen.

#### **Entschließungsantrag B7-0118/2010**

**Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich. – (RO)** Gleichheit zwischen Frauen und Männern ist ein Grundrecht und gemeinsamer Wert der Europäischen Union. Sie ist außerdem eine Voraussetzung, um die Ziele des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts der EU zu erreichen. Obwohl in Bezug auf die Ziele der Peking Aktionsplattform, die im Jahr 1995 angenommen wurde, Fortschritte erzielt wurden, sind Ungleichheit und Geschlechtsstereotypen immer noch vorhanden.

Ich glaube, dass sich die Überarbeitung der Strategie von Lissabon mehr auf die Gleichstellung der Geschlechter konzentrieren, sich neue Ziele setzen und die Verbindungen zur Peking Aktionsplattform stärken muss, damit Mitgliedstaaten durch spezifische politische Maßnahmen konkrete Resultate erzielen können. Deshalb wird in allen Bereichen, auf die sich die Peking Aktionsplattform bezieht, eine bessere Förderung des Austausches von Erfahrungen und bewährter Praktiken zwischen den Mitgliedstaaten benötigt.

**Elena Băsescu (PPE), schriftlich. – (RO)** Ich habe für die Entschließung zur Peking + 15 – UN-Plattform für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter gestimmt. Fünfzehn Jahre nach der Annahme der Erklärung und Aktionsplattform von Peking, berät das Europäische Parlament heute über den Fortschritt, der weltweit bei der Gleichstellung der Geschlechter gemacht wurde. Chancengleichheit für Männer und Frauen ist einer der Grundwerte der Europäischen Union. Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union hebt eine Reihe an Werten hervor, die die Mitgliedstaaten teilen: Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern. Obwohl beachtliche Fortschritte in einigen Bereichen und in industriellen Sektoren erzielt wurden, bestehen immer noch Ungleichheiten. In dieser Hinsicht muss die Europäische Union ihre Bemühungen zur Lösung dieser Probleme fortsetzen. Gleichheit muss in jedem Bereich gefördert werden. Wenn auf europäischer Ebene Strategien zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und der Auswirkungen des Klimawandels entwickelt werden, muss die Europäische Kommission auch den Einfluss berücksichtigen, den diese Strategien auf Frauen haben. Die Entschließung ermuntert zur Entwicklung von Strategien und Instrumenten, die benötigt werden, um die Situation der Gleichheit der Geschlechter zu schaffen, die das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen konzipiert hat.

**Regina Bastos (PPE), schriftlich. – (PT)** Ich habe für die Entschließung zur Peking + 15 – UN-Plattform für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter gestimmt, da die strategischen Ziele der Peking-Plattform noch nicht erreicht wurden und Ungleichheit und Geschlechtsstereotypen immer noch bestehen, wobei Frauen gegenüber Männern in den Bereichen, die von der Plattform angesprochen werden, in einer untergeordneten Position verbleiben.

Wir bedauern den Mangel an aktuellen, zuverlässigen und vergleichbaren Daten – sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene – für die Indikatoren, auf die man sich für die Folgemaßnahmen im Anschluss an die Aktionsplattform geeinigt hatte, darunter Frauen und Armut, Gewalt gegen Frauen, institutionelle Mechanismen, Frauen und bewaffnete Konflikte sowie Mädchen. Die Kommission muss die jährliche Überprüfung der Umsetzung der Peking Aktionsplattform weiterentwickeln und die Indikatoren sowie die analytischen Berichte effektiv nutzen, als Beitrag zu verschiedenen Politikbereichen, sowie als Grundlage für neue Initiativen, die darauf abzielen, die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Wir möchten bekräftigen, dass die systematische Umsetzung und Überwachung von Gender Mainstreaming bei Gesetzgebungsverfahren, Haushaltsverfahren und anderen wichtigen Verfahren und von Strategien, Programmen, und Projekten in verschiedenen Politikbereichen notwendig ist.

**Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT)** Ich habe für diese Entschließung gestimmt, da wir die Perspektive auf Gleichstellung der Geschlechter in der gesamten Europäischen Union weiterentwickeln müssen. Die Europäische Kommission sollte eine Aktionsstrategie für Leitlinien zur Gleichstellung der Geschlechter erarbeiten und dabei die Wirtschafts- und Finanzkrise, nachhaltige Entwicklung, die aktuellen Prioritäten der Leitlinien, gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit für Frauen und Männer, die Vereinbarkeit von Arbeit,

Familie und Privatleben sowie die gleiche Beteiligung von Frauen und Männern bei Entscheidungsprozessen berücksichtigen.

Momentan besteht ein deutlicher Mangel an Daten über die Gleichstellung der Geschlechter, Gewalt gegen Frauen und institutionelle Mechanismen. Es ist sehr wichtig, dass die Mitgliedstaaten so eng wie möglich mit dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen zusammenarbeiten, zu dessen Aufgaben die Arbeit mit vergleichbaren Daten gehört. Das Institut wird Statistiken führen und Forschungen anstellen, mit dem Ziel, Analysen über Gleichstellungsfragen zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren wird es Untersuchungen der Daten-Indikatorstatistiken und der Daten-Erläuterungen geben. Die im Arbeitsprogramm des Instituts festgelegten Ziele sollen insbesondere dazu beitragen, die in Peking bestimmten Indikatoren umzusetzen.

**Maria Da Graça Carvalho (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Die Gleichstellung der Geschlechter ist in der heutigen Zeit ein elementarer Grundsatz, aber es bestehen immer noch Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, und die strategischen Ziele der Peking Plattform sind noch lange nicht erreicht.

Ich begrüße den Entschließungsantrag, über den wir heute im Plenum abstimmen, da er einen Anreiz für die Verbesserung institutioneller Mechanismen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter darstellt.

Gender Mainstreaming in der Entwicklungszusammenarbeit ist für die Förderung einer erfolgreicher, gerechteren und reicheren Gesellschaft unerlässlich.

Ich möchte die bedeutende Rolle hervorheben, die Frauen in der Wissenschaft und in der Technologie spielen. Frauen sind in Bereichen der wissenschaftlichen Forschung zunehmend präsent, aber sie sind noch weit vom Höhepunkt ihrer Karriere und den Zentren der Entscheidungsfindung entfernt. Die Nutzung dieses Potenzials ist für die Förderung eines fairen Gleichgewichts und für die Unterstützung von Wachstum und Beschäftigung wichtig.

Entscheidend ist, Gender Mainstreaming in verschiedenen politischen Bereichen als eine der Säulen für eine erfolgreichere, gerechtere und reichere Gesellschaft zu betrachten.

**Diogo Feio (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Als eiserner Verteidiger der Menschenrechte und des Gleichheitsgrundsatzes möchte ich die Initiativen, die zum Ziel haben, die Rechte von Frauen und Mädchen zu schützen, nicht untergraben. Diese Rechte werden häufig schwerwiegend verletzt, in einer Welt, in der Frauen immer noch die hauptsächlichsten Opfer von Verbrechen an körperlichen Wohlbefinden und an sexueller Selbstbestimmung sind.

Allerdings kann die Gleichstellung der Geschlechter niemals auch nur für eine Moment den natürlichen, sozialen und kulturellen Unterschied der Geschlechter verdecken; gleiche Rechte zu haben, bedeutet nicht automatisch, gleich behandelt zu werden. Männer und Frauen müssen gerecht behandelt werden und die gleichen Rechte erhalten, zugleich müssen ihre jeweiligen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Für Frauen gilt dies insbesondere in Bereichen wie der Mutterschaftsunterstützung, der Vereinbarung von Arbeit und Familie und des besonderen Schutzes vor Verbrechen, die hauptsächlich an Frauen und Kindern verübt werden, wie sexuelle Ausbeutung, Menschenhandel oder Missbrauch.

Zuletzt möchte ich noch betonen, dass eine EU-Initiative in diesem Bereich unmöglich versuchen kann, Frauen das Recht zu erteilen, im Namen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit abzutreiben. Darüber müssen weiterhin die einzelnen Mitgliedstaaten allein entscheiden können.

**José Manuel Fernandes (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein elementarer Grundsatz der Europäischen Union und im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankert. Somit hat die Union die konkrete Aufgabe, Gleichheit zwischen Männern und Frauen zu fördern und zu schaffen. Es besteht kein Zweifel daran, dass die beklagenswerte Tatsache der Geschlechterdiskriminierung heute immer noch existiert, sowohl in Entwicklungsländern als auch in Industrieländern – und besonders in der Europäischen Union – auf allen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebenen. Um dieses Phänomen wirksam zu bekämpfen, ist es notwendig, dafür zu sorgen, dass wirksame Mechanismen zur Ermittlung von Problemen und zur Sammlung von Daten bestehen, ohne dass man dabei auf Hindernisse oder politische Zwänge stößt, um die Ursachen und Konsequenzen auf klare und nachhaltige Weise darzulegen und als Antwort darauf umfassende Maßnahmen zu ergreifen. Dieses strukturelle Problem ist ein Hindernis für den Fortschritt und die Entwicklung von Gemeinschaften im Einzelnen und der Menschheit im Allgemeinen.

Ich bin der Ansicht, dass die Beseitigung häuslicher Gewalt von oberster Priorität sein sollte. Um dies zu erreichen, wird es unerlässlich sein, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Gleichheit zwischen Männern und Frauen sicherzustellen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Auswirkungen des Klimawandels und die



alternde Gesellschaft sind Faktoren, die die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten bei Maßnahmen und Politiken mit dem Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, berücksichtigen müssen.

**Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark und Anna Ibrisagic (PPE)**, *schriftlich*. – (SV) Die Mitglieder der Schwedischen Konservativen haben heute, am 25. Februar 2010, für die Entschließung zur Peking +15 – UN-Plattform für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter, B70118/2010, gestimmt. Wir möchten allerdings betonen, dass wir nicht der Ansicht sind, dass ein Kapitel über Gleichheit in die Überarbeitung der Strategie von Lissabon 2010 aufgenommen werden sollte, da dieser Bereich bereits von den Römischen Verträgen und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union abgedeckt wird. Wir möchten auch darauf hinweisen, dass wir glauben, dass Frauen selbst über ihre Sexualität und Reproduktion entscheiden sollten. Wir glauben an die Fähigkeit von Individuen, Entscheidungen über ihr eigenes Leben zu treffen; die EU sollte nicht in diesen Bereich eingreifen. Stärkere Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine der großen Herausforderungen der EU, wobei die Fortschritte in Schweden den anderen Mitgliedstaaten der EU als Beispiel dienen könnten.

**Sylvie Guillaume (S&D)**, *schriftlich*. – (FR) Ich habe diese Entschließung unterstützt, denn 15 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking müssen wir zugeben, dass zu wenig Fortschritte in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter gemacht wurden und dass sexistische Stereotypen in zahlreichen Bereichen wie Beschäftigung, Bildung und Politik immer noch vorhanden sind. Ich habe auch den Verweis auf die notwendige Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit von Frauen unterstützt, sowohl in Europa als auch international, und die notwendige Ermutigung von Vätern, die familiäre Verantwortung zu teilen, indem sie beispielsweise den Vaterschaftsurlaub nutzen. Zuletzt muss dem Ziel der Gleichstellung der Geschlechter, in Bezug auf die Überarbeitung der Strategie von Lissabon, Priorität eingeräumt werden. Dies muss einen realen Einfluss auf nationalen Sozialschutz und Maßnahmen zur sozialen Integration haben.

**Livia Járóka (PPE)**, *schriftlich*. – (HU) Die vor 15 Jahren angenommenen Ziele der Peking Aktionsplattform wurden bisher nicht erfüllt und in den meisten Bereichen, die die Gleichheit zwischen Männern und Frauen betreffen, wurden fast gar keine Fortschritte verzeichnet. Es ist bedauerlich, dass, sowohl auf Ebene der Mitgliedstaaten, als auch auf Ebene der Union, nur wenig Wert auf den Kampf gegen extreme Armut und vielfache Diskriminierungen von Frauen gelegt wird.

Wir müssen die Peking Ziele, die im Rahmen der Vereinten Nationen angenommen wurden, viel stärker mit der Umsetzung des EU-Fahrplans für die Gleichstellung von Frauen und Männern harmonisieren. In diesem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, ist es besonders wichtig, dass Frauen, die sich gerade noch über der Armutsgrenze befinden, angemessenen Schutz erhalten, da eine Veränderung in ihrer Beschäftigungs- oder Familiensituation – wie der Verlust des Arbeitsplatzes, Scheidung, Witwenstand oder die Geburt eines Kindes – bedeutet, dass sich die Gefahr der Verarmung exponentiell erhöht. Es ist erfreulich, dass das Programm des Präsidentschaftstrios, bestehend aus Spanien, Belgien und Ungarn, einerseits viel Wert auf die Folgemaßnahmen zur Umsetzung der Ziele von Peking legt und andererseits die Absicht äußert, ein umfassendes Konzept zur Vermeidung und Beseitigung der Armut, die Frauen und Kinder betrifft, anzunehmen. Diese Perspektiven werden hoffentlich auch mit der notwendigen Ernsthaftigkeit bei der Sitzung der Vereinten Nationen, die Anfang März stattfinden soll, behandelt. Zur Bewertung und Überprüfung von politische Maßnahmen, die darauf abzielen, Chancengleichheit für Männer und Frauen zu schaffen, sind zuverlässige, nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten notwendig, und es wäre auch eine Überlegung wert, genormte und gemeinsame Indikatoren zur Messung der Geschlechterungleichheit einzuführen.

**Monica Luisa Macovei (PPE)**, *schriftlich*. – Ich habe für Absatz 9 der Entschließung zur Peking +15 – UN-Plattform für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter gestimmt, der für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte von Frauen eintritt. Sexuelle und reproduktive Rechte basieren auf universell anerkannten Rechten auf körperliche Unversehrtheit, Nichtdiskriminierung und den bestmöglichen Gesundheitszustand. Diese Rechte sind im Völkerrecht verankert (einschließlich Artikel 12 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in dem die Vertragsstaaten „das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit“ anerkennen und Artikel 12 des Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, über die „Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Bereich des Gesundheitswesens, um der Frau gleichberechtigt mit dem Mann Zugang zu den Gesundheitsdiensten, einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit der Familienplanung, zu gewährleisten.“) Konsensdokumente (wie das Aktionsprogramm von Kairo aus dem Jahr 1994 und der Peking Aktionsplattform aus dem Jahr 1995) haben auch das Engagement der Regierungen für die sexuellen und reproduktiven Rechte (der Frau) verdeutlicht. Viele in meinem Wahlkreis in Rumänien teilen diese Ansicht.

**Nuno Melo (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen auf verschiedenen Ebenen, ob im Beruf, in einem Sektor oder bei verschiedenen Stereotypen sind mit den Jahren verschwommen. Gleichheit zwischen Männern und Frauen in der EU ist zunehmend eine Realität, und obwohl es immer noch Fälle von Diskriminierung gibt, können wir bereits sehr positive Entwicklungen verzeichnen.

**Franz Obermayr (NI)**, *schriftlich*. – Der Schutz von Frauenrechten ist auch mir ein wichtiges Anliegen. Quotenlösungen, sogenannte positive Diskriminierungen, erachte ich hingegen nicht für sinnvoll: Hier soll die Qualifikation ausschlaggebend sein, und nicht das Geschlecht, dieser Grundsatz gilt für Mann und Frau. Ich habe mich daher der Stimmabgabe enthalten.

**Rovana Plumb (S&D)**, *schriftlich*. – Ich habe für diesen Entschließungsantrag gestimmt, denn er ist zwingend notwendig, um in allen Bereichen für Gleichheit der Geschlechter zu sorgen.

Rumänien beispielsweise hat in diesen 15 Jahren nur in einigen Bereichen, die die Peking Aktionsplattform festgelegt hat, Fortschritte gemacht. Die Quote der Frauen in der rumänischen Politik auf Ebene der Entscheidungsfindung nach den Wahlen von 2009 liegt bei 11 % im Parlament und nur eine Frau wurde in die Regierung berufen. Männliche Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel und die Vertretung von Frauen in Entscheidungsgremien sind Prioritäten, mit denen wir uns massiv auseinandersetzen sollten.

Wir können uns mit all dem nur auseinandersetzen, wenn Frauen sich für Frauen entscheiden! Frauen nicht in alle sozialen und politischen Exekutivorgane mit einzubeziehen, wäre eine Vergeudung von 50 % der intellektuellen Kapazität und würde das Scheitern der wirklichen Interessenvertretung aller Bürger bedeuten.

**Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE)**, *schriftlich*. – Ich habe für den endgültigen Text der Entschließung gestimmt, da sie unsere Petitionen an die EU-Kommission enthält, in ihrem Fahrplan 2010-2014 nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern auch die Auswirkungen des Klimawandels auf Frauen zu berücksichtigen; und auf die Tatsache, dass Ungleichheiten und Geschlechterstereotypen in der EU immer noch vorhanden sind, wobei Frauen gegenüber Männern in den Bereichen, die von der Peking Plattform angesprochen wurden, in einer untergeordneten Position verbleiben; und da sie die Gleichstellung der Geschlechter in Bezug auf den Vaterschaftsurlaub fördert.

**Marc Tarabella (S&D)**, *schriftlich*. – (FR) Ich habe für diese Entschließung gestimmt, denn sie hebt die Fortschritte hervor, die in den 189 Staaten, die die Peking Aktionsplattform unterzeichnet haben, noch gemacht werden müssen, wenn eine wirkliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern erreicht werden soll. Ich unterstütze insbesondere den Absatz, der betont, dass „sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte ein fester Bestandteil der Frauenrechte-Agenda sind“. Ich möchte in dieser Hinsicht darauf hinweisen, dass, als mein Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Jahr 2009 angenommen wurde, der Großteil der Abgeordneten befürwortet hat, dass Frauen einfachen Zugang zu Verhütung und Schwangerschaftsabbrüchen haben sollten.

**Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – (FR) Ich habe zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen von der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke für den Bericht von Frau Svensson zur Peking +15 – UN-Plattform für Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter gestimmt. Durch ihre Bewertung ergibt sich ein gemischtes Bild.

Es stimmt, dass Fortschritte verzeichnet wurden, aber wie können wir zufrieden sein, wenn immer noch eine geschlechtsspezifische Lohndifferenz von 14 % bis 17,5 % besteht?

Des Weiteren ist es inakzeptabel, dass ein Großteil der Abgeordneten des Europäischen Parlaments einen höchst mehrdeutigen Änderungsantrag angenommen haben,<sup>(1)</sup> der von der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten vorgelegt wurde, und besagt, dass Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, keine ausgereifte und verantwortungsvolle Entscheidung treffen. Dies ist ein indirekter Angriff auf das Recht auf Abtreibung.

**Marina Yannakoudakis (ECR)**, *schriftlich*. – Die Mitgliedstaaten der ECR haben das UN-Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und die Peking Aktionsplattform unterzeichnet. Deshalb sind wir der Meinung, dass eine „Unterzeichnung des Übereinkommens“ von der EU

(1) Änderungsantrag Nummer 3 von Frau Marina Yannakoudakis im Namen der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten zu Absatz 9 Buchstabe b) (neu): „betont, dass Abtreibung nicht als eine Methode der Familienplanung angeboten werden sollte und dass in allen Fällen Vorkehrungen für die humane Behandlung und Beratung von Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vorgenommen haben, getroffen werden sollten“.

insgesamt nicht nötig ist, und wir sind dagegen, dass die EU wie ein Staat handelt. Obwohl die Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten viel Wert auf die Gleichstellung aller Menschen legt, lehnen wir weitere Rechtsvorschriften auf Ebene der EU ab; wir glauben, dass die Frage der Gleichstellung der Geschlechter am besten auf nationaler Ebene behandelt wird, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft innerhalb der lokalen Gemeinden. Aus diesen Gründen haben wir gegen den Entschließungsantrag gestimmt.

**Bericht: Vladimír Maňka (A7-0017/2010)**

**Alexander Alvaro, Jorgo Chatzimarkakis, Nadja Hirsch, Silvana Koch-Mehrin, Holger Krahmer, Britta Reimers und Alexandra Thein (ALDE), schriftlich.** – Nach der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2009 zu dem Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2010 wurde nach Neuberechnungen der Parlamentsverwaltung heute über den vorgeschlagenen Berichtigungshaushalt für das Europäische Parlament abgestimmt. Die FDP im Europäischen Parlament hat sich der Stimme enthalten, da ein in dem betroffenen Änderungspaket enthaltener Punkt nicht mit unseren Überzeugungen vereinbar ist. Die FDP hatte sich bereits bei den Beratungen im Parlamentspräsidium gegen die Erhöhung der Sekretariatszulage um 1 500 Euro ausgesprochen. Aus der Sekretariatszulage werden die Mitarbeiter der Abgeordneten bezahlt. Für die FDP ist das Argument, man benötige mehr Geld aufgrund der Mehrarbeit, die mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon auf die Abgeordneten zukomme, nicht stichhaltig, da keinerlei Erfahrungswerte vorliegen. Zwar wird das Parlament insgesamt aufgrund des jüngst in Kraft getretenen Vertrags von Lissabon mehr Kapazitäten für die legislative Arbeit benötigen, jedoch gibt es nach der Einführung des Assistentenstatuts mit Beginn der laufenden Legislaturperiode noch keinen Nachweis, dass Abgeordnete tatsächlich mehr Mitarbeiter brauchen. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass weitere Forderungen, Nacherhöhungen oder ein Ausbau der Bürokapazitäten folgen werden. Vor diesem Hintergrund hat sich die FDP im EP enthalten.

**Mara Bizzotto (EFD), schriftlich.** – (IT) Der Maňka-Bericht, der zum ersten Mal auf der Sitzung des Haushaltsausschusses am 25. Januar 2010 vorgestellt wurde, zeichnet sich durch drei kritische Punkte aus, wegen denen ich mich entschlossen habe, meine Stimme zu enthalten.

Erstens, die plötzliche und späte Entdeckung, bezüglich der Unterzeichnung des Haushaltsplans für das Jahr 2010 im Dezember 2009, dass der Ausgabenrahmen von 20 % unter der „Rubrik 5“ überschritten wurde. Die Einigung, das Problem von Dezember auf Januar zu verschieben, der Wunsch, die Haushaltsbelastung des Vertrags von Lissabon nicht bekannt zu geben, und die hastige Art und Weise, auf die dieses Thema behandelt wurde, ohne jegliche Möglichkeit, gegebenenfalls eine effizientere Nutzung der momentan zur Verfügung stehenden Ressourcen zu fordern, haben zu einer wirklichen Verzerrung der Tatsachen geführt.

Zweitens bin ich gegen die Entscheidung, die Reserven für Gebäudepolitik zu nutzen, um den Bedarf an Liquidität zu decken. Dies ist ein kontroverses Thema, mit dem wir uns in den kommenden Monaten auseinandersetzen müssen, wenn wir uns sicher sind, dass uns die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen werden.

Zuletzt denke ich, dass die Summe von 1 500 EUR als monatliche Zuwendung für Assistenten der Abgeordneten unangemessen ist, da der Mindestbetrag für die Ernennung eines neuen akkreditierten parlamentarischen Assistenten der Stufe 1 bei 1 649 EUR liegt.

**Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich.** – (PT) Der Vertrag von Lissabon verleiht dem Parlament mehr Befugnisse. Trotzdem sind Belange in einer globalisierten Welt zunehmend komplex und Entscheidungen müssen fachlich fundiert sein und wissenschaftlich gestützt werden.

Es ist äußerst wichtig, dass politische Entscheidungsträger über die aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen informiert sind, da diese ihnen ermöglichen, die besten Entscheidungen zu treffen.

Dieser Haushaltsplan trifft Entscheidungen, die Kürzungen in der Rubrik Gebäude und eine Verstärkung der fachlichen Unterstützung der Abgeordneten beinhalten, um dem Parlament die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um seine Pflichten gut zu erfüllen, mit der wissenschaftlichen und fachlichen Unterstützung, die im 21. Jahrhundert absolut notwendig ist.

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL), schriftlich.** – (EL) Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, denn der Haushaltsplan der EU stellt weiterhin nur einen minimalen Anteil des europäischen BIP (0,97 %) dar, der nicht den Bedarf deckt, um schwache Wirtschaften und Gesellschaften zu stärken und die Erweiterung zu finanzieren. Der Bedarf an einer deutlichen Erhöhung des Haushalts, auf mindestens 5 %, wird immer dringlicher, um sozialen Bedürfnissen nachzukommen und die Kürzung öffentlicher Ausgaben zu beenden,

besonders in der momentanen Wirtschaftskrise, von der die gesamte Europäische Union betroffen ist. Die Probleme der operativen Erfordernisse und der Harmonisierung der Ausgaben des Europäischen Parlaments und der Europäischen Union müssen innerhalb dieses Rahmens bewältigt werden.

**Jürgen Creutzmann (ALDE), schriftlich.** – Nach der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. Dezember 2009 zu dem Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2010 wurde nach Neuberechnungen der Parlamentsverwaltung heute über den vorgeschlagenen Berichtigungshaushalt für das Europäische Parlament abgestimmt. Die FDP im Europäischen Parlament hat sich der Stimme enthalten, da ein in dem betroffenen Änderungspaket enthaltener Punkt nicht mit unseren Überzeugungen vereinbar ist.

Die FDP hatte sich bereits bei den Beratungen im Parlamentspräsidium gegen die Erhöhung der Sekretariatszulage um 1 500 Euro ausgesprochen. Aus der Sekretariatszulage werden die Mitarbeiter der Abgeordneten bezahlt. Für die FDP ist das Argument, man benötige aufgrund der Mehrarbeit, die mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon auf die Abgeordneten zukommt, mehr Geld, nicht stichhaltig, da keinerlei Erfahrungswerte vorliegen. Zwar wird das Parlament insgesamt unter dem jüngst in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon mehr Kapazitäten für die legislative Arbeit benötigen, jedoch gibt es nach der Einführung des Assistentenstatuts mit Beginn der laufenden Legislaturperiode noch keinen Nachweis, dass Abgeordnete tatsächlich mehr Mitarbeiter brauchen. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass weitere Forderungen, Nacherhöhungen oder ein Ausbau der Bürokapazitäten folgen werden. Vor diesem Hintergrund hat sich die FDP im EP der Stimme enthalten.

**Proinsias De Rossa (S&D), schriftlich.** – Ich habe für den Mañka-Bericht gestimmt, der der erste Schritt zur Berichtigung des Haushaltsplans 2010 des Europäischen Parlaments ist und zusätzliche finanzielle Ressourcen und zusätzliches Personal anstrebt, um dem Europäischen Parlament zu ermöglichen, seine stärkere Rolle wahrzunehmen. Die zusätzlichen Ressourcen beinhalten eine Erhöhung der monatlichen Assistentenzulagen, die den Abgeordneten zur Verfügung stehen, damit sie ihrer verstärkten gesetzgeberischen Rolle nach dem Vertrag von Lissabon nachkommen können. Der Vertrag von Lissabon stellt das Parlament auf eine Stufe mit dem Rat, als Mitgesetzgeber, der für 95 % der Rechtssetzungsverfahren zuständig ist. Er beinhaltet nun Bereiche wie Freiheit, Sicherheit und Recht, Landwirtschaft, Fischerei, Forschung und Strukturfonds. Für die Aushandlung und den Abschluss internationaler Abkommen, die eine detaillierte Untersuchung von Experten erfordern, wird nun auch die Zustimmung des Parlaments benötigt. Es ist äußerst wichtig, dass Abgeordnete des Europäischen Parlaments über das nötige Personal verfügen, um dieser Arbeit ordnungsgemäß nachkommen zu können.

**Göran Färm, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Marita Ulvskog und Åsa Westlund (S&D), schriftlich.** – (SV) Wir schwedischen Sozialdemokraten glauben, dass die Ausschüsse, deren Arbeitsbelastung sich mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erhöhen wird, gestärkt werden müssen. Dies rechtfertigt eine Aufstockung des Personals in den Sekretariaten des Parlaments und der Fraktionen in diesen Ausschüssen. Allerdings sind wir nicht der Meinung, dass wir Abgeordneten mehr Personal benötigen. In erster Linie hätten wir uns gefreut, wenn die Ressourcen des Parlaments durch Umverteilungen und Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz, anstatt durch eine Erhöhung des Gesamthaushalts, erhöht worden wären.

**Diogo Feio (PPE), schriftlich.** – (PT) In Anbetracht der neuen Rolle und den neuen Befugnissen des Parlaments im Rahmen des Vertrags von Lissabon und im Hinblick auf die Zusagen, die bei der Annahme des Haushaltsplans 2010 gemacht wurden, ist diese Erhöhung der für den Betrieb des Parlaments zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll, da sie sicherstellt, dass diese Einrichtung über all das Material und Personal verfügt, dass sie benötigt, um ihre neuen Aufgaben im neuen institutionellen Rahmen auf exakte und hervorragende Weise wahrzunehmen.

Die Erhöhung der Mittel darf allerdings nicht die Tragfähigkeit des Haushalts und die Richtigkeit der Vermögensübersicht gefährden, da diese in jeder Institution entscheidend sind. Des Weiteren müssen die Mittel, die in diesem Haushaltsplan zur Verfügung gestellt werden, exakt und transparent verwaltet werden.

**José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich.** – (PT) Dieser Berichtigungshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 in Bezug auf den Haushaltsplan des Parlaments (Einzelplan 1 des Gesamthaushaltsplans der EU) beträgt nun 1 616 760 399 EUR. Dies entspricht 19,99 % der ursprünglichen Rubrik 5, die in der ersten Lesung angenommen wurde. In diesem Berichtigungshaushaltsplan haben wir die Reserve für Gebäude von 15 Mio. EUR auf 11 Mio. EUR reduziert.

Der Bedarf für diesen Haushaltsplan begründet sich in dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon. Das Parlament hat neue Befugnisse und neue Verantwortungen erhalten. Hervorragende Gesetzgebung ist nun

unsere Priorität. Um dies zu gewährleisten, ist es wichtig, den Abgeordneten, Ausschüssen und Fraktionen ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Dieser Berichtigungshaushaltsplan erfüllt Rechts- und Haushaltsnormen und entspricht einer guten Finanzdisziplin. Wie der Berichterstatter der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) für diesen Haushaltsplan denke ich, dass Haushaltsdisziplin und der Versuch, Einsparungen vorzunehmen, bei dessen Umsetzung nötiger sind denn je. Ich kann deshalb die Bedeutung der Entwicklung einer Finanzplanung auf Nullbasis bekräftigen, die stärkere Präzision und Transparenz sicherstellt und ich bitte dringend um Informationen bezüglich des festgesetzten Ausgabenbetrags des Parlaments. Ich muss auch auf die Notwendigkeit einer langfristigen Planung der Gebäudepolitik bestehen, um die Tragfähigkeit des Haushalts zu gewährleisten.

**Bruno Gollnisch (NI), schriftlich.** – (FR) Gestern sind in Athen Zehntausende von Menschen auf die Straße gegangen, und Griechenland wurde von einem Generalstreik gegen den Sparkurs gelähmt, der dem Land von der EU, der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und dem IWF auferlegt wurde. Es stimmt, dass Griechenland nicht immer so rigoros war, wie es bei der Verwaltung seiner öffentlichen Finanzen und der EU-Gelder hätte sein müssen. Allerdings ist es skandalös, dass die hauptsächliche Tugend dieses Sparkurses darin liegen soll, den Märkten Sicherheit zu geben; denselben Märkten, die momentan auf die Verschuldung Griechenlands spekulieren und die diesen Tumult zu verantworten haben. Es sind dieselben Märkte, auf denen die Staaten dank Ihrer ultra-liberalen Gesetze zu hohen Zinssätzen Kredite aufnehmen müssen. Zugleich weisen sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments unter dem Vorwand der angeblichen Erhöhung des Arbeitsaufwands durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und der vermeintlichen Sorge des Parlaments über die Qualität seiner Rechtstexte eine „kleine“ Budgeterhöhung in Höhe von ein paar Millionen Euro zu, damit Personal für die Fraktionen eingestellt werden kann! Deshalb sollten Sie besser Ihre eigenen Ausgaben so penibel überprüfen und genauso streng sein, wie sie es von den Mitgliedstaaten erwarten! Wir werden gegen diesen Text stimmen.

**Sylvie Goulard (ALDE), schriftlich.** – (FR) Hier herrscht eine Krise, und es stimmt, dass eine große Zahl an Unternehmen und Bürgern Schwierigkeiten hat. Trotzdem habe ich für eine Erhöhung des Haushaltsplans des Europäischen Parlaments gestimmt, da durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Verantwortungen des Europäischen Parlaments erhöht werden: Wir haben im Namen unserer Bürger mehr Arbeit und mehr Pflichten zu erfüllen. Diese Erhöhung wird nur für unsere Assistenten von Vorteil sein; die Diäten der Abgeordneten selbst werden nicht erhöht.

**Ian Hudghton (Verts/ALE), schriftlich.** – Zusammen mit meiner Fraktion habe ich heute eine Erhöhung der Sekretariatszulage in diesem Stadium des Verfahrens unter bestimmten Bedingungen unterstützt. Diese Unterstützung hängt von der Beurteilung der Nutzung dieser Zulage ab, wie im Mañka-Bericht gefordert wird. Unsere endgültige Position zu der erhöhten Zulage wird vom Ergebnis dieser Beurteilung abhängen.

**Cătălin Sorin Ivan (S&D), schriftlich.** – (RO) Ich habe zuversichtlich für diesen Berichtigungshaushaltsplan gestimmt. Es stimmt nicht, dass wir mehr Geld für uns selbst beantragen, wie von der Presse behauptet wird. Wir müssen dem Europäischen Parlament allerdings die nötigen Ressourcen zur Verfügung stellen, um den Erwartungen nachzukommen, die die europäischen Bürger an dieses Forum haben. Ich weiß, dass wir nicht nur wirtschaftlich harte Zeiten durchleben, sondern dass auch in vielen Staaten die Haushaltsbeschränkungen sehr hoch sind. Dieses Budget ist nicht einmal übertrieben hoch. Einsparungen wurden vorgenommen und werden auch weiterhin vorgenommen werden.

**Ulrike Lunacek (Verts/ALE), schriftlich.** – Ich habe für den Manka-Bericht gestimmt, obwohl ich mit der Erhöhung des Budgets für die Sekretariatszulage der Abgeordneten nicht einverstanden war. Die zuständige Abgeordnete der Grünen, Helga Trüpel, hat in ihrer Stimmerklärung für die gesamte Fraktion festgehalten, dass unsere Zustimmung die Bedingung enthält, dass es vor der Erhöhung eine Evaluierung zur Sekretariatszulage gibt. Die beiden anderen Punkte – nämlich Erhöhung der Stellen für die Ausschüsse und für die Fraktionen – halte ich im Zuge der neuen Gesetzgebungsrechte des Parlaments durch den Lissabon-Vertrag für sinnvoll und notwendig. Wir Abgeordnete wollen und werden diese Rechte nämlich sehr ernst nehmen und damit unserer Rolle als einzig gewählte Vertretung der europäischen BürgerInnen gerecht werden.

**Nuno Melo (PPE), schriftlich.** – Die Annahme und das anschließende Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon haben dem Parlament mehr Verantwortung übertragen, wodurch auch mehr Verwaltungsaufwand entstanden ist. Da hervorragende Gesetzgebung eine Priorität für das Parlament ist, muss den Abgeordneten das Material und das Personal zur Verfügung gestellt werden, um diese Priorität umzusetzen. Dieser neue Haushaltsplan muss allerdings die Verwendungsrate der Werte unter Rubrik 5 (Verwaltungsausgaben) des mehrjährigen

Finanzrahmens (MFR) respektieren, die bei 20 % des Wertes dieser Rubrik festgelegt sind, um die Tragfähigkeit des Haushalts zu erhalten.

**Carl Schlyter (Verts/ALE)**, *schriftlich*. – (SV) In Anbetracht all der Kürzungen, die in ganz Europa vorgenommen werden, müssen wir Solidarität mit den Ländern zeigen, die den EU-Haushalt finanzieren, indem wir unsere Ausgaben nicht erhöhen. Deshalb stimme ich gegen den Vorschlag für einen Berichtigungshaushaltsplan für das Europäische Parlament.

**Bart Staes (Verts/ALE)**, *schriftlich*. – (NL) Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, da er eine Erhöhung der Mittel für die Einstellung von und die Zulagen für Assistenten um 1 500 EUR pro Monat ab dem 1. Mai 2010 vorsieht. Erfreulicherweise sorgt ein Änderungsantrag der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz für eine Bewertung des aktuellen Vergütungssystems, das seit den Wahlen im Jahr 2009 in Kraft ist. Dennoch soll die Erhöhung der Sekretariatszulage bedingungslos in Kraft treten, ohne Verpflichtung, die Ergebnisse dieser Bewertung zu berücksichtigen. Der Bericht sieht auch eine Stärkung der parlamentarischen Ausschüsse und der Fraktionen vor. Dies kostet jährlich 13,3 Mio. EUR, von denen 8,832 Mio. EUR für die Vergütung von Assistenten aufgewandt wird.

Dies ist eine schlechte Entscheidung. Sie beschädigt den Ruf dieser Institution. Sie wurde nicht ausreichend durchdacht. Die weiteren Konsequenzen wurden nicht bedacht. Wo sollen die neuen Assistenten untergebracht werden? In einem neuen Gebäude? Werden weitere Kosten anfallen? Zusätzlich befürchte ich, dass dieses Geld zu einem Großteil für die Einstellung von nicht akkreditierten Assistenten ausgegeben werden wird, die nach nationalen Lohnbedingungen bezahlt werden. Genau dieses System hat in einigen Fällen zu schmutzigen Tricks geführt. Es wäre möglich, dass wir Missbräuchen nun die Tür sperrangelweit offen stehen lassen. Deshalb fordere ich eine vorherige klare Bewertung des bestehenden Systems. Nur dann können wir eine ausgereifte Entscheidung treffen.

**Nuno Teixeira (PPE)**, *schriftlich*. – (PT) Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon hat zur Annahme eines Vorschlags auf Berichtigung des Haushaltsplans 2010 geführt, um die zusätzlichen Bedürfnisse des Parlaments zu decken, die im Zusammenhang mit dem Vertrag von Lissabon entstanden sind. Da hervorragende Gesetzgebung eine Priorität für das Parlament ist, möchte ich hervorheben, wie wichtig es ist, den Abgeordneten, Ausschüssen und Fraktionen die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um dieses Ziel zu erreichen, neben den Mitteln, die benötigt werden, um deren Gesamtbedarf in Verbindung mit der langfristigen Gebäudepolitik zu decken.

Deshalb beträgt der Berichtigungshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 nun 1 616 760 399 EUR, was 19,99 % der ursprünglichen Rubrik 5 entspricht, die in der ersten Lesung angenommen wurde, und die Reserve für Gebäude wurde von 15 Mio. EUR auf 11 Mio. EUR reduziert. Ich möchte unterstreichen, wie wichtig es ist, dass die Schaffung einer Finanzplanung auf Nullbasis in den Bericht aufgenommen wurde – diese stellt eine höhere Tragfähigkeit des Haushalts sicher – und dass es notwendig ist, dass dies im Einklang mit dem Jahresgesetzgebungsprogramm steht. Aufgrund der oben stehenden Gründe habe ich für das Dokument gestimmt, welches ermöglicht, dass dem Parlament die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um seine Ausgaben in Verbindung mit seiner neuen Rolle nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zu decken.

**Helga Trüpel (Verts/ALE)**, *schriftlich*. – Die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz unterstützt eine Erhöhung der Sekretariatszulage in diesem Stadium des Verfahrens unter Vorbehalt. Für unsere Fraktion ist die Bewertung der Nutzung der Sekretariatszulage, welche im Mañka-Bericht gefordert wird, entscheidend. Diese Bewertung sollte rechtzeitig stattfinden, um der Haushaltsbehörde im Frühjahr eine Entscheidung über den entsprechenden Berichtigungshaushaltsplan zu ermöglichen. Die Fraktion könnte ihre Unterstützung für die Erhöhung der Assistentenzulage angesichts des Ergebnisses dieser Bewertung und Diskussionen in unserer Fraktion noch einmal überdenken.

**Viktor Uspaskich (ALDE)**, *schriftlich*. – (LT) Ich möchte mich den Abgeordneten anschließen und gleichzeitig meine Bedenken darüber äußern, dass gerade in dieser Zeit der Krise verschiedene Zulagen für Abgeordnete und Beschäftigte in deren Teams angehoben werden. Insbesondere möchte ich auf diejenigen Kategorien von Ausgaben aufmerksam machen, die schwierig zu überwachen sind oder gar nicht überwacht werden. Genau diese Ausgabenkategorien sollten während der Krise nicht angehoben werden.

**Bericht: Maria do Céu Patrão Neves (A7-0014/2010)**

**Charalampos Angourakis (GUE/NGL)**, *schriftlich*. – (EL) Der Bericht unterstützt die Gemeinsame Fischereipolitik der EU, die im Namen des Schutzes von Fischbeständen dazu geführt hat, dass viele kleine

Fischerboote in Griechenland zerstört wurden, dass zahlreiche kleine und mittelgroße Fischereibetriebe verdrängt wurden, dass zahlreiche Küstengebiete zur Aufgabe und Arbeitslosigkeit verdammt wurden und dass sich die Aktivität in der Fischerei auf große Betriebe konzentriert. Der monopolfreundliche Charakter der europäischen Politik wird durch die Tatsache verdeutlicht, dass zwei Drittel der Gemeinschaftsmittel zu großen Unternehmen geflossen sind (Fischereibetriebe, Fischzuchtanlagen, Verarbeitung), während das restliche Drittel an arme und mittelständische Fischer verteilt wurde, damit diese ihre Schiffe abwracken und ihre Arbeit aufgeben. Maßnahmen, um Schiffe zu ersetzen oder aufzuwerten, kamen nur großen Betrieben zugute. Der Bericht macht wie das Grünbuch große Fischereibetriebe und die kleine Küstenfischerei gleichermaßen für die Reduzierung des Fischbestands verantwortlich. Er unterscheidet nicht zwischen den Maßnahmen, die in Bereichen der Fischerei benötigt werden, und lässt deren individuelle Besonderheiten außer Acht. Die Gemeinsame Fischereipolitik der EU dient den bleibenden Zielen der großen Fischereibetriebe, die Reichtümer der Meere zu plündern, und unterstützt große Unternehmen im Bereich der Fischzucht. Diese Politik, dessen einziges Kriterium die Kapitalrentabilität ist, führt zur Zerstörung der Meeresumwelt und der Ökosysteme.

**Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich.** – (RO) Ich begrüße die Einführung einer neuen Strategie, die darauf abzielt, die Probleme bezüglich der Fischerei in der Europäischen Union zu lösen. Überfischung, illegales Fischen, Verschmutzung und Klimawandel sind Faktoren, die die Ökosysteme der Meere gefährden. Aus diesem Grund wird die Berücksichtigung einer hochwertigen Aquakultur in Europa zugleich wirtschaftliche Vorteile und ökologische Vorteile haben.

Es ist sehr wichtig, dass wir das richtige Gleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum, Fischereitradition in bestimmten regionalen Gemeinden und den besten Fangmethoden erhalten. Das Allerwichtigste ist, zu begreifen, dass die Förderung einer Aquakultur, die nachhaltig und auf lange Sicht wirtschaftlich effizient ist, vorrangig davon abhängt, wie umweltfreundlich wir handeln.

**Zigmantas Balčytis (S&D), schriftlich.** – (LT) Der Fischereisektor in Europa macht schwere Zeiten durch. Fischer verlieren ihre einzige Einkommensquelle, und das trifft insbesondere auf die Regionen in der EU zu, in denen es wenige soziale und wirtschaftliche Alternativen gibt. Deshalb unterstütze ich den im Grünbuch erläuterten Vorschlag der Kommission voll und ganz. Er besagt, dass es notwendig ist, die Fischereipolitik grundlegend und umfassend zu reformieren und den Sektor dabei an den sich ändernden Markt anzupassen. Es ist bedauerlich, aber seit der Schaffung der Gemeinsamen Fischereipolitik sind 27 Jahre vergangen, und dieser Sektor funktioniert nicht wie geplant, und Probleme werden nicht schnell genug gelöst. Die Probleme von 2002 wurden noch nicht gelöst und haben sich aufgrund der jüngsten Geschehnisse im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise und den Auswirkungen des Klimawandels auf die Fischbestände sogar weiter verschärft. Die Prioritäten der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik müssen weiterhin bei der Wiederherstellung der Bestände, der nachhaltigen Verwaltung und der Sicherstellung des Existenzminimums für Fischer liegen. Die Fischerei ist für die gesamte Europäische Union sehr wichtig, und deshalb sollte sie nicht einfach als Tätigkeit aufgefasst werden, sondern als Sektor, der direkte Beschäftigungsmöglichkeiten bietet.

**Gerard Batten, John Bufton, David Campbell Bannerman, Derek Roland Clark, William (The Earl of) Dartmouth, Nigel Farage und Paul Nuttall (EFD), schriftlich.** – Obwohl dieser Bericht auf eine weniger schreckliche GFP abzielt, als auf diese Monstrosität, über die wir momentan verfügen, empfiehlt er dennoch, die Fischerei unter der räuberischen Kontrolle der undemokratischen und antidemokratischen „Europäischen Union“ zu belassen, und aus diesem Grund erhält er nicht die Unterstützung der UKIP.

**Sebastian Valentin Bodu (PPE), schriftlich.** – (RO) Die Förderung eines gemeinsamen Interesses von Erzeugerorganisationen bei der Beachtung der Prinzipien, für die sich die Europäische Union einsetzt, wird zu einem Schlüsselement in der Reform der Fischereipolitik. Die Europäische Union kann nicht erwarten, dass sich die europäischen Fischereifloten von der Größe her automatisch ändern, aufgrund der wirtschaftlichen Lage. Ihre Überkapazität, acht Jahre nach dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung, und die kontinuierliche Abnahme der Fischbestände sind zusätzliche Gründe für eine weitreichende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass es ganze Gemeinschaften in den Küstengebieten der Staaten der Europäischen Union gibt, deren Lebensunterhalt von der Fischerei abhängt. Wie auch im Bericht über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik erwähnt wird, ist diese Tätigkeit Teil des kulturellen Erbes und der Traditionen, die niemand verlieren möchte.

Eine Überprüfung der Gemeinsamen Fischereipolitik liegt im Interesse aller Mitgliedstaaten, damit das Hauptziel, das auf dem 2012-Gipfel angenommen wurde, verwirklicht werden kann, nämlich die Höhe der Fischbestände zu erreichen, die bis spätestens 2015 den maximalen nachhaltigen Ertrag gewährleistet.

Dadurch wird sichergestellt, dass die Europäische Union nicht länger gezwungen ist, die Hälfte ihres Fischbedarfs auf anderen Märkten einzukaufen.

**Maria Da Graça Carvalho (PPE), schriftlich. – (PT)** Der Fischereisektor ist strategisch wichtig für das sozio-ökonomische Wohlbefinden der Gemeinden an der Küste, die lokale Entwicklung, die Beschäftigung und den Erhalt und die Schaffung wirtschaftlicher Aktivität.

Die Gewährleistung von nachhaltiger Entwicklung in diesem Bereich ist entscheidend, auf wirtschaftlicher sowie auf sozialer Ebene, aber es ist gleichermaßen notwendig, für den Erhalt guter Umweltbedingungen in allen europäischen Meeresgewässern zu sorgen.

Die Umsetzung der GFP ist direkt mit Themen wie Umweltschutz, Klimawandel, Sicherheit, öffentliche Gesundheit, Verbraucherschutz und Regionalentwicklung, Binnenhandel und internationaler Handel, Beziehungen zu Drittländern und Entwicklungszusammenarbeit verbunden, und es ist äußerst wichtig, das richtige und ausgewogene Gleichgewicht zwischen all diesen Bereichen zu gewährleisten.

Ich möchte die Notwendigkeit eines einheitlichen Rahmens für den Europäischen Forschungsraum hervorheben, um die nachhaltige Nutzung der Ozeane und Meere zu unterstützen.

Es ist auch von Bedeutung, die Natur der Beeinträchtigungen zu berücksichtigen, die die Regionen in äußerster Randlage betreffen, welche aufgrund ihrer permanenten und weit verbreiteten Eigenschaften und dem gemeinsamen Auftreten diese Regionen von anderen Regionen der Union mit geographischen Nachteilen und/oder demographischen Problemen unterscheiden.

**Nikolaos Chountis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL)** Ich habe gegen den Bericht zur Gemeinsamen Fischereipolitik gestimmt, obwohl er eine Reihe an Elementen enthält, die im Vergleich zur aktuellen Situation eine positive Entwicklung darstellen. Allerdings stehen jedoch grundlegende Punkte des Berichts zu der Tatsache im Widerspruch, dass Meeresressourcen öffentliches Allgemeingut sind, welches nicht privatisiert werden kann. Ein Änderungsantrag der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke hierzu wurde abgelehnt. Dieser bestimmte Bericht versäumt es, den nötigen Schutz der Meeresumwelt, den Erhalt der Fischbestände und den sozialen und finanziellen Schutz für Fischer, besonders für kleine Fischer, zu kombinieren. Das hat katastrophale Folgen für die Umwelt und den lebensfähigen Fischereisektor und einen gegenteiligen Effekt auf Fischer und auf Verbraucher, die den endgültigen Preis für ein Produkt bezahlen müssen, wobei der Gewinn großen privaten Unternehmen zugutekommt, anstatt kleinen Fischern. Es gelingt dem Bericht nicht, die verschiedenen Bedingungen, die in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten herrschen, wirklich zu berücksichtigen und folglich gelingt es ihm auch nicht, Bestimmungen für die nötige, richtig angepasste Politik zu schaffen.

**Carlos Coelho (PPE), schriftlich. – (PT)** Ich möchte Frau Patrão Neves zu ihrem hervorragenden Bericht zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik gratulieren. Die zahllosen Probleme und Herausforderungen in der GFP wurden im Jahr 2002 festgestellt, aber nun durch die Wirtschafts- und Energiekrise und durch die schädlichen Auswirkungen des Klimawandels verschärft. Wenn die GFP den Interessen der modernen Fischerei dienen soll, muss sie eine Reihe an tiefgreifenden Veränderungen durchführen, die sicherstellen, dass ein faires Gleichgewicht zwischen dem Erhalt der Ressourcen und der Lebensfähigkeit des Sektors besteht, indem die Tür für neue Verwaltungssysteme für die verschiedenen Arten der Fischerei in der EU geöffnet wird.

Ich begrüße das Interesse, die GFP zu dezentralisieren und entbürokratisieren und die Fischereiverwaltung innerhalb der Grenzen des Vertrags von Lissabon zu regionalisieren, sowie die Notwendigkeit, sicherzustellen, dass Maßnahmen an die kleine Küstenfischerei und an die industrielle Fischerei angepasst werden, wobei ökologische, wirtschaftliche und soziale Anforderungen berücksichtigt werden. Ich möchte auch den Schutz der Interessen der Fischerei der Gemeinschaft hervorheben. Allerdings benötigen diese eine angemessene Überwachung seitens der nationalen Regierungen, die die Fischerei zu einer strategischen Priorität machen sollten, um die wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit von Küstengemeinden sicherzustellen.

**Vasilia Viorica Dăncilă (S&D), schriftlich. – (RO)** Ich bin der Ansicht, dass Pläne erarbeitet werden müssen, um die langfristige Erholung der Fischbestände für alle Arten der Fischerei und alle geographischen Fischereizonen innerhalb der Europäischen Union zu verwalten und zu unterstützen. Zu allererst müssen die enormen Unterschiede, die in Europa in der Fischerei bestehen, berücksichtigt werden. Den Fischereizonen muss größere Verantwortung übertragen werden und das herkömmliche Quotensystem muss verbessert werden. Europa muss ein starkes, gemeinsames Konzept für die Verwaltung der Fischereiressourcen annehmen, das eine kontinentale Dimension und eine Marktdimension für den Sektor beinhaltet, sowie



einen Fangsektor und Aquakultur, gemäß der neuen integrierten Meerespolitik der Europäischen Union und den Interessen des nachhaltigen Wachstums in Küstenregionen.

**William (The Earl of) Dartmouth, Nigel Farage und Paul Nuttall (EFD), schriftlich.** – Obwohl dieser Bericht auf eine weniger schreckliche GFP hindeutet, als auf diese Monstrosität, über die wir momentan verfügen, empfiehlt er dennoch, die Fischerei unter der räuberischen Kontrolle der undemokratischen und antidemokratischen „Europäischen Union“ zu belassen, und aus diesem Grund erhält er nicht die Unterstützung der UKIP.

**Edite Estrela (S&D), schriftlich.** – (PT) Ich habe für den Bericht über das Grünbuch zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik gestimmt, da er wesentliche Zusagen gemacht hat, die zweifelsohne geholfen haben, den ursprünglichen Vorschlag zu verbessern. Ich möchte hervorheben, wie bedeutend die Einführung eines ökologischen und sozialen Konzepts bei der Suche nach neuen Verwaltungssystemen für Fischereiressourcen ist, die das aktuelle System, das auf dem Prinzip der relativen Stabilität beruht, ergänzen werden.

**Göran Färm, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Marita Ulvskog und Åsa Westlund (S&D), schriftlich.** – (SV) Wir schwedischen Sozialdemokraten haben gegen den Bericht über das Grünbuch und die Reform der Fischereipolitik der EU gestimmt. Der Großteil des Parlaments hat es abgelehnt, dass ökologischer Nachhaltigkeit Priorität eingeräumt wird und hat für einen Änderungsantrag gestimmt, der besagt, dass unsere Politik gegenüber Ländern außerhalb der EU vom Interesse der europäischen Fischerei geprägt sein sollte. Wir halten dies für inakzeptabel und haben uns deshalb entschlossen, mit „Nein“ zu stimmen. Wir stehen auch der Tatsache skeptisch gegenüber, dass das Europäische Parlament mehr Geld für die Gemeinsame Fischereipolitik zur Verfügung stellen möchte – an dieser Debatte möchten wir uns nicht beteiligen, es sei denn, das Ziel ist ein klarer Wechsel der Politik.

**José Manuel Fernandes (PPE), schriftlich.** – (PT) Ich möchte zu Beginn den hervorragenden Bericht von Frau Patrão Neves hervorheben. Die Gemeinschaften, die Fischerei betreiben, durchleben momentan eine schwierige Zeit, die von einer drastischen Abnahme der Fischbestände gekennzeichnet ist. Diese Tätigkeit beeinflusst die Lebensmittelversorgung der allgemeinen Bevölkerung und den Zusammenhalt der Regionen in äußerster Randlage in der Europäischen Union. Aus diesem Grund wird ein integriertes und umfassendes Konzept zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik benötigt.

Ich glaube, dass es dringend notwendig und äußerst wichtig ist, dass sich die Europäische Union effizient dafür engagiert, bessere Bedingungen und wirtschaftliche Nachhaltigkeit für Fischer herzustellen, innerhalb eines Rahmens, der die bestimmten Eigenschaften jeder Region wahrt und der anerkennt, dass für die Kleinfischerei ein anderes Konzept benötigt wird. Auch die Empfehlung konkreter Maßnahmen, wie die Reduzierung der Zahl an Zwischenhändlern in der Kette zwischen dem Erzeuger und dem Verbraucher, sollte erwähnt werden. Auf der anderen Seite kann diese Reform nicht von einer nachhaltigen Nutzung der Meeresressourcen in einem technischen und wissenschaftlichen Bewertungsprozess getrennt werden, der sorgfältig geprüft wurde, zur Einigung des Sektors beitragen wird und Einfluss auf die Qualität und Lebensmittelsicherheit für Verbraucher haben wird. Vor dem Hintergrund der sich verändernden Kapazitäten der Fischerei, möchte ich hervorheben, welche Auswirkungen die Modernisierung der Ausrüstung auf die Berufsehre und die Sicherheit der Fischer hat, in einem Sektor, in dem häufig Menschen ihr Leben verlieren.

**João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich.** – (PT) Dass die Mehrheit des Parlaments die von uns vorgelegten Vorschläge abgelehnt hat und somit die Privatisierung der Fischereiressourcen abgewendet hat, zeigt, welchen Weg das Parlament mit der kommenden Reform der GFP einschlagen möchte. Das Parlament hat es nicht nur versäumt, den Vorschlag der Kommission zur Schaffung (privater) Eigentumsrechte für den Zugang zur Nutzung eines Allgemeinguts abzulehnen; es ebnet sogar den Weg, damit diese Absicht offiziell gemacht wird. Dies ist eine Option, die nicht die Nachhaltigkeit der Ressourcen wahrt und unweigerlich zu einer Konzentration der Aktivitäten bei Unternehmen mit größerer wirtschaftlicher und finanzieller Macht überall in der EU führt, wodurch die kleine Küstenfischerei ernsthaft bedroht wird, für die in Portugal über 90 % der Flotte genutzt wird.

Wir haben einige positive Punkte im Bericht festgestellt und einige davon entsprechen den Vorschlägen, die wir vorgelegt haben. Dennoch müssen wir insgesamt feststellen, dass sich der Bericht an ein ausgesprochen liberales Konzept hält, welches die Souveränität der Mitgliedstaaten über ihre Meeresressourcen stark beschränkt. Des Weiteren bietet er keine gründliche Antwort auf eines der hauptsächlichen Probleme, denen der Sektor gegenübersteht: Einkommen aus Arbeit. Wir kommen nicht umhin, auf die Ablehnung der

Vorschläge, die wir vorgelegt haben, hinzuweisen, die darauf abzielen die Vermarktung in diesem Sektor zu verbessern, wodurch die Vergütung der Arbeit der Fischer erhöht werden würde.

**Marian Harkin (ALDE), schriftlich.** – Ich unterstütze die Erweiterung der Küstengrenzen von 12 auf 20 Meilen als eine der Schlüsselreformen der GFP. Wir müssen außerdem dem Rückwurf von gefährdeten Beständen ein Ende bereiten. Es ist wichtig, das aktuelle Quotenverwaltungssystem beizubehalten, und ich bin gegen die obligatorische Privatisierung von Quoten.

**Ian Hughton (Verts/ALE), schriftlich.** – Der Bericht enthielt viele gute und wichtige Elemente, und es besteht Konsens darüber, dass das zentralisierte, einheitliche Modell der GFP ein Desaster war. Eine Reihe an Änderungsanträgen, die ich selbst vorgelegt habe, wurden angenommen, und somit wird in dem Bericht die relative Stabilität, die Notwendigkeit, Anreize für Erhaltungsmaßnahmen zu schaffen, und die erfolgreiche nationale Kontrolle innerhalb der 12-Meilen-Zone anerkannt. Allerdings wird in dem Bericht auch gesagt, dass historische Rechte überprüft werden sollten. Die Verwaltung der Fischerei sollte an die Fischereinationen zurückgegeben werden; diese Fischereinationen dürfen ihre historischen Rechte nicht verlieren. Deshalb habe ich gegen einen Bericht gestimmt, der zu einem Angriff auf die grundlegenden traditionellen Rechte auf Zugang zu Fischbeständen aufruft.

**Elisabeth Köstinger (PPE), schriftlich.** – Eine grundlegende und umfassende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) ist gerade im Sinne einer nachhaltigen Fischereibewirtschaftung zu begrüßen. Durch die Präzisierung und Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen, bessere Kontrollen seitens der Mitgliedstaaten und eine Vereinfachung des Beschlussfassungssystems soll dies ermöglicht werden. Auch wenn Österreich als Binnenland nicht direkt betroffen ist, nimmt der stetig wachsende Konsum von Meeresfischen Einfluss auf den Fischfang. Wir brauchen praktikable und effiziente Lösungen, die bei guter Bestandslage dem Sektor eine ausreichende Existenzgrundlage bieten, die Versorgung der Verbraucher sichern und gleichzeitig die Erhaltung der Artenvielfalt und die Sicherung des Meeresökosystems als Ganzes gewährleisten.

**Isabella Lövin (Verts/ALE), schriftlich.** – Dieser Bericht ist ein umfassendes Dokument, das alle Aspekte der GFP abdeckt, von Aquakultur bis zum Angeln und von der Ostsee bis hin zu Fischereiabkommen mit Ländern der Dritten Welt. Die Grünen freuen sich über viele der Änderungsanträge zu dem Bericht, deren Annahme uns gelungen ist, wie die grundlegenden Prinzipien zu Anforderungen an Nachhaltigkeit für diejenigen, die das Recht haben werden, zu fischen, Forderungen nach Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Aktivitäten in der Fischerei, die Erklärung, dass die EU unter den Fischereiabkommen nicht mit lokalen Fischern konkurrieren soll, sondern ihr nur erlaubt wird, bei überschüssigen Fischereiressourcen zu fischen und der Antrag an alle EU-Institutionen, illegales Fischen in allen relevanten Foren an die Spitze ihrer internationalen Agenda zu setzen, um die Ozeane und die Ernährungssicherheit zu schützen. Leider gab es auch einige absolut inakzeptable und widersprüchliche Absätze, die im endgültigen Text angenommen wurden, wie dass das Ziel der externen Teile der GFP darin liegt, die Interessen der europäischen Fischerei zu schützen und zu fördern, dass ökologische Nachhaltigkeit keinen Vorrang vor sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit haben sollte und dass alle Politikbereiche dazu beitragen sollten, die Ziele der GFP zu erreichen. Aus diesem Grund haben die Grünen den Bericht nicht unterstützt, sondern haben sich enthalten.

**Nuno Melo (PPE), schriftlich.** – (PT) Die Gemeinsame Fischereipolitik, die zuletzt im Jahr 2002 überarbeitet wurde, ist noch nicht in der Lage, die Unbeständigkeit dieses empfindlichen Sektors zu überstehen. Deshalb ist es notwendig, die neuen Faktoren, die auf den Sektor einwirken zu analysieren und neue Lösungen zu finden, um ihn vollständig lebensfähig zu machen, insbesondere in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht. Deshalb empfehle ich, dass neue Maßnahmen ergriffen werden, die dem Fischereisektor ermöglichen, sich aus seiner momentanen gefährlichen Lage zu befreien.

Das Fischereiwesen ist sehr wichtig in der EU. Deshalb ist es äußerst wichtig, dass die neue GFP die rationale und verantwortungsvolle Verwaltung der Ressourcen berücksichtigt und dass sie sich mit dem Schutz der Meeresressourcen und dem Erhalt der Lebensgewohnheiten der Menschen beschäftigt, die seit jeher von der Fischerei leben. Die neue GFP muss in der Lage sein, die Produktivitätsprobleme innerhalb des Sektors zu lösen, die Märkte zu stabilisieren und einen guten Lebensstandard für die Familien sicherstellen, die von diesem Sektor abhängig sind. Allerdings sollte dieser Sektor insgesamt analysiert werden und nicht in Teilen, damit wir all seine Probleme und Unbeständigkeiten berücksichtigen können, um sie zur Zufriedenheit aller Beteiligten zu lösen und die hauptsächlichen Probleme, die ihn betreffen, zu bewältigen: Überfischung, Überkapazitäten, Überinvestitionen und Vergeudung.

**Andreas Mölzer (NI)**, *schriftlich*. – Dass die Fischerei in Europa eine lange Tradition hat und hoffentlich auch weiter haben wird, ist zu begrüßen. Die Entwicklungen in den letzten Jahren zeigen allerdings, dass die Attraktivität, in diesem wirtschaftlichen Sektor zu arbeiten, radikal abnimmt. Gründe dafür sind Konzerne, die mit ihren Massen an Fischprodukten den Verkaufspreis so weit drücken, dass die kleinen Fischereien mit ihren Betrieben nicht mithalten können. Dieser Umstand führt wiederum dazu, dass diese Branche immer mehr auf Arbeiter aus Drittländern angewiesen ist. Da dieser Entschließungsantrag zu wenig auf diese Punkte eingeht, habe ich dagegen gestimmt.

**Raül Romeva i Rueda (Verts/ALE)**, *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Endabstimmung über den Bericht von Frau Patrão Neves enthalten, da er zugleich positive und negative Absätze enthielt. Der stimmt zu, dass diejenigen vorrangigen Zugang erhalten sollten, die auf die ökologisch nachhaltigste Weise fischen, die zu weniger Rückwürfen führt, zu mehr Arbeitsplätzen und weniger Energieverbrauch und betont, dass das Recht zu fischen eher auf ökologischen und sozialen Kriterien basieren muss, als darauf, wer vor 30 Jahren am meisten Fisch gefangen hat. Die vielen Jahre der Überfischung haben zu der momentanen Krise geführt, deshalb ist es absurd, zuzulassen, dass die gleichen Flotten weiterhin Schäden verursachen. Weitere positive Aspekte bestehen darin, dass ökologische Nachhaltigkeit zur Grundvoraussetzung der GFP wird und dass eingesehen wird, dass die EU-Flotte nicht länger in den Gewässern von Entwicklungsländern Überfischung betreiben darf. Leider sind auch weniger konstruktive Ideen in dem Bericht enthalten, wie die Weigerung, die destruktiven Einflüsse von Subventionen anzusehen. Der Bericht erklärt die GFP außerdem zur dominierenden Politik in der EU, wobei die Umwelt- und Entwicklungspolitik ihr untergeordnet sind. Es ist diese Haltung, „das Fischereiwesen um jeden Preis erhalten zu wollen“, die zur Zerstörung des Ökosystems des Meeres und der Fischereigemeinden geführt hat, die davon abhängig sind.

**Britta Reimers (ALDE)**, *schriftlich*. – Die Deutschen Mitglieder der ALDE Fraktion haben in 2 Punkten anders als die Fraktion abgestimmt. Es ging erstens um den Änderungsantrag Nr. 3 der Grünen Fraktion. Die FDP Mitglieder haben dagegen gestimmt, weil eine wie im Antrag geforderte radikale Dezentralisierung der Fischereipolitik mit der Übertragung von Macht und Verantwortung auf die Mitgliedstaaten sowie auf die lokalen Entscheidungsträger nicht mit der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik vereinbar ist. Es geht hierbei gerade darum, gemeinsam zukunftsorientierte Lösungen auf EU Ebene zu finden. Änderungsantrag Nr. 33 wurde von den FDP Mitgliedern befürwortet, da er das für die Deutschen wichtige Prinzip der Relativen Stabilität, stützt. Es geht hierbei um die Basis für die Quotenverteilung.

**Frédérique Ries (ALDE)**, *schriftlich*. – (FR) Das europäische Fischereiwesen befindet sich in rauen Gewässern: Die Fischbestände nehmen drastisch ab, 400 000 Fischer und ihre Familien sorgen sich um ihre Zukunft und wundern sich über die Wirksamkeit der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP), die bisher für sie eine Sicherheit dargestellt hatte.

Ansichts der strukturellen Probleme, die festgestellt wurden, nämlich der Überfischung, Unterinvestition, Überkapazität der Fischereiflotte und Vergeudung (wie viele Tonnen Fisch werden jeden Tag zurück in die See geworfen, da sie nicht für den Verbrauch geeignet sind?), muss die Reform der GFP oberste Priorität haben. Natürlich muss jede Reform die individuellen Eigenschaften der verschiedenen Fischereigebiete berücksichtigen und um jeden Preis ein einheitliches Verwaltungsmodell vermeiden. Die Fangtechniken und Schiffe, die in der Nordsee genutzt werden, unterscheiden sich ziemlich stark von denen im Golf von Gascogne. Aus diesem Grund ist die von der Kommission vorgeschlagene Reform, die auf der Regionalisierung beruht und die heute Nachmittag vom Parlament angenommen wurde, erforderlich.

Eine verantwortungsvolle Politik muss auch die in Zahlen dargestellte Realität berücksichtigen: Rund 4,5 % der weltweiten Fischereiproduktion finden in der EU statt, und sie hat keine Bestrebungen, ein „Riese“ in diesem Sektor zu werden. Dies ist ein weiterer Grund dafür, weswegen wir auf kleine, innovative und nachhaltige Fischerei setzen müssen.

**Daciana Octavia Sârbu (S&D)**, *schriftlich*. – Das Grünbuch der Kommission zu diesem Thema war eine vernichtende Anklage und eine aufrichtige Erkenntnis, dass die Gemeinsame Fischereipolitik nicht funktioniert hat. Im Gegenteil, sie hat zu einer Reihe von Problemen beigetragen, die weiterhin wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen haben. Erst vor zwei Wochen hat dieses Haus aufgrund der kritisch niedrigen Bestände für die Aussetzung des internationalen Handels mit Rotem Thun gestimmt - eine Situation, die auch belegt, dass der Umfang unserer Fischerei nicht nachhaltig ist und ernste Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die Zukunft des Fischereisektors hat. Wir müssen begreifen, dass ein neues Konzept benötigt wird. Eine dezentralisierte Politik mit mehr finanziellen Mitteln wird verschiedenen Regionen ermöglichen, sich ihren individuellen Gegebenheiten anzupassen und auf sie zu reagieren, was von der vorherigen Politik von oben herab verhindert wurde. Dies sollte zu einer besseren Verwaltung der Bestände

führen und positive Auswirkungen auf die Meeresumwelt haben. Ich unterstütze das Engagement der Kommission für eine umfassende und grundlegende Reform voll und ganz, die zu Recht von dem Fischereiausschuss befürwortet wurde. Dass wir handeln, ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass die Europäische Union eine wirklich nachhaltige Fischereipolitik umsetzt, um die Bestände, die Umwelt und europäische Arbeitsplätze langfristig zu schützen.

**Peter Skinner (S&D), schriftlich.** – Ich habe die Änderungsanträge unterstützt, die vorgelegt wurden, um die Gemeinsame Fischereipolitik auf eine Art und Weise zu verändern, durch die einige Verzerrungen, die bereits existieren, beseitigt worden wären.

Die Erhöhung jeglicher Finanzierung zur Erneuerung der Flotte oder zur zentralen Preissetzung für Fisch ist besonders verzerrend und ermöglicht die erhöhte Nutzung von Subventionen.

Fischer im Vereinigten Königreich, besonders die an der Südküste mit den 10 m Booten, werden oft stark von unausgewogenen Quoten und Zuschüssen für andere nationale Fischereifloten beeinträchtigt. Der Abgeordnete aus Hastings and Rye, Herr Mike Foster, hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass die Fischereiaufsichtsbehörde und die Kommission die diskriminierenden und verzerrenden Praktiken beenden müssen, besonders beim Fang von Dorsch an der Südküste des Vereinigten Königreiches, insbesondere in seinem eigenen Wahlkreis, Hastings and Rye, den wir beide vertreten.

**Bart Staes (Verts/ALE), schriftlich.** – (NL) Ich habe mich bei der Abstimmung über den Bericht zur Gemeinsamen Fischereipolitik enthalten, da er zu viele Punkte enthält, die nicht nur zu zahlreichen anderen Punkten im Gegensatz stehen, sondern auch meiner politischen Sichtweise der europäischen Gemeinsamen Fischereipolitik zuwiderlaufen. Auf der einen Seite steht in dem Bericht, dass die europäischen Fischereifloten nicht länger die Gewässer von Entwicklungsländern überfischen dürfen, aber auf der anderen Seite steht auch darin, dass die Gemeinsame Fischereipolitik immer Vorrang vor der Umwelt- und der Entwicklungspolitik hat. Dieser Standpunkt steht offensichtlich im Widerspruch zum Vertrag von Lissabon, dessen Artikel 208 besagt, dass unsere Außenpolitik nicht die Entwicklungsziele von armen Ländern untergraben darf. Die vom Parlament vorgeschlagene Politik kommt ganz bestimmt Europa zugute, aber außerhalb der europäischen Gewässer setzt sich Europa nur für seine eigenen Fischereifloten ein und nicht für die Fischbestände und Fischer vor Ort. Die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz hat sich deshalb enthalten. Zusätzlich versäumt der Bericht es, obwohl er erkennt, dass es ein ernstes Problem der Überfischung gibt und dass Nachhaltigkeit den Ausgangspunkt für die Politik bilden muss, anzuerkennen, dass die Kapazität der Flotte und die Subventions- und Quotensysteme die Wurzel des Problems sind. Das erklärt unsere Enthaltung.

**Nuno Teixeira (PPE), schriftlich.** – (PT) Der Bericht zu dem Grünbuch über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik, den wir heute angenommen haben, überprüft die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte dieser Politik, mit dem Ziel, das Konzept zur Lösung der hauptsächlichen Probleme in diesem Sektor neu zu definieren. Ich möchte bekräftigen, dass Prioritäten, wie die größere Effizienz bei der Verwaltung der Fischereiressourcen und eine Strategie zur finanziellen Unterstützung der Arbeit in diesem Bereich neben einer Garantie der Nachhaltigkeit durch den Erhalt der Arten für diesen Sektor, bei dieser Reform entscheidend sind, und sie müssen auf regionaler Ebene umgesetzt werden. Dieses Dokument besteht darauf, dass Reformen in der Fischereiindustrie benötigt werden, welche äußerst wichtig für die Gebiete in äußerster Randlage sind, insbesondere für Madeira, wo diese Tätigkeit entscheidend für die lokale Entwicklung und das Leben der Menschen vor Ort ist.

Ich möchte die in dem Bericht enthaltenen Ideen bekräftigen, hinsichtlich einer aktiveren Teilnahme der verschiedenen Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Umsetzung und den technischen Maßnahmen, die innerhalb des Fischereisektors ergriffen werden müssen. Aufgrund all der oben genannten Gründe habe ich für diesen Bericht gestimmt, der den Beginn einer neuen Phase der europäischen Gemeinsamen Fischereipolitik bedeutet.

**Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), schriftlich.** – (FR) Ich habe gegen den Bericht von Frau Patrão Neves gestimmt, da die Änderungsanträge, die für ein Gleichgewicht zwischen ökologischen Interessen und dem Erhalt der kleinen Fischerei sorgen sollten, abgelehnt wurden.

Ich bedauere auch die Ablehnung der Änderungsanträge, die vor dieser Reform einen tiefgründigen Dialog mit den Fischern gefordert hatten.

Auf dieser Grundlage weiß ich nicht, wie es möglich sein soll, eine Reform anzunehmen, die für die Fischer akzeptabel ist und die für die Maßnahmen sorgt, die ergriffen werden müssen, um eine Gemeinsame Fischereipolitik zu erhalten, die diesen Namen verdient.

**Der Präsident.** – Das Protokoll dieser Sitzung wird dem Parlament zu Beginn der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt. Wenn es keine Einwände gibt, werde ich die Anträge, die auf der heutigen Sitzung angenommen wurden, sofort an die Personen und Agenturen weiterleiten, an die sie adressiert sind.

**10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**

**11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll**

**12. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**

**13. Unterbrechung der Sitzungsperiode**

*(Die Sitzung wird um 12.50 Uhr beendet)*